

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. Jahrgang
207 | September/Oktober 2011 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Wir zahlen für ihre Krise

Die Wirtschaftskrise brachte die Welt in Bewegung – in welche Richtung, ist noch nicht ausgemacht

Es könnte packendes Kino sein: *Digital boys* mit bewaffneten Pick-Ups im Wüstenkrieg, atomar verseuchte Küstenregionen, Klimawandel und Hungersnöte, brennende Großstadtschluchten und Robocops an der Themse, irre Nazi-Terroristen und private Söldnerheere... Nun scheinen doch jene dystopischen Szenarien fast Wirklichkeit geworden zu sein, die in den 80ern das Bild der Zukunft prägten. Nichts war es mit dem „Ende der Geschichte“, das man lauthals in den 90ern verkündete, jenem Jahrzehnt, als die Zukunft gern als High-Tech-Schlaraffenland gemalt, als der Neoliberalismus zum religiösen Heilsversprechen wurde.

Vergangen sind fast drei Jahrzehnte, in denen geplündert und verteilt wurde, von unten nach oben, versteht sich, erst zögerlich, dann immer dreister. Zurück blieben Schneisen der Verarmung, soziale Verwüstungen – und Menschen, denen unter dem geistesbetäubenden Geschrei des Marktfundamentalismus der plumpe Kampfruf des Neoliberalismus zur eigenen Gewissheit geworden ist: „Es gibt keine Alternative“. Doch jetzt geht es nicht mehr nur um abgeschriebene Existenzen, jetzt beginnen ganze Gesellschaften instabil zu werden. Der Kampf um Ressourcen, Teilhabe und Mitsprache ist eröffnet.

Klassenkampf ist nichts Romantisierendes, er ist ein Resultat der komplexen Verhältnisse, in denen die Akteure nach wie vor ihre Rolle spielen – nur allzu perfekt. Dass der Fehler im berüchtigten „System“ liegt, entgeht mittlerweile kaum jemandem. „Hat die Linke nicht am Ende Recht?“, fragte sich unlängst Charles Moore, konservativer Publizist und Biograph Margaret Thatchers, angesichts der sozialen Verrohungen und Widersprüche, die der sog. „freie Markt“ erzeugt – und löste damit eine kleine „bürgerliche Systemdebatte“ aus. Auch den Regierungen fällt es immer schwerer, ein Spiel schmackhaft zu machen, dessen Betrugsmaschen offensichtlich sind. Etwa wenn die Verschiebung fiktiver Größen und ein paar Rating-Buchstaben solch gewaltige Auswirkungen auf reale Wirtschaftsleistungen haben. Oder wenn die unter erhobenem Zeigefinger gewährte Hilfe für die „Pleite-Griechen“ in Wirklichkeit direkt in die Banken fließt. Doch trotz der offen liegenden Verteilungsmechanismen und des nackten Schwindels wird im Protokoll fortgefahren, rattert die Umverteilungsmaschinerie weiter. Ökonomie ist eben kein moralisches Feld, sondern eine Frage von Interessen, von Besitz- und Machtverhältnissen.

Sollte man wirklich überrascht sein, dass gesteigerte Konkurrenz nicht nur Gewinner, sondern auch Verliererinnen hervorbringt, dass zunehmendes Gewinnstreben zu höherer Ausbeutung führt, dass die Anhäufung von Reichtum in der Breite Armut erzeugt, und dass Individualisierung, Leistungsdruck und Hetze soziale Verrohung bedeuten? Insofern war die neoliberale Vision schon immer eine Gesellschaft von Asozialen. Wer nun erschrocken über die Auswirkungen seiner Predigten ist, hatte sich wohl vorher nie selbst zugehört. Frank Schirrmacher hat zwar Recht, wenn er in der FAZ feststellt, dass der Neoliberalismus nicht einfach „wie eine Gehirnwäsche über die Gesellschaft kam“. Er war aber auch keine diskursive Geschmacksverirrung, der man kollektiv auf den Leim gegangen ist, wie Schirrmacher anscheinend nahe legen möchte. Zumindest der kategorische Imperativ des Neoliberalismus war schon immer eine offene, wenn auch zynische Kriegserklärung an die Arbeiterklasse: Bereichert euch – zum Wohle aller! Selbstverständlich konnte dies Losung nur an jene gerichtet sein, die überhaupt über die Mittel verfügen, sich bereichern zu können. Dass binnen kürzester Zeit soziale Errungenschaften weggefegt wurden, für die einst viel Blut fließen musste, zeigt, welch explosives Ungleichgewicht den kapitalistischen Machtverhältnissen innewohnt.

Jene Errungenschaften waren nicht etwa einer Laune entsprungen. Der Siegeszug von Sozialstaat und Keynesianismus nach dem Zweiten Weltkrieg, die sog. „sozialdemokratische Epoche“, beruhte durchaus auf einem breiten bürgerlichen Konsens. Schließlich hatte die kapitalistische Krisenökonomie zuvor beträchtliche soziale Verwüstungen angerichtet, die nicht nur revolutionäre, sondern auch reaktionäre Bewegungen in die politische Arena treten ließen – ein Konflikt, dessen Dynamik sich letztlich auch auf staatlicher und internationaler Ebene ergießen sollte, mit der bekannten Katastrophe als Folge. Der Sozialstaat und die zumindest bedingte Einschränkung kapitalistischer Freiheiten waren die notwendige und kleinlaute Konzession für einen weiter tragbaren und relativ stabilen Kapitalismus.

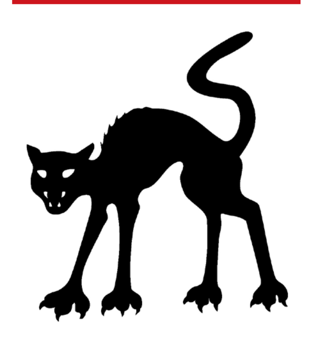
So gesehen waren diese Errungenschaften auch weniger ein Erfolg der Arbeiterbewegung selbst, als ein Resultat des humanen Supergaus, in den sie durch die kapitalistischen Unzumutbarkeiten geworfen wurde. Bis zuletzt konnte sie dabei kein Patent gegen die herrschenden Kräfte entwickeln, um eine revolutionäre Veränderung im sozialen Sinne herbeizuführen. Vielfach forderten ihre Bemühungen nur reaktionäre Akteure heraus, die in diesen Auseinandersetzungen stärker wurden. Diese gaben nicht nur dem verängstigten Bürgertum Sicherheit, sondern erschienen auch vielen Systemverlierern als Alternative. Sie profitierten gewissermaßen von den revolutionären Bewegungen, etwa wenn diese selbst als Alternative für die Enttäuschten der Gesellschaft versagten oder Konfliktfronten schufen, an denen sich die Reaktion profilieren konnte. Auf derartige „Gefahren der Revolution“ hatten nicht zuletzt Syndikalisten wie Rudolf Rocker oder Alexander Schapiro mehrfach verwiesen.

Auch heute sollte man sich keine Illusionen über die Parameter sozialer Veränderung machen, wie es zuweilen bei den Debatten um die Krisenproteste wirkt, insbesondere unter dem Eindruck der Umbrüche in der arabischen Welt. Die Bedingungen sind doch gänzlich andere. Denn Autokratien und Diktaturen haben zwar eine große innere Stärke, wenn aber etwas aufbricht und die Masse sich gegen sie wendet, haben sie keinen Rückzugsraum mehr – außer der physischen Konfrontation. Insbesondere gilt dies für Libyen, wo im Staat nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Macht konzentriert liegt. Der politische Machtkampf ist hier inhärent auch ein Verteilungskampf, so dass der Staat in den ungeteilten Fokus sowohl bürgerlicher als auch sozialer Ansprüche gerät. Anders liegen die Konfliktfronten etwa in Ägypten und Tunesien, wo eine Synthese aus Bürgertum und ArbeiterInnen zwar relativ schnell autokratische Herrscher verjagen konnte, auf dem sozialen Feld, wo es um die substantiellen Verbesserungen geht, stehen die ArbeiterInnen jedoch alleine mit ihren Interessen. Die „westlichen Demokratien“ sind da flexibler und v.a. breiter legitimiert, so dass sie Massenprotesten mit größerer Gelassenheit begegnen können, zumal hier ohnehin kein politischer *regime change* auf der Tagesordnung steht. Im Kern geht es vielmehr um Fragen der sozialen Gerechtigkeit, ein Konfliktfeld, das weitestgehend im Bereich der Ökonomie zu verorten ist, allzu gerne aber in den „Verantwortungsbereich“ des Staates projiziert wird. Die neuen sozialen Bewegungen sehen sich deshalb alle vor der dringenden Aufgabe, Mittel zu entwickeln, die auch wirkliche Erfolge auf diesem Gebiet versprechen und nicht in kontraproduktiven Konflikten mit dem Staat münden. *Riots* wie in England mögen sozial nachvollziehbar sein, sie sind aber gewiss kein Prozess der Ermächtigung. Sie sind der Ausdruck einer organisatorischen Schwäche und eines Mangel an Strategie, der sich nicht so einfach überwinden lässt. Vielmehr bietet es dem Staat die Möglichkeit, sich als Organisator von Sicherheit ein Stück seiner verlorenen Legitimität zurückzuholen und die Handlungsmöglichkeiten für soziale Ausbrüche einzuschränken.

Nicht anderes gilt für solche *hotspots* wie Griechenland oder Spanien. Selbst hier erfordert soziale Veränderung umfassendere Organisierungsbemühungen als bisher, wenn das strukturelle Machtungleichgewicht des Kapitalismus nur ansatzweise ins Wanken gebracht werden soll. Sonst bleibt die linke Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ nichts als Mobilisierungsrhetorik und wird die Krisendynamik auf einer anderen Welle reiten. Erforderlich sind Ansätze, die nachhaltige Zäsuren ermöglichen und die Abhängigkeit vom Staat in der sozialen Frage mindern: Strukturen sozialer und wirtschaftlicher Gegenmacht. Durch solche verliert die offizielle Politik ihre Legitimität als vermeintliche Vermittlerin zwischen Sozialem und Wirtschaftlichem – und gerät zudem unter viel stärkeren Handlungsdruck. Zugleich müssen die reaktionären Potentiale im dynamischen Zusammenspiel von Krise und Bewegung stets in den eigenen Strategien mitgedacht werden. Dann könnte die Krise auch eine soziale Chance sein.

Holger Marcks

Catwalk



Krise + Bewegung ÷ Ideologie = X

Es bewegt sich die Welt, dass man kaum hinterher kommt. Nicht wenigen gilt dabei die Krise als Todeskampf des Kapitalismus, als revolutionäres Morgenrot. Allerhand Analysen zu den kapitalistischen Wirkungsmechanismen bekommt man dabei geboten, viel wird gesprochen über Bewegung, Protest, Revolte. Doch über den Zusammenhang von Krise und Bewegung selbst hörte man bisher reichlich wenig. Daher geht im Themenschwerpunkt dieser Ausgabe genau um diese Frage. Erfahrt alles zum Thema auf den S. 1, 3, 4, 9, 12-13, 14.

Krise und Bewegung in Kiel

Auch diesmal wird es wieder eine Release-Veranstaltung zum Thema geben. Diesmal am 23. September in Kiel, und zwar im Vorfeld der Proteste gegen das „Global Economic Symposium“ (GES). Dabei sind Gerhard Hanloser (Sozialwissenschaftler und Autor), Marcus Munzlinger (Direkte Aktion) und ein Mitglied der Anti-GES-Koordination. Ort: Kultur- und Kommunikationszentrum „Die Pumpe“, Haßstraße 22. In Kooperation mit dem „Kieler Krisentreffen“. Weitere Infos auf www.fau.org sowie www.geskiel.blogsport.de.

Kauf dich glücklich!

Der SyndiKal 2012 ist raus! Ganz frisch aus der Druckerpresse gibt es bei Syndikat-A (www.syndikat-a.de) den täglichen kollektiven Organisator gegen die Zumutungen von Kapital und Lohnarbeit.
192 S., EUR 6,50 / CHF 10,-, ISBN 978-3-9810846-2-7.



FAU-Ticker

+++ Anfang Juli veranstaltete die ASJ Berlin das Erich-Mühsam-Fest mit diversen Vorträgen und Abendprogramm +++ Mitte Juli gab die bundesweite AG Streikrecht der FAU ein neues Positionspapier heraus, das das Streikrecht als Menschenrecht betont (siehe S. 7) +++ Zum 19.08. wurde zu einem internationalen Aktionstag für die ArbeiterInnen bei Visteon/Ford aufgerufen (näheres auf S. 7) +++ Mit der Unabhängigen Basisgewerkschaft Ludwigshafen-Mannheim (UBaLuMa) ist in Mannheim und Ludwigshafen eine syndikalistische Gewerkschaftsinitiative entstanden, die sich perspektivisch der FAU anschließen möchte. Kontakt: ubaluma@fau.org +++ Bad Segeberg: Der NPD-Kreisverband Segeberg-Neumünster hetzt gegen das selbstverwaltete Jugendkulturzentrum „Hotel am Kalkberg" (HaK) und behauptet, dieses hätte früher Kontakt zu „linksextremistischen Terrororganisationen" gehabt. Gemeint ist die FAU Bad Segeberg, die dort früher regelmäßig das Café Freiheit veranstaltet hatte +++ Für den 18. September lädt die Regionalkoordination West die Syndikate zum Regionaltreffen West in Dortmund ein +++

Ganz recht, Ihr habt richtig gelesen: Nach drei Jahren Dauerkrise und Monaten des „Arabischen Frühlings" wartet jetzt auch die Direkte Aktion *mit einem Schwerpunkt zum antikapitalistischen Lieblingsthemenkomplex* Krise & Revolte *auf – originell, nicht wahr? „Was kommt als nächstes: Israel, Palästina und die deutsche Linke?!" mag sich die eine oder der andere LeserIn denken. Nein, so sommerlöchrig war die letzte Zeit nun nicht. Die VIPs der industrienationalen Staatengemeinschaft treffen sich zu einer Krisenparty nach der anderen, und die Politillustrierten tragen den dortigen Klatsch & Tratsch raus in die Welt: Wer hat sein Staatsdefizit zu dick aufgetragen, wessen Sparprogramm war zu kurz geschnitten, und wessen nationale Trinksprüche waren dann doch etwas unter der Gürtellinie?*

All dies Gebrabbel soll uns natürlich nur am Rande interessieren. Denn vielmehr als das Treiben der Staatsspitzen kümmert uns das Befinden und Handeln derjenigen, die bei solchen Events nicht auf der Gästeliste stehen. Massen von Menschen besetzten Straßen und Plätze, leisten dem martialischem Aufgebot diverser Uniformierter Widerstand - noch 2009 hätten die meisten bei solchen Beschreibungen lediglich an Griechenland gedacht. Heute können solche Bilder aus jeder Region entlang des Mittelmeeres oder sogar dem Überwachungs- und Neoliberalismusmusterstaat UK stammen.

Die ökonomische Krise als gemeinsamen Ausgangspunkt der Bewegungen, Aufstände und Revolten auszumachen ist eine Aufgabe, die die deutschen Mainstreammedien schon zu überfordern scheint. Oder steckt hinter dem einheitlichen Krisenkanon von Medien und Politik doch mehr als nur ideologische Einfaltspinselei? Zu dieser Frage startet in dieser Ausgabe ein kleiner Zweiteiler (siehe Kultur*). Allgemein wollen wir mit dem aktuellen Schwerpunkt die Verdammten dieser Krise in den Fokus stellen. Jenseits von Eurobonds, Staatsanleihen und chinesischem Devisenüberschuss blicken wir auf die Entwicklungen, die direkt von unten, von den Menschen ausgehen – als Reaktion auf (drohendes) Elend einerseits, als der Versuch, die Chance zur Veränderung für eine bessere Wirklichkeit zu nutzen andererseits (hierzu Berichte u.a. aus Spanien und Polen bei* Globales*). Eine politische Einschätzung der Bewegungen und Revolten in Ägypten und Libyen wagt in Thesenform Gerhard Hanloser für* Hintergrund.

Kritisch mit dem Slogan „Wir zahlen nicht für Eure Krise", nach wie vor weitverbreitet, wird sich im Leitartikel auseinandergesetzt. Vom Wortlaut ähnlich poltern auch Medien- und PolitikvertreterInnen im völkisch aufgeladenen Ton daher, und verorten wider aller Vernunft den Herd aller Probleme – wo sonst – in anderen Ländern. Dorthin sollen die Krisenfolgen genauso abgeschoben werden, wie es mit ausgebeuteten Illegalisierten schon lange traurige Praxis ist. Wie sich einige von ihnen gegen die unmenschlichen Praktiken des deutschen Abschiebevollzugs wehren, lest ihr auf Seite 6.

Gewiss ist nach wie vor nur eins: Nichts ist für immer.

Marcus Munzlinger (Kultur)

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck........... Kontakt über Hamburg
Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Essen............. Kontakt über Duisburg
Köln .... Kontakt über <kontakt-west@fau.org>
Krefeld .... Kontakt über Duisburg
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Treffen 2. bis 5. Di. im Monat ab 20.00 Uhr <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, letzter Fr. im Monat 19.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. (war: Gesundheit): Sektion Sozialwesen, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr <faub-soziales@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Mo. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion IT und Elektro, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>, SMS: (0151) 25 11 45 04
Gransee.......... Kontakt über Berlin
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Ilmenau .... Kontakt über Meiningen
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen....... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Potsdam .... Kontakt über Berlin
Suhl .... Kontakt über Meiningen
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt
Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So. im Monat ab 18 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, jeden 2. & 4. Freitag: anarchosyndikalistische Kneipe im Infoladen „Gartenstraße 19" ab 18.00 Uhr, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, www.fau-karlsruhe.org, <fauka@fau.org>, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe
Kassel............ FAU Kassel, <fauks@fau.org>, Gießbergstr. 41–47, 34217 Kassel, www.fau.org/kassel
Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim....... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Marburg.......... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, http://www.fau-m.de/, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken.... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

BUNDESWEITE BRANCHEN-KOORDINATIONEN

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>
Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

SCHWEIZ

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

ÖSTERREICH

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Was geht ab?

Für den Durchblick in der Krise: Eine FAQ-Sammlung der DA

„Das bisherige Krisenmanagement war bemüht", so schreiben Soziologen des Max-Planck-Instituts Köln Mitte August 2011 in der FAZ, „Krisen durch Verlagerung der Probleme auf eine höhere Ebene mit größerem Vertrauensreservoir ‚aufzuheben'. Die Banken wurden von den Staaten gerettet; die kleinen Staaten von den großen. Diese Strategie kommt jetzt an ihr Ende." Die DA hat sich die Krise und ihr „Management" einmal näher angeschaut.

Wie kam es zu der Krise?

Am Anfang war der Kredit. Über Jahre hinweg hatten die ArbeiterInnen in den USA das Angebot unzähliger Banken angenommen, ihren Lebensstandard mit Krediten zu halten. Das garantierte den sozialen Frieden. Als Sicherheiten dienten ihre Häuser, deren Wertprognose beständig nach oben wies. Im Sommer 2007 aber war der Bogen überspannt: Hunderttausende hatten ihre Raten nicht mehr begleichen können, Zwangsräumungen folgten massenhaft, der Immobilienmarkt brach ein.

Da die unsicheren Kredite als „innovative Finanzprodukte" in Kreditbündeln gehandelt und weiterverkauft worden waren, war nicht klar, welche Bank mit welchen Verlusten zu rechnen hatte. Im Lauf des Jahres 2008 kam es zur sogenannten „Vertrauenskrise": Untereinander verliehen die Banken kaum mehr Geld, Kredite verteuerten sich nicht nur in der Sphäre der Finanzwirtschaft. Der Staat sprang ein, verstaatlichte mit Milliardeninvestitionen mehrere Banken – aber nicht alle. Die Lehman-Pleite machte die Finanz- endgültig zur Wirtschaftskrise.

Die bösen Banker und Spekulanten...?

Nein. Die Aufblähung des Finanzsektors kann als Ventilfunktion begriffen werden: Die Anleger wissen nicht, wohin mit ihrem Geld. Wirkliche Investitionen würden die weltweite Überproduktion noch verschärfen. Außerdem versprechen Finanzgeschäfte sattere Gewinne, von 10% und mehr im Jahr. Das alles ist gewissermaßen Ansichtssache. Übrigens, so die *FAZ*, mussten sich im großen Krisenjahr 2009 nur drei der 30 DAX-Konzerne mit echten Verlusten abgeben, der Rest musste lediglich mit geringeren Gewinnen auskommen.

Wie wird die Krise bekämpft?

Mit Geld, wie sonst? Das Perfide dabei ist, dass nicht nur die Bankenrettung, sondern auch die Rettung klammer Staaten direkt „den Investoren" zugutekommt. Seit Mai 2010 kauft die Europäische Zentralbank Staatsanleihen, also staatliche Schuldscheine, auf. Und zwar von den Banken. Bisher im Umfang von 96 Milliarden Euro. Das bewirkt zweierlei: Die Zentralbank bringt Geld in Umlauf und senkt mittelbar auch die Kreditkosten – darauf zielte auch schon die Absenkung der Leitzinsen durch die Zentralbanken. Die US-Notenbank setzte seit Krisenbeginn insgesamt 2.300 Mrd. Dollar ein. Dem Internationalen Währungsfonds zufolge stieg die Schuldenquote der USA auf 91% der jährlichen Wirtschaftsleistung, die der Bundesrepublik stieg binnen zwei Jahren von 66 auf 80%. Alles kein Problem, solange nur das übergeordnete Ziel erreicht wird und die Wirtschaft wieder wächst. So könnten schließlich auch die Schulden wieder abgetragen werden. Indes, allein für 2011 rechnet Finanzminister Schäuble mit fast 30 Mrd. Euro Neu-Schulden.

„Schuldenbremse" klingt nach schwäbischem Kaufmannsladen, aber einleuchtend. Was ist da dran?

Realpolitisch betrachtet ist der Abbau der Staatsschulden vollkommen illusorisch. Andererseits sind die Zinszahlungen eine dauerhafte Subventionierungszusage an die Banken – das reale Ausfallrisiko ist ja im Unterschied zu Privatkrediten eigentlich gar nicht existent. Dennoch lässt sich auch damit Geld verdienen: Zunehmende Zweifel an der Zuverlässigkeit der Zahlungsmoral eines Staates oder Unternehmens treiben die Zinsen für Neu-Kredite in die Höhe – und in Form von Kreditausfallversicherungen sind die sogar handelbar.

Was sind „Ratingagenturen"?

Dabei handelt es sich um Privatunternehmen, die als unabhängige Prüfer die Kreditwürdigkeit von Unternehmen und anderen Körperschaften beurteilen sollen. Sie verteilen quasi Kopfnoten. Als „neutrale Dritte" spielen sie eine ähnliche Rolle wie externe Beratungsfirmen, die im Produktionsprozess eines Unternehmens Rationalisierungsmaßnahmen konzipieren.

Drei große Agenturen – Moody's, Standard & Poor's und Fitch – kontrollieren fast den gesamten Markt. Dabei stützen sie sich nicht nur auf ihre Reputation, sondern profitieren auch von regulativen Vorgaben privater und öffentlicher Investment- und Finanzgesellschaften. Denn deren interne Regelungen sehen eine unabhängige Bewertung meist nicht nur zwingend vor; vielfach ist ihr Handeln sogar an eine bestimmte Notenstufe gebunden, so dass die Agenturen ggf. gewisse Automatismen in Gang setzen.

Insbesondere im Zuge der US-Immobilienkrise gerieten die drei zwar in die Kritik, weil die faulen Kreditbündel reihenweise mit der Bestnote AAA bewertet worden waren.



Geändert hat sich an ihrer Rolle bis heute jedoch nichts.

Beruhigungspille für die Märkte oder Volkstheater – was treibt die Politik?

Die Regierungen wirken närrisch, wenn sie versuchen, „die Märkte zu beruhigen" – und dabei den Marktakteuren die Definitionsmacht und den Gewinn überlassen. Bemerkenswert auch der Konsens, dass sich die Staaten Kredite am Markt besorgen müssen und nicht etwa die EZB direkt Kredite vergibt. Die Garantieländer stützen in erster Linie ihre Banken, und nicht „das europäische Projekt" oder die heimischen Steuerzahler. So ließe sich auch erklären, warum ein „Staatsbankrott" Griechenlands im Frühjahr 2010 als ausgeschlossen galt, heute jedoch als „Umschuldung" diskutiert wird. Ähnlich resümiert die Gruppe *Wildcat* die Lage: Es geht darum, Zeit zu gewinnen: „Zeit, in der u.a. die Banken ihre betroffenen Papiere an steuerfinanzierte Institutionen weiterreichen können (die deutschen Banken und Versicherungen haben zwischen Frühjahr 2010 und Frühjahr 2011 etwa die Hälfte ihrer griechischen Anlagen abgestoßen)."

Wie ist die aktuelle Lage?

Im August sei, so die *Financial Times Deutschland (FTD)* , die Industrie in der Euro-Zone stagniert und die privaten Konsumausgaben zurückgegangen. Als ursächlich dürfen die anhaltende Schwäche der US-Wirtschaft und die Euro-Krise gelten, beides befeuert vom Auslaufen der Konjunkturprogramme. Auf beiden Seiten des Atlantiks macht man die Not zum Programm: Eisern sparen und auf Wachstum hoffen. Die Krise hat, laut *Wildcat*, damit zwei Gesichter: Für die Unternehmen verlief sie V-förmig, für die arbeitende Bevölkerung hingegen L-förmig. Wohin der eingeschlagene Weg führt, sieht man an der verstärkten Rezession in Griechenland, weil durch staatliche Ausgabenkürzungen Investitionen entfallen. Weniger Wachstum heißt weniger Steuern, heißt mehr Defizit, heißt mehr Krise – die politische Klasse befindet sich zwischen Skylla und Charybdis. Im Herbst 2011 sieht es nun so aus, dass das V zum W geraten könnte.

Gibt es Alternativen zu Sparprogrammen?

Ökonomen nennen Steuererhöhungen, Umschuldung und Inflation als Alternativen. Hinzuzufügen wäre, etwas utopischer, die Arbeiterselbstverwaltung, wobei auch hier Kredit- und Wachstumsfragen zu klären wären. Die *FTD* ihrerseits mahnt schlicht zum Umdenken im Bestehenden: „Was bringen riesige Gewinnspannen der Firmen, wenn die Straßen brennen?" Sollte dies nicht gelingen, rät die Wirtschaftszeitung vorsorglich, wenngleich ironisch: „Gold reicht nicht – kauft Waffen!"

André Eisenstein

Kolumne Durruti



Die Weltzeituhr auf dem Berliner Alexanderplatz ist nicht nur Treffpunkt für Blind Dates. Jeden Montag stehen hier auch die deutschen Empörer gegen soziale Ungerechtigkeit, Rating-Agenturen und Hedgefonds. Sie werfen keine Brandsätze, wie die Griechen, jagen die Regierung nicht zum Teufel, wie die Araber, und es sind auch keine 300.000, wie eben noch in Tel Aviv oder Madrid. An guten Tagen sind es ca. 30. Es braucht kein Twitter und kein Facebook, um diesen Massenprotest zu organisieren, und Angela Merkel wird weder Panzer noch Wasserwerfer anrollen lassen. Die braucht man hierzulande nur, wenn man Bahnhöfe bauen will. Wenn schwäb'sche Bäumle fallen, empört er sich schon mal, der Deutsche, und wählt todesmutig die Grünen. Für echten sozialen Aufruhr aber muss man ein bisschen zurückschauen.22 Jahre, würden die Aktivisten an der Weltzeituhr sagen, beziehen sie sich doch auf die Montagsdemos, die seinerzeit einen ganzen Staat hinwegfegten.

Tatsächlich ist der letzte soziale Aufruhr aber erst 20 Jahre her. Am 17. September 1991 ging es in Hoyerswerda los, griff schnell auf weite Teile des Ostens über und erreichte am 16. August 1992 in Rostock die mediale Klimax. Es gab Brandsätze, wie in Griechenland, es gab Tote, wie in Ägypten, und hunderttausende Sympathisanten. Nur jagte man keine Regierung zum Teufel, sondern „Neger" und „Fidschis". Und das ist das Problem. Das deutsche „Empört euch!" stammt von Thilo Sarrazin, und selbst wenn es mal nicht gegen Migranten geht, sucht die soziale Wut den Gegner immer unten, niemals oben. Hiesige Niedriglöhner wollen nicht *mehr* für sich, sondern *weniger* für die anderen. Das ist die Crux in diesem Land. Man kann nicht auf Aufruhr hoffen, man muss ihn fürchten.

Andererseits wird auch die schönste Empörung von Börsen und Rating-Agenturen viel effektiver beendet als Panzer das könnten. Ob EU und USA irgendwann merken, dass dabei feindliche Mächte wie Malware auf ihre Systeme zugreifen? I had a dream (nämlich letzte Nacht) und der ging so: US-Präsi Obama hat endlich die Faxen dicke, lässt Standard & Poors, Moody's und Fitch von der Nationalgarde stürmen und erklärt das kapitalistische Experiment für beendet. Griechenland, Portugal und Italien treten sofort aus der EU aus und den Vereinigten Staaten bei. China und Russland bezeichnen die USA als neues Reich der Finsternis, und während Merkel noch überlegt, ob Chinesisch oder Russisch neue erste Fremdsprache werden soll, wird sie von Assad als Faustpfand nach Damaskus entführt. Westerwelle putscht sich ins Kanzleramt. Bayern tritt aus der BRD aus und kehrt unter Theo I. zur Monarchie zurück. Selbst Islamisten haben keine Lust mehr auf Steinigungen oder Attentate, so spannend ist jetzt das TV-Programm. Kanzler Guido lässt Märchenkönig Theo noch fix von Leibarzt Rösler im Chiemsee ersäufen, bevor er selbst von den Navy Seals in die psychiatrische Abteilung von Guantanamo verlegt wird, wo Berlusconi und Sarkozy schon warten. Die chinesische Wirtschaft erstickt, mangels westlicher Nachfrage, am eigenen Plastikmüll. Die Russen kehren zum Wodka zurück. Assad gibt sich die goldene Wasserpfeife, sein Nachfolger senkt Merkels Lösegeld auf einen symbolischen Euro, ein Templiner Spargelbauer lässt sich das Schnäppchen nicht entgehen, und endlich ist jeder da, wo er hingehört... Hier endete der Traum. Wäre er weitergegangen, dann wohl mit der sozialen Revolution. Aber ohne deutsche Empörer. Die sollen sich lieber um ihre Bahnhöfe kümmern. Ist sicherer.

Markus Liske

TERMINE

Berlin

Fr. 09. Sept., 20.00 Uhr
Lovelite, Simplonstr. 38
Kult: „Berlinska Dróha – Record-Release-Party"
Direkte Aktion präsentiert die Party zur neuen Platte. Mit Infostand.

Sa. 10. Sept., 13.00 Uhr
Pariser Platz
Demo: Freiheit statt Angst
Demo gegen den Überwachungswahn

Mi. 21. Sept., 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Disko: Abhängige Beschäftigung in der Freien Schule – ein Widerspruch?
Podiumsdiskussion zu ökonomischen Zwängen, Interessenwidersprüchen und Arbeitsbedingungen an Freien Schulen

Fr. 23. Sept., 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: Von Kiezen und Fabriken. Kämpfe in Spanien
Ein Genosse der CNT Madrid berichtet über die Kampffelder in Spanien

Bonn

Sa. 1. bis Mo. 3. Okt.
ASJ Bonn unterstützt Gegenprogramm zu den Einheitfeierlichkeiten und NRW-Tagen in Bonn
U.a.: So 2.10. Vorabenddemo | Mo. 3.10. Großdemonstration
Nähere Infos zu Aktionen und zum Alternativprogramm: friede-freude-eierkuchen.net

Dresden

Sa. 17. bis Sa. 24. Sept.
Libertäre Tage in Dresden
Workshops, Konzerte, Vorträge
Nähere Infos: utopienentdecken.blogsport.de

Hamburg

Do, 15. Sept., 19.00 Uhr,
Schwarze Katze, Fettstraße 23
Info: Strahlender Kapitalismus. Atomindustrie und Leiharbeit
Direkte Aktion präsentiert: Vortrag und Diskussion mit Gaston Kirsche (gruppe bricolage)

Kassel

Sa. 10. Sept., 10.00 bis 17.00 Uhr
Universität Kassel, Arnold-Bode-Str. 8, Raum 0113/0114
Tagung: Finger weg vom Streikrecht
Mit Beteiligung verschiedener Gewerkschaften, u.a. der FAU. Weitere Infos: www.labournet.de/GewLinke/

Mannheim

Di. 20. Sept., 19.00 Uhr
Forum Jugendkulturzentrum, Neckarpromenade 46
Info: Arbeitsplatz CallCenter
Ein Aktivist berichtet von Organisierungserfahrungen. Veranstaltung der UBaLuMa.

Di. 11. Okt., 19.00 Uhr
Forum Jugendkulturzentrum, Neckarpromenade 46
Info: Knecht zweier Herren. Zur Abschaffung der Leiharbeit
Ein Mitglied der FAU Frankfurt berichtet von der Anti-Leiharbeits-Kampagne. Veranstaltung der UBaLuMa.

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org/termine

Unter Deutschen

Das „Modell Deutschland" sorgt für Ohnmacht in der Krise. Ansätze zu dessen Überwindung werden dennoch nicht diskutiert.

Deutschland klopft sich auf die Schulter. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise seien hier kaum spürbar. Im Gegenteil: die Wirtschaft melde Konjunktur und neue Arbeitsplätze. Kanzlerin Merkel behauptet sogar, Deutschland stünde „so gut wie lange nicht" da. Während in anderen Ländern soziale Kämpfe aufbrachen, gilt die BRD als Hort des sozialen Friedens. Dabei zeigen sich selbst konservativste Medienvertreter entzückt über die deutschen „Arbeitnehmer" und Gewerkschaften, die das „kleine Wirtschaftswunder" durch ihre Zurückhaltung möglich machten. Auf der anderen Seite fragen sich Akteure der sozialen Bewegungen, von radikalen Linken bis zur Gewerkschaftslinken, wie diese Friedhofsruhe eigentlich sein kann. Immerhin hatten nicht wenige von ihnen zu Beginn der Krise auch hierzulande Ausbrüche von sozialen Kämpfen erwartet, z.T. sogar erhofft.

Von großem Interesse dürfte deshalb sein, wie die Situation in diesen Kreisen analysiert wird. Immerhin könnte davon abhängen, ob die hiesigen sozialen Bewegungen doch noch Mittel und Wege finden, Widerstand zu entwickeln. Neben zahlreichen Artikeln und Diskussionsveranstaltungen, die es bereits zu dem Thema gab, dürfte der Kongress „Wo bleibt mein Aufschwung?" in Stuttgart aufschlussreich sein, der im Juli, organisiert von ver.di und dem Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!", abgehalten wurde. Die Veranstalter hatten dafür „Referenten von sozialen Bewegungen wie ATTAC und aus dem linkskeynesianischen, gewerkschaftlichen Spektrum" eingeladen.

Zu gut – zu schlecht?

Die dortigen Erklärungsmuster mögen sinnbildlich für die Debatte um den Krisenprotest in Deutschland sein. Auf der einen Seite wird darauf verwiesen – so etwa vom Stuttgarter ver.di-Chef Bernd Riexinger –, dass Deutschland aufgrund seiner Exportorientierung bisher von der Krise profitiert habe. Das Argument wurde bereits in vielen Beiträgen herangezogen, um ein mangelndes Krisenbewusstsein zu erklären. Allerdings wird es konterkariert durch die Tatsache, dass die große Masse in Deutschland durchaus massive Verschlechterungen hinnehmen musste, aber auch dadurch, dass Unmut und Krisenbewusstsein durchaus vorhanden sind (siehe unten). Dass es den Deutschen „noch zu gut geht", wie an empörten Stammtischen häufiger zu hören, kann also kaum ein plausibler Erklärungsfaktor sein.

Auf der anderen Seite wird dann doch die soziale Verschärfung in Deutschland angeführt, hier dann allerdings unter dem Gesichtspunkt „verschlechterter Rahmenbedingungen" für Bewegung. So verweist etwa Michael Schlecht, Chefvolkswirt der Linksfraktion im Bundestag, auf die allgemeine Prekarisierung, welche die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften unterminiert habe. Auch dieses Argument scheint irreführend. Zum einen handelt sich um keine deutsche Besonderheit: Prekarisierungsprozesse haben die Gewerkschaften weltweit vor neue Probleme gestellt. Zum anderen blendet es aus, dass der DGB selbst teilweise aktiv – z.B. mit Dumping-Tarifen in der Leiharbeit – an der Prekarisierung mitgewirkt, ihr zumindest aber keinen nennenswerten Widerstand entgegen gesetzt hat. Man kann anführen, dass hierzulande mit der Agenda 2010 krisentypische Maßnahmen vorweggenommen wurden, während in der Krise selbst solche Maßnahmen als potenzielle Auslöser von Massenmobilisierungen ausblieben.

Doch das Problem scheint tiefer zu liegen, wie ein vergleichender Blick nach Frankreich zeigt: Immerhin gab es dort bereits 1995 mit dem sog. Juppé-Plan den Versuch massiver Sozialeinschnitte, die zumindest teilweise abgewehrt werden konnten. Auch in anderen zentralen Auseinandersetzungen, etwa um die Rentenreform, nimmt sich der DGB – im Vergleich mit den französischen Gewerkschaften – fast schon tot aus. Richtig ist also vielmehr: Die Prekarisierung ist eine Folge der gewerkschaftlichen Schwäche – und nicht etwa umgekehrt.

Verwunderlich mag ebenso Riexingers Bekundung klingen, man wolle sich „mit den gewerkschaftlichen Umbrüchen der letzten Jahrzehnte auseinandersetzen, die eine offensive Interessenvertretung erschweren." Denn im Konzept des DGB war, seiner sozialpartnerschaftlichen Doktrin entsprechend, niemals auch nur eine „offensive" Praxis vorgesehen. Und der jetzige Zustand des DGB ist nicht etwa die Folge von „gewerkschaftlichen Umbrüchen", sondern eben einer kapitalistischen Offensive, während der der DGB selbst zu gar keinem Umbruch in der Lage war.

Gewerkschaft auf deutsch

Das Konzept des DGB hat eine lange Tradition. Auch wenn diese verschiedene politische Kontexte erfuhr, zieht sie sich wie ein roter Faden durch die Geschichte und bestimmt das Bild der Gewerkschaftsbewegung wie in keinem anderen Land: Von der Nationalisierung der Gewerkschaften und der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg, über die Arbeitsgemeinschaften in der Weimarer Republik und den Versuch, eine „nationale Einheitsgewerkschaft" herzustellen, bis zur modernen Sozialpartnerschaft und den neuerlichen Vorstößen zur Einschränkung des Streikrechts. Zentrale Kennzeichen der deutschen Gewerkschaftsbewegung waren schon immer ein hoher Zentralisierungsgrad und eine reduktionistische Arbeitsweise, wie sie kaum woanders auftrat. Dabei sollte sich insbesondere die sozialdemokratische Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft als weichenstellend erweisen. Aus ihr leiten sich sowohl die Reduktion der gewerkschaftlichen Aufgaben auf die Tarifpolitik im Rahmen der bestehenden Reglements ebenso wie der apolitische Charakter der deutschen Gewerkschaften ab, die auch nach der Distanzierung von der SPD fortbestanden. Die Abwesenheit politischer Streiks in Deutschland resultiert auch aus dieser Selbstbeschränkung, und zugleich wirkt das Modell generell dämpfend auf Konfliktdynamiken.

Dass selbst neoliberale Institutionen wie die OECD schon länger Gefallen an der deutschen Einheitsgewerkschaft gefunden haben, wurde in dieser Zeitung schon mehrfach erwähnt. Und sie meinen damit explizit das Modell und nicht etwa die Politik derselben, die sie weitestgehend durch Ersteres determiniert sehen. Das Modell garantiere Lohnzurückhaltung, eine geringes Streikaufkommen und somit lukrative Investitionsmöglichkeiten für das Kapital. Da wird Herrschaftswissen schon so unverblümt offen gelegt – und es wird dennoch ignoriert: Eine Diskussion, welche Bedeutung die deutschen Gewerkschaftsstrukturen für das hiesige Potential an Ungehorsam haben, findet kaum statt. Vielmehr wird die sozialdisziplinierende Funktion des deutschen Gewerkschaftsmodells weiter ausgeblendet und am Ideal der Einheitsgewerkschaft festgehalten – unter Missachtung zahlreicher Studien und der offensichtlichen Tatsache, dass andere Gewerkschaftsstrukturen eine viel größere Vitalität aufweisen.

Die Auswirkungen dieses Modells reichen weiter, als es erscheinen mag. Denn die Sozialdisziplinierung funktioniert nicht nur über die institutionelle Kanalisierung von Konflikten, sondern auch durch die Internalisierung passiver Mentalitäten, sowohl in den Gewerkschaftsspitzen als auch an der Basis. Darauf verweisen sogar die OECD-Studien. Schon vor über 200-Jahren bemerkte niemand geringeres als Adam Smith, dass Regimes der Arbeitsteilung bestimmte Typen von ArbeiterInnen hervorbringen, und zwar „so dumm und ignorant, wie ein menschliches Wesen nur sein kann." Man kann, ja muss diesen Gedanken auch auf die Gewerkschaften übertragen. Denn insbesondere der DGB ist ein integraler Bestandteil der militärisch angehauchten Arbeitsorganisation in Deutschland. Sowohl das Stellvertretungsprinzip als auch das reduktionistische Gewerkschaftskonzept sozialisieren ArbeiterInnen, denen es fremd ist, sich direkt zu wehren oder gar gewerkschaftliche Mittel für gesellschaftspolitische Veränderung ins Feld zu führen. Ökonomie, und dazu zählen auch die Gewerkschaften, ist eben auch ein sozialer Raum. Die darin gelebten Praxen wirken sich nachhaltig auf Bewusstsein und Kultur aus. Insofern die Hegemonie des DGB und damit dessen sozialisierende Macht ungebrochen ist, muss es nicht wundern, wenn die Beschäftigten hierzulande eher „jammern" (*BZ*) als eine kämpferische Kultur zu entwickeln.

Autoritäre Perspektiven

Dieser „autoritäre Charakter" sollte nicht unterschätzt werden. Eine Studie des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF) kam zuletzt zu dem Ergebnis, dass das Krisenbewusstsein unter den deutschen Beschäftigten durchaus vorhanden sei. Demnach gebe es eine zunehmende Einsicht, dass dahinter „nicht nur eine personale Herrschaft, sondern die kapitalistische Ökonomie insgesamt steht". Die Krise wird dabei vielfach nur „als Brennglas" eines ohnehin fehlerhaften Wirtschaftsmodells begriffen. Obwohl die soziale Verschärfung tatsächlich zu einem starken Anstieg von Unmut geführt hat, wie auch eine Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen (IAQ) feststellt, sei die Situation geprägt durch eine „tiefe Ohnmachtserfahrung". Die Wut fände keinen konkreten Adressaten, da man die „Schuldigen" nicht im eigenen Betrieb verorte, sondern im Gesellschaftssystem insgesamt. Die Perspektive werde so auf „Staat und Politik" verschoben, was zu „ausgeprägten Widerstands- und Protestphantasien" führt, nicht aber zu wirklicher Gegenwehr.

Man muss in der hier erkennbaren Kapitalismuskritik nicht gleich auch eine Zunahme von Klassenbewusstsein erblicken. Denn dieses würde sicherlich eine betriebliche Handlungsperspektive mit einschließen und die „Betriebsgemeinschaft" in Frage stellen. Kapitalismuskritik allein muss auch nicht progressiv sein. Denn bleibt die Betriebs- oder gar nationale Gemeinschaft intakt, und wird der soziale Konflikt nicht ausgetragen, verengt sich der Blick auf die „verantwortlichen" staatlichen Autoritäten. Tatsächlich stellt denn auch das ISF eine „Reaktivierung von Sichtweisen dichotomen Gesellschaftsbewusstseins" fest: „wir hier unten und die dort oben".

Es wäre ignorant, keinen Zusammenhang zwischen dieser Mentalität und dem vorherrschenden Gewerkschaftsmodell zu sehen, das nicht gerade mit lodernden Streikwellen in Verbindung gebracht wird. Ohne konkrete Kämpfe entstehen einfach kein Selbstbewusstsein und keine Erfahrungen (erfolgreichen) kollektiven Widerstands. Dabei macht sich auch das zentralistische und arbeitsteilige Konzept des DGB bemerkbar, das die Politik als Vermittlerin in sozialen Fragen betrachtet und nicht vorsieht, soziale Verbesserungen auf sozioökonomischem Gebiet autonom zu durchzusetzen. Offenbar und leider wird diese Untertanen- und Ohnmachtsperspektive auch in der Gewerkschaftslinken selbst reproduziert. Das legen zumindest entsprechende Lösungsvorschläge nahe. So fordert etwa Schlecht: „Wir müssen als Gewerkschaften viel stärker den politischen Kampf dafür führen, diese Verschlechterungen zurückzudrehen, damit wir in der Tarifpolitik überhaupt wieder Luft zum Atmen bekommen." Und Riexinger führt an, dass eine weitergehende gesellschaftspolitische Auseinandersetzung nur durch Politisierung im Betrieb möglich sei. Auch wolle man „aus den Erfahrungen der Protestbewegungen Südeuropas lernen – um dann vielleicht auch in Deutschland bald mal wieder größere Aktionen auf die Beine zu stellen", wie es Daniel Behruzi zusammenfasst.

Dass es vielleicht weniger diese Politisierungsbemühungen sind, als vielmehr die sozialen Strukturen und Praxen, die das Potential von Krisenprotesten ausmachen, ist hier, wie in der gesamten deutschen Linken, kein Thema. Als ob es lediglich um die richtigen Positionen ginge, die man transportieren müsse – ganz egal, über welche Struktur. Es scheint kaum reflektiert zu werden, dass der DGB noch nicht einmal dem Tagesgeschäft einer *trade union* nachkommt und dass in der Abstinenz kämpferischer Alltagspraxen womöglich auch die für die Proteste hinderliche Gehorsamskultur begründet liegen könnte. Statt auf diesem Gebiet Konsequenzen zu ziehen, vollführt man politische Ausweichbewegungen, die nichts an dem Grundproblem ändern, dieses womöglich sogar verfestigen. Das könnte sich später böse rächen. Denn wenn auch in Deutschland der Krisenunmut überhandnimmt, könnte sich dieser in Lösungswegen ergießen, die ganz der vorherrschenden Mentalität entsprechen.

Holger Marcks



Abonnement

c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München
da-abo@fau.org
www.direkteaktion.org

Ich will folgendes Abo haben:

- ☐ 6 Ausgaben-/1 Jahr (Euro 9,–)
- ☐ 12 Ausgaben-/-2 Jahre (Euro 18,–)
- ☐ Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- ☐ 6 Ausgaben Ausland /-1 Jahr (Euro 12,-)
- ☐ 12 Ausgaben Ausland /2 Jahre (Euro 24,-)

WiederverkäuferInnen:
Schickt mir bitte ____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

☐ 
T-Shirt (rot) mit Brustlogo, Größe L, Lady-shirt M

☐ 
Broschüre: Klassen. Kämpfe. Bewusstsein.

☐ Comic: Ostberlin

Meine Anschrift

Vor- und Nachname

Straße/Postfach

PLZ, Ort

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Bloß jeglichen Anreiz vermeiden

Viele nach Deutschland Eingewanderte sind EU-BürgerInnen und trotzdem weitestgehend rechtlos – per EU-Vertrag

In vielen Städten Deutschlands und der Europäischen Union leben seit einigen Jahren EU-BürgerInnen, die nicht die vollen Bürgerrechte zugesprochen bekommen. Mit weitreichenden Konsequenzen.

Dieser Status ist eine Folge des sog. „2+3+2-Modells". Mit diesem legte die EU im Jahr 2004 bei der EU-Osterweiterung fest, dass für BürgerInnen der neuen Mitgliedsstaaten der Arbeitsmarkt max. sieben Jahre lang beschränkt bleiben soll. Wie dies geregelt würde, blieb den einzelnen Ländern überlassen. Großbritannien, Irland und Schweden öffneten bereits 2004 ihre Arbeitsmärkte für die BürgerInnen aus den neuen EU-Ländern. In Deutschland erhielten Menschen aus Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen und Ungarn erst im Mai dieses Jahres die volle „Arbeitnehmerfreizügigkeit" (siehe DA Nr. 205). Bis 2014 weiterhin keinen Zugang erhalten Menschen aus Bulgarien und Rumänien, da diese Länder erst 2007 der EU beigetreten sind. Hingegen haben Griechenland, Spanien, Ungarn und Portugal ihnen bereits 2009 den Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt gewährt.

In Deutschland bestimmt das Aufenthaltsgesetz, dass die Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden kann, „wenn dies in zwischenstaatlichen Vereinbarungen, durch ein Gesetz oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist" (AufenthG § 39). Weiterhin wird im Sozialgesetzbuch definiert, welche BürgerInnen eine Arbeitsgenehmigung in Deutschland erhalten (siehe SGB III § 284).

Die schlechtmöglichste Behandlung

Hauptbetroffene der Situation sind derzeit Roma aus Bulgarien und Rumänien. Aufgrund der angespannten gesellschaftlichen Lage in vielen osteuropäischen Ländern haben gerade sie oft keine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und müssen zunehmend um das Leben ihrer Familien fürchten. Ihre Herkunftsländer und -kommunen begegnen der Bedrohung ihrer Existenz entweder gar nicht oder nur halbherzig. Eine Auswanderung in andere EU-Staaten ist für sie daher eine nahe liegende Option.

Doch an einer Arbeitsgenehmigung hängt z.B. in Deutschland viel. Ist es von Hartz IV betroffenen BundesbürgerInnen zumindest möglich, Unterkunft und Gesundheitsversorgung bezahlt zu bekommen, so fehlt es den RumänInnen und BulgarInnen meist auch hieran. Die Folge davon ist, dass sie genötigt werden, in die Illegalität (Kriminalität, illegale Beschäftigung, Prostitution) auszuweichen, um zu überleben. Eines der wenigen Rechte, die sie haben, ist das Recht, Kindergeld zu beziehen. Bezeichnenderweise denken so manche PolitikerInnen eher darüber nach, wie man ihnen auch dieses Recht streitig machen kann, statt ihnen endlich die grundlegendsten Rechte zu gewähren.

Allein in Kiel etwa leben derzeit zwischen 300 und 1.000 Roma aus Rumänien mit ihren Familien unter z.T. schlimmsten räumlichen und sanitären Bedingungen. Die Städte versagen oftmals die Hilfe, weil sie befürchten, so „Anreize" für Nachzüge zu schaffen. So wetteifern die Städte an diesem Punkt eher um die schlechteste Behandlung der Roma. Dem Kinderschutz wird dabei häufig nicht genüge getan. Hilfe kommt eher inoffiziell aus Ämtern oder von ehrenamtlichen Organisationen und freiwilligen HelferInnen. So bemüht sich etwa das Medibüro Kiel um die Vermittlung von medizinischer Versorgung für die hier wohnenden Roma, obgleich es sich in erster Linie für Papierlose (also Menschen ohne Aufenthaltsrecht) einsetzt. Inzwischen gibt es eine Liste von rund 40 ÄrztInnen, die Menschen mit einem problematischen Aufenthaltsstatus kostenlos behandeln und damit eine Lücke schließen, die der Staat und die EU hinterlassen haben.



EU-weit stigmatisiert und unerwünscht? In Städten wie Plovdiv (Rumänien) leben Roma ghettoisiert am Rand der Armutsgesellschaft.

Roma als Sündenböcke

Nicht nur in Deutschland, vielerorts in Europa verschärft sich die Situation der Roma. Erst im vergangenen Jahr hat Frankreich tausende Roma rücksichtslos in ihre Herkunftsländer abgeschoben und damit zerbrechliche Lebensentwürfe von Menschen am untersten Rand der Gesellschaft zerstört. Dabei hatte noch 2009 die EU ihre „Grundsätze" zur vollen Integration der Roma beschlossen. Diese gelten aber nur für Roma, die eine Arbeitsgenehmigung in einem EU-Land haben.

Daneben hat sich auch in Italien ein besonders unmenschlicher Umgang mit den eingewanderten Roma gezeigt. Roma dienen hier schon lange, wie generell in Europa, rechtsradikalen PolitikerInnen als wehrlose Sündenböcke. Die entsprechenden restriktiven Gesetze werden dabei dazu genutzt, die Xenophobie (Ausländerfeindlichkeit) der Bevölkerung in bürokratische Bahnen zu lenken.

Eine Entrechtung von Teilen der Arbeiterschaft nützt nur den Unternehmern und schafft eine Masse billiger und rechtloser Arbeitskräfte, denen man oft genug den Lohn gar nicht oder nicht in voller Höhe auszahlt. Mangels Sprachkenntnissen und Vertrautheit mit der Rechtslage sind viele nicht über ihre Rechte bei ausstehenden Löhnen informiert. Dabei müssen sie nicht, wie die Papierlosen, befürchten, abgeschoben zu werden, falls ihr Aufenthalt in Deutschland bekannt wird. Dennoch scheuen sich DGB-Gewerkschaften vielerorts immer noch, diesen Ausgegrenzten zu helfen.

Die Medibüros, die es mittlerweile in 29 Städten in Deutschland gibt, zeigen aber auch, dass es viele BürgerInnen gibt, die bereit sind, der Einteilung in gesellschaftliche VerliererInnen und GewinnerInnen etwas entgegenzusetzen. Letztlich gilt es jedoch, tiefer anzusetzen und sich gegen jegliche Form der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der Herkunft einzusetzen.

Thilo Pfennig

Rote Karte für Gelben Riesen

Die internationalen Gewerkschaften ITF und UNI machen Druck gegen DHL. Aktionen zur WM in Deutschland

Die Deutsche-Post-Tochter DHL – ehemalige Anwärterin auf die erweiterte Kriegslogistik der Bundeswehr – macht seit längerem durch miese Arbeitsbedingungen in diversen Ländern auf sich aufmerksam. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) und das Union Network International (UNI) beschuldigen das Unternehmen mit weltweit ca. 470.000 MitarbeiterInnen, diverse Leitlinien des von DHL unterzeichneten *Global Compact* zu brechen. Dieser beinhaltet Arbeitsrechtsstandards sowie die Gewährleistung von Menschenrechten und Gewerkschaftsfreiheit. Doch weit gefehlt.

Von Lügendetektortests ist die Rede, niedrigsten Sicherheitsstandards, willkürlichen Kündigungen von unliebsamen GewerkschafterInnen, Behinderung der Gewerkschaftsarbeit bis hin zur Vorenthaltung der tariflichen Rechte für Frauen. Die Konzernleitung hält sich gewohnt bedeckt. Man könne „nicht jedes Fehlverhalten aufdecken", so DHL. An der Lügendetektorpraxis will man gar für die Zukunft in „Ausnahmefällen" weiterhin festhalten. In Costa Rica ist dies inzwischen per Gericht unterbunden worden. Mit einer umfassenden Kampagne gehen die Gewerkschaften seitdem gegen DHL vor. Bereits im Oktober 2010 stellten die Gewerkschaften DHL in den Fokus ihrer jährlichen „internationalen Aktionswoche der Beschäftigten im Straßentransport". In Deutschland beteiligte sich damals ver.di an der Aktionswoche. Eine Kampagne zur Frauen-Fußball-WM in Deutschland, bei der DHL als Sponsorin auftrat, wartete ebenso mit Aktionen auf: Sie verteilte alternative „Spielpläne", in denen zu den einzelnen Begegnungen die Verhältnisse bei DHL in den jeweiligen WM-Ländern thematisiert wurden.

Zuvor organisierten ITF und UNI Ende Mai eine *Global Delivery Conference* zur Jahreshauptversammlung von DHL in Frankfurt, auf der sich DHL- und TransportarbeiterInnen aus verschiedenen Ländern und Gewerkschaften über ihre Arbeitssituation informierten und austauschten. Ebenso wurde Ende Juni von ITF und UNI eine Beschwerde bei den Vereinten Nationen eingereicht. „DHL hat die UN-Prinzipien von Fairness in der Arbeits- und Geschäftswelt, zu denen sie sich ... verpflichtete, gebrochen. Dafür gibt es keine Entschuldigung", so Philip Jennings, Generalsekretär der UNI in einer Pressemitteilung.

Die Forderungen nach einem weltweiten Rahmenabkommen, welches die Grundrechte aller Beschäftigten sichern soll, sowie die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte und das Recht der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit sind wichtige Fixpunkte dieses internationalen Arbeitskampfes gegen den Logistikkonzern. Dass DHL wie viele andere *Global Player* die jeweiligen Spielräume vor Ort gegen die ArbeiterInnen nutzt und sie zusätzlich in Konkurrenz zueinander setzt, zeigt einmal mehr, welche Bedeutung international agierende Gewerkschaften in Arbeitskämpfen gegen ebenso global agierende Unternehmen haben.

Sebastien Nekyia

§§§-Dschungel

Bufdi, FSJ und FÖJ – Welche Rechte habt ihr?

Auch wenn du als Freiwillige/r – sei es im Bundesfreiwilligendienst, sei es in einem Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr – jeden Tag hart arbeitest, wirst du vom Gesetz nicht als ArbeitnehmerIn betrachtet. Das heißt: Das normale Arbeitsrecht findet auf dich keine Anwendung. Es heißt aber auch nicht, dass du vollkommen rechtlos bist und dich von deinen Chefs bis zum Letzten ausbeuten lassen musst. Auch für dich hält das Gesetz eine Mindestabsicherung bereit. Diese solltest du gut kennen, um sie im Notfall auch durchsetzen zu können. Welche Art von Freiwilligendienst du leistest, spielt dabei übrigens keine Rolle: Unterschiede beim neuen Bundesfreiwilligendienst (siehe S. 6) gibt es vor allem bei der Frage, wann dieser abgeleistet werden kann (keine Altersgrenze und nach fünf Jahren erneut möglich) und bei der Mindestarbeitszeit (Teilzeit möglich). Die Rechte der Freiwilligen während ihres Dienstes wurden bzw. werden dabei für alle einheitlich geregelt.

Kann gekündigt werden?
Da dein Vertrag befristet ist, kann er nach Ablauf der Probezeit grundsätzlich weder von dir noch von der Einsatzstelle gekündigt werden. Eine Kündigung aus einem wichtigen Grund ist aber immer möglich. Oft werden solche wichtigen Gründe im Vertrag aufgezählt. Das heißt aber nicht, dass nicht auch Umstände, die nicht im Vertrag genannt werden, einen wichtigen Grund darstellen können.

Wie bin ich versichert?
Während der Dienstzeit bist du Pflichtmitglied in der gesetzlichen Arbeitslosigkeits-, Renten-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung. Die Kosten hierfür muss dein Träger allein übernehmen. Warst du zuvor privat krankenversichert, kannst du für die Zeit deines Dienstes ein Ruhen dieser Versicherung beantragen.

Wie sieht es mit der Bezahlung aus?
Du hast Anspruch auf ein Taschengeld. Die Höhe richtet sich nach der Vereinbarung, die du mit der Einsatzstelle getroffen hast. Die gesetzliche Obergrenze beträgt dabei 330 Euro. Zusätzlich kannst du einen Anspruch auf kostenlose Unterkunft, Verpflegung und Dienstkleidung vereinbaren. Tipp: Du kannst auch eine geldliche Ersatzleistung für die fehlende Unterkunft und Verpflegung und Dienstkleidung aushandeln. Die gesetzliche Obergrenze inklusive Taschengeld beträgt in diesem Fall 500 Euro.

Von 330 Euro kann ich nicht leben. Habe ich zusätzlich Anspruch auf ALG II?
Auch als Hartz-IV-EmpfängerIn darfst du an den Freiwilligendiensten teilnehmen. Zumindest bei Jugendlichen wird problemlos anerkannt, dass sie während dieser Zeit keine andere Arbeit aufnehmen müssen. Allerdings werden dir dein Taschengeld und der Wert deiner Sachbezüge als Einkommen angerechnet. Nur ein lächerlicher Betrag von gerade 60 Euro bleibt hier unberücksichtigt. Es ist zwar im Gespräch, den anrechnungsfreien Betrag auf 175 Euro anzuheben; ob dies tatsächlich geschehen wird, bleibt aber leider skeptisch abzuwarten.

Was ist bei Krankheit?
Wirst du während deines Freiwilligendienstes krank, musst du dies unverzüglich deiner Einsatzstelle melden. Die Einsatzstelle muss dir sechs Wochen dein Taschengeld weiterzahlen und auch ggf. vereinbarte Leistungen wie Unterkunft und Verpflegung weiter gewähren.

Und mein Urlaub?
Taschengeld und andere vereinbarte Leistungen stehen dir natürlich auch ohne Abzug in Zeiten deines wohlverdienten Urlaubs zu. Dein Urlaubsanspruch beträgt übrigens mindestens 24 Werktage, bei einer Fünf-Tage-Woche also 20 Tage. Falls du noch minderjährig bist, erhöht sich dieser Mindestanspruch abhängig von deinem Alter um einige Tage.

Bekomme ich weiter Kindergeld?
Als FSJlerIn und FÖJlerIn hast du unproblematisch einen Anspruch auf Kindergeld. Ein bisschen schwieriger ist die Situation im Moment leider noch bei den Bufdis. Auch als Bufdi solltest du zwar Anspruch auf Kindergeld haben, das Parlament findet aber im Moment seinen Urlaub wichtiger als dein Kindergeld. Deshalb fehlt es derzeit leider noch an den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die notwendigen Gesetzesanpassungen sollen erst im Herbst erfolgen. Für alle Budfis, die schon vorher ihren Dienst angefangen haben, wird das Kindergeld dann höchstwahrscheinlich rückwirkend nachgezahlt. Um keine Ansprüche zu verlieren, solltest du den Antrag sofort bei Beginn des Freiwilligendienstes stellen.

Ich hätte gern ein Zeugnis, das meine Tätigkeiten während des Freiwilligendienstes beschreibt. Habe ich einen Anspruch darauf?
Von sich aus muss dir dein Träger nach Abschluss deines Dienstes nur eine Bescheinigung ausstellen, dass der Dienst von dir abgeleistet wurde. Du kannst aber auch ein schriftliches Zeugnis mit Angaben zu Art und Dauer deines Dienstes, zu deinen Leistungen und zu deiner Führung während der Dienstzeit sowie zu eventuell berufsqualifizierenden Merkmalen deiner Tätigkeit verlangen.

Und wie ist meine Situation nach dem Freiwilligenjahr? Bekomme ich Arbeitslosengeld?
Nach Beendigung deines Freiwilligendienstes hast du in der Regel einen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn du nicht mindestens zwölf Monate Freiwilligendienst geleistet hast und vorher auch nicht in die Arbeitslosigkeitsversicherung eingezahlt hast, um so die erforderlichen zwölf Monate Beitragszahlung zu erfüllen.

Und bei Streitigkeiten?
Auch wenn es sich rechtlich bei dem Freiwilligendienst nicht um ein echtes Arbeitsverhältnis handelt, ist er dem Arbeitsverhältnis in Bezug auf Rechte und Pflichten sehr ähnlich. Im Falle von Rechtsstreitigkeiten ist deshalb auch für dich das Arbeitsgericht zuständig.

Dirk Feiertag
Rechtsanwalt in der Kanzlei FSN-Recht, Leipzig

Geringes Interesse an Kriegsdienst

Von 498.000 angeschriebenen jungen Männern haben im März und April nur 1.800 Interesse an dem neuen Freiwilligendienst der Bundeswehr gezeigt. Im Juni sprach Kriegsminister Thomas de Maizière noch von 3.000 Interessenten. Deutlich zu wenig für eine Armee, deren 170.000 Zeit- und Berufssoldaten zukünftig durch bis zu 15.000 Freiwillige unterstützt werden sollen, und die meint, im Ausland wieder eine dominante militärische Rolle einnehmen zu müssen. Das Kriegsministerium reagierte mit einer Verstärkung ihrer Werbeoffensive – auch an Schulen. Da das Werben unter Minderjährigen aber verboten ist, läuft hier die Propaganda unter „Aufklärung über deutsche Außenpolitik" im Gemeinschaftsunterricht (DA berichtete). Ein aktueller Werbespot der Bundeswehr verspricht den Freiwilligen Teamgeist, Abenteuer und faszinierende Technik. Der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Hermann Kues, zeigte sich in einem Interview mit rbb-Inforadio optimistisch hinsichtlich der Akzeptanz der Bundeswehrreform: Die Bereitschaft von jungen Leuten, sich zu „engagieren", sei ungebrochen hoch. (AL)

Hausverbot im Jobcenter

Ein Jahr lang darf Peter B., 47 Jahre alt, das Jobcenter Berlin-Neukölln nicht mehr betreten. Ihm wird vorgeworfen, er habe den Geschäftsablauf des Amtes gestört und seinen Sachbearbeiter bedroht. Peter B. dementiert: Er habe lediglich mit der flachen Hand auf den Tisch gehauen, nach der ihm abermals eine Weiterbildung zum Veranstaltungsfachwirt verweigert hatte. Das Amt argumentierte, nach 16 Jahren Arbeitslosigkeit fehle Peter B. die nötige Berufserfahrung für eine solche Tätigkeit. Absurd, aus Sicht der Behörden aber kein Grund, gleich wütend zu werden. Problematisch ist aber vor allen Dingen, dass mit dem Hausverbot nicht die Pflicht erlischt, dem Amt Nachweise über Bewerbungen u.ä. zu liefern. Daher liegt es in der Gewalt des Jobcenters, den Erwerbslosen vorzuladen, wobei das Hausverbot temporär aufgehoben wird. Nur umgekehrt, wenn der Betroffene mit dem Amt von sich aus in Kontakt treten möchte, gilt das Hausverbot. (AL)

Den guten Schein nicht wahren

Im Hennigsdorfer Flüchtlingsheim regt sich Widerstand gegen die Gutscheinpraxis

Flüchtlinge in Deutschland sind entrechtet, insbesondere jene, die ohne Aufenthaltserlaubnis in Heimen leben. Das ist kein Geheimnis. Menschen, die die Risiken und Strapazen einer Flucht auf sich nehmen, wird die Teilnahme am sozialen Leben außerhalb des Heims praktisch verweigert: Die Residenzpflicht hält sie räumlich gefangen und mangels Arbeitserlaubnis bleibt zum Leben nur das Allermindeste – dabei die Angst vor einer Abschiebung permanent im Hinterkopf.



Urheber: Flüchtlingsrat Brandenburg

200 Euro monatlich erhalten die BewohnerInnen im Hennigsdorfer Flüchtlingsheim. Mit 62 Prozent des amtlich anerkannten Existenzminimums muss der alltägliche Bedarf bestritten werden. Das reicht hinten und vorne nicht. Kultur und soziales Leben, ja allein schon Fahrkarten werden zu einem unerreichbaren Luxus. Und selbst die Möglichkeit, ihn sich vom Mund abzusparen, wird den Menschen hier verwehrt. Da mehr als drei Viertel der staatlichen Leistungen in Wertgutscheinen ausgegeben werden, bleibt den Betroffenen gerade einmal 1,36 Euro am Tag in bar, um all jene Bedürfnisse zu decken, die außerhalb des Sortiments einiger Supermarktketten liegen, die die Gutscheine annehmen. Ein menschenunwürdiger Zustand, an dem der Landkreis Oberhavel in Brandenburg als einer von wenigen festhält. Das Leben im Heim ähnelt einem Strafvollzug ohne Gefängnismauer – ein Umstand, der die Betroffenen dazu getrieben hat, sich zu organisieren und mit Leuten außerhalb zu vernetzen.

So starteten die HeimbewohnerInnen am 1. Juni einen Boykott der Wertgutscheine. Begleitet von Öffentlichkeitsarbeit, u.a. mit regelmäßigen Kundgebungen, erhofften sie sich, die Kreisverwaltung zum Einlenken zu bewegen. Und spätestens da wurden der Kreistag Oberhavel und auch die Verwaltung des Landes Brandenburg auf das Problem aufmerksam und befürworteten plötzlich die Umstellung der Versorgung auf Bargeld. Nur die letztlich Zuständigen des Kreises, Landrat Karl-Heinz Schröter und Sozialdezernent Michael Garske, machten keine Zugeständnisse. Als der Boykott im Juli weitergeführt wurde, gab es erste kleine Schritte auf die Flüchtlinge zu. 35 Euro mehr Bargeld im Monat – nicht zusätzlich, sondern anstelle von Sachleistungen. Trotz der annähernden Verdoppelung auf 2,50 Euro pro Tag reicht das Bargeld lange nicht für den zu deckenden Bedarf.

Nachdem der Boykott im August stellvertretend von zehn Flüchtlingen durchgeführt wurde, wird er nach dem Ende des „Sommerlochs" im September voraussichtlich von allen wieder aufgenommen. Unterstützung von außen ist hier dringend notwendig. Neben symbolischer Solidarität durch die Veröffentlichung von Protestbekundungen sind in erster Linie Geld- und Lebensmittelspenden, aber auch organisatorische Hilfe gefragt, da die Flüchtlinge auf sich allein gestellt wesentlich schlechtere Chancen haben, durch ihre Aktion die gewünschte Wirkung zu erzielen.

Es ist mutig, dass sich die Entrechteten erheben und trotz einiger Risiken für ihre Rechte kämpfen. Sie lehnen sich auf gegen eine Behandlung, die ihrer Würde nicht gerecht wird. Eine Behandlung, die sie faktisch nicht nur räumlich gefangen hält, sondern sie auch in ihrer Selbstbestimmung als KonsumentInnen einschränkt. Obwohl der Umstieg auf Bargeld Verwaltungskosten senken würde, haben die Zuständigen weiter ein Interesse daran, die Flüchtlinge durch die jetzige Handhabung zu isolieren, am besten so, dass sie keine sozialen Kontakte nach außen aufbauen können. Doch dafür ist es jetzt zu spät – es geht in die nächste Runde.

Jubin Heydarinia

Tu etwas Gutes!

Ein Kommentar von Thomas Winzer zum Bundesfreiwilligendienst


Urheber: Findus

Oh Schreck! Zu wenig „Bufdis", beklagt die Bundesregierung. Die sollen im neuen Bundesfreiwilligendienst die unersetzlich gewordenen Zivis beerben. Gleichzeitig fürchten die Fabriken des Gesundheitssystems um ihre günstigen Arbeitskräfte: Beim Arbeiter-Samariter-Bund gibt es nur noch 80 Bufdis statt vormals 1.000 Zivis. Dabei geht es doch darum, Gutes zu tun, oder?

Denkste! Denn nichts könnte falscher sein, als ein Gesundheitssystem weiter zu stützen, das auf der Verheizung der ArbeiterInnen basiert und gleichzeitig nicht zahlungskräftige Patienten ins Grab spart. Träger, Stiftungen und Konzerne, Bund, Länder und Kommunen müssen merken, dass sie die Gesundheit der Bevölkerung nicht länger aufs Spiel setzen dürfen und dabei auch noch die Beschäftigten abzocken.

Tu etwas Gutes! Sich dagegen zu entscheiden, freiwillig dieses System der fahrlässigen Tötung zu stützen, ist eine gute Tat. Denn jetzt ist ein guter Moment, um diesem Wahnsinn den Kampf anzusagen. Werde lieber Grufti als Bufdi! Oder noch besser: Nutze das Jahr sinnvoll. Aber nicht alleine! Auch das Personal muss sich aus dem Jammertal von Überstunden und Burnout, Betriebswirtschaft und Dauersparstress erlösen – und zwar durch Arbeitskampfmaßnahmen. Nicht auf Kosten der Patienten, sondern sozial verantwortlich, mit ihnen zusammen!

Und ja! Jeder Lieber-doch-nicht-Bufdi ist ein potentieller Patient, ob arbeitslos, noch lernend oder bereits in Rente. Deshalb: Statt freiwillig für ein Taschengeld Schlechtes zu erhalten, kämpferisch, selbstorganisiert und solidarisch etwas Gutes bewirken.

Auf zum Streik und Patientenaufstand! Werde ein Jahr aktiv für menschenwürdige Zustände im Gesundheitswesen. Möglichkeiten der Selbstorganisation gibt es genug, man schaue zum Tahrir-Platz, zur „Spanischen Revolution" oder zum „Festival der direkten Demokratie" in Thessaloniki. Oder frag bei der Basisgewerkschaft FAU nach einem Freiwilligen Syndikalistischen Jahr.

Rechtliche Tipps für Bufdis und andere Freiwillige auf Seite 5.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Weitere Details des Überwachungsskandals von Dresden

Am 19. Februar hatten ca. 20.000 Menschen gegen einen der größten Naziaufmärsche Europas und den deutschen Opfermythos in Dresden demonstriert. Dabei wurden die TeilnehmerInnen systematisch ausgehorcht und überwacht. 896.000 Gespräche und SMS-Mitteilungen wurden von der Polizei ausgewertet (die DA berichtete). Mittlerweile musste der damalige Polizeipräsident, Dieter Hanisch, wegen des Überwachungsskandals sein Amt räumen – ein Bauernopfer. Denn mittlerweile sind gemäß der bewerten Salamitaktik weitere skandalträchtige Details bekannt geworden.

Wie der *Spiegel* berichtete, wurde neben der Handyüberwachung auch ein Schrieb an sämtliche Busunternehmen verschickt, worin diese aufgefordert werden, umfangreiche Informationen über die Fahrgäste preis zu geben. So sollten Auskünfte darüber erteilt werden, wann, wer, wo zu- und ausgestiegen ist, welche Transparente mitgeführt wurden und worüber sich die Busreisenden unterhalten haben. Außerdem sollten Mietverträge und Kopien von Ausweisen der Kunden der Polizei übermittelt werden. (AL)

Funkzellenauswertung bereits im Vorfeld von Heiligendamm eingesetzt

Die umfangreiche Handydaten-Überwachung, wie sie im Rahmen der Anti-Nazi-Proteste in Dresden stattfand, war kein Einzelfall. Bereits im Vorfeld der Anti-G8-Proteste in Heiligendamm wurde eine sog. Funkzellenauswertung durch die Bundes- und Landesbehörden vorgenommen. Ähnlich der Rasterfahndung werden dabei nicht mehr nur noch einzelne Protestaktionen überwacht, sondern gleich der Versuch unternommen, eine ganze Bewegung für die Ordnungsmacht transparent zu machen.

Im Oktober 2005 wurde ein G-8-Vorbereitungstreffen der „undogmatischen Linken" durch das Bundeskriminalamt mit Hilfe von auf Vorrat gespeicherten Mobilfunkdaten dazu genutzt, alle BewohnerInnen und BesucherInnen zu protokollieren, die sich innerhalb von drei Tagen in der Gegend aufhielten. Auf einem zweiten großen Mobilisierungstreffen im Januar 2006 in Berlin wurden die AktivistInnen per Funkzellenauswertung ausgehorcht.

Um in solchen Fällen auch rechtlich grünes Licht zu bekommen, wird dabei gerne ein Ermittlungsverfahren wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung" initiiert. So auch im Mai 2007, wo auf Grundlage dieser Annahme eine groß angelegte Razzia gegen Aktivposten der G8-kritischen Bewegung durchgeführt wurde. 40 Wohnungen und Büros in Berlin, Bremen, Hamburg und dem Land Brandenburg wurden durchsucht. Das Ermittlungsverfahren wegen der „Bildung einer terroristischen Vereinigung" wurde nach der Aktion wieder eingestellt. (AL)

EU = Europäische Überwachungsunion?

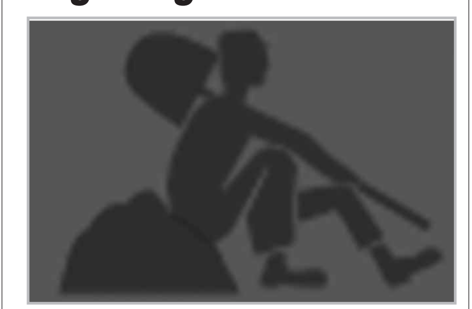
Die EU hat ein Verfahren gegen Deutschland eingeleitet. Sie bemängelt, dass eine verbindliche Richtlinie der EU zur Vorratsdatenspeicherung hierzulande noch nicht umgesetzt wurde. Jetzt soll Deutschland eine Stellungsnahme verfassen. Grund für die bisherige Nicht-Umsetzung ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im März 2010, mit der die Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig erklärt wurde. Zur Unterstützung der Strafjustizsysteme und der Strafverfolgung sollen laut EU-Vorgaben Telefon- und Internetverbindungsdaten mindestens sechs Monate gespeichert werden. Bei Handy- und SMS-Kontakt soll sogar der jeweilige Standort nachvollziehbar werden. Die Bürgerrechte werden eingeschränkt, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft Bewegungsprofile erstellen, geschäftliche und private Beziehung rekonstruieren können. Derzeit werden die europäischen Vorgaben überarbeitet. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) weigert sich die Richtlinien umzusetzen, bis die neuen Regelungen beschlossen sind – im Gegenteil zu CDU und CSU, die ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung fordern. (CS)

iPhone sammelt Geodaten

Die weiße Weste von Apple hat Flecken bekommen: Wie die Entwickler Alasdair Allan und Pete Warden aufdeckten, speichert das Apple-iPhone Daten, wo sich wann der User bzw. das Smartphone aufgehalten hat. Bekannt wie skandalös ist, dass jedes Mobiltelefon Geodaten speichert – über GPS, die Analyse der in Reichweite befindlichen Sendemasten oder durch die Ortung der privaten und öffentlichen Wi-Fi-Netze. Das iPhone gibt aber nicht nur aktuell Auskunft über den Ort des Users, es speichert diese Daten über Monate hinweg, nicht nur auf dem Mobilgerät selbst, sondern auch auf der Festplatte, sofern eine Verbindung zum heimischen Rechner besteht. Irritierend ist dabei zudem, dass diese Geodaten nicht einmal immer stimmen müssen. Das iPhone speichert auch Geodaten von Orten, wo der User nie war.

Was macht apple mit diesen Daten? Die Aufdeckung der Speichermodalitäten führte zu einer Welle der medialen Empörung. Das Computermagazin *Macwelt* berichtete, in der südkoreanischen Stadt Changwon hätte eine Kanzlei im Namen von 26.691 Betroffenen eine erste Sammelklage eingereicht. (AL)

Finger weg vom Streikrecht!



Huber für eingeschränktes Streikrecht

Bereits Anfang Juni zog sich der DGB aus dem Joint-Venture mit den Unternehmern der BDA zur Knebelung des Streikrechts zurück (siehe DA Nr. 206). Dass dies nicht etwa der Einsicht in einen Irrtum folgte, sondern lediglich den Rückzug aus einer verloren gehaltenen Schlacht darstellt, geht aus einem DGB-internen, aber öffentlich gewordenen Schreiben von IGM-Chef Berthold Huber hervor. Er halte die Initiative weiter in der Sache richtig, allein für die Umsetzung mangele es an einer Basis. In dem Schreiben rät er, nach außen zu propagieren, dass die Verantwortung für das Scheitern „allein bei den Arbeitgebern" läge, die keine Mehrheit in der Regierung hätten organisieren können. Damit soll offensichtlich von der Schlappe abgelenkt werden, die man sich im eigenen Hause einfuhr. Denn der Ausstieg des DGB erfolgte, nachdem der mutmaßliche Initiator der Initiative, Verdi-Chef Frank Bsirske, von seinen eigenen Mitgliedern abgewatscht worden war. Huber droht auf dem IGM-Gewerkschaftstag im Oktober ein ähnliches Fiasko. Gewerkschaftslinke hatten von Beginn an das antidemokratische Zustandekommen der Initiative kritisiert, das kein gutes Licht auf die Funktionsweise des DGB wirft.

FAU für umfassendes Streikrecht

Das vorläufige Scheitern der Initiative wurde von der FAU als betroffener Gewerkschaft ausdrücklich begrüßt. In einem weiteren Positionspapier erklärte sie Mitte Juli, dass es sich dabei nur um einen „Etappensieg" handele; es seien weitere Angriffe auf das Streikrecht zu erwarten, wie auch die Haltung mancher DGB-Chefs zeige. Sie kündigte zudem an, sich für eine umfassende Ausweitung des Streikrechts in Deutschland einzusetzen, das „in Bezug auf Gewerkschaftsfreiheit schon jetzt ein Entwicklungsland ist". Dabei wird sie auch das Gespräch mit anderen Gewerkschaften suchen. Bereits am 10. September findet in Kassel eine gewerkschaftsübergreifende Tagung statt, um die Handlungsoptionen für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit zu erörtern. (siehe S. 3: Termine) Die DA wird berichten.

Fluglotsen mit wackligem Streikrecht

Die bananenrepublikanischen Zustände in Sachen Streikrecht bekam jüngst die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) zu spüren. Die Fluglotsen, die nicht nur für eine Lohnerhöhung kämpfen, sondern auch für Bestimmungen, die den Rückgriff auf Lohndumping-Arbeitskräfte erschweren sollen, kassierten Anfang Aug. per einstweiliger Verfügung ein Streikverbot. Das Arbeitsgericht Frankfurt wertete das Ansinnen der GdF als einen „Eingriff in die unternehmerische Freiheit". In zweiter Instanz, nach Rücknahme strittiger Forderungen, wurde der Streik genehmigt. Jedoch rief der „Arbeitgeber" prompt die Schlichtung an, so dass die Fluglotsen bis Mitte Sept. an die „Friedenspflicht" gebunden sind. Wie schon in Fällen bei der GdL, Cockpit, aber auch der FAU, werden damit Lohnabhängige zum untertänigen Arbeitsdienst regelrecht gezwungen.

Bildung extrem

Staatsgewalt und Autoritarismus machen sich zunehmend im Bildungsbereich breit

Der Bildungsbereich ist im Umbruch, nicht nur durch Prozesse der Ökonomisierung und Prekarisierung. Auch Bundeswehr, Polizei und Verfassungsschutz (VS) versuchen, Einfluss auf ihn zu gewinnen. Dabei hinterlässt auch die Extremismusdebatte ihre Spuren, etwa in Form der so genannten „Extremismusklausel", poetischer „Demokratieerklärung" genannt. Dieses Mittel der Gesinnungskontrolle steht in der Tradition des „Radikalenerlasses" von 1972, mit dem Kanzler Willy Brandt (SPD) und die Länderchefs beschlossen hatten, im öffentlichen Dienst keine Mitglieder von „verfassungsfeindlichen" Organisationen arbeiten zu lassen. Das betraf damals auch LehrerInnen.

Heute ist es Familienministerin Kristina Schröder (CDU), die den „Extremisten" das Wasser abgraben möchte. Allen bewilligten Projekten, die über das Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken" finanziert werden (24 Mio. Euro jährlich), lässt sie eine Erklärung zukommen. Wird diese nicht unterschrieben, gibt es keine Kohle.

Damit haben die Träger zu bestätigen, dass sie sich „zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung" bekennen und „eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten". Außerdem müssen sie erklären, „dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen ... Vorschub geleistet wird." Die Vereine werden also aufgefordert, allen nachzuschnüffeln, die am Projekt beteiligt sind. Die Informationen müssen auf Nachfrage z.B. dem VS zugänglich gemacht werden.

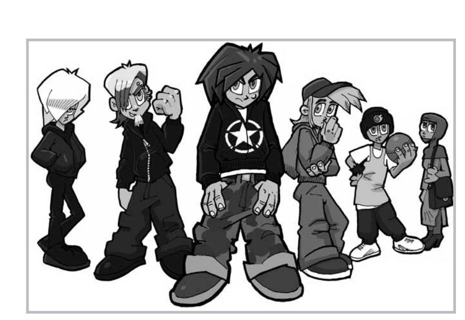
Zugleich wird die Bildung für andere „Extreme" geöffnet: die staatlichen Gewalt- und Überwachungsorgane. Ein Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern mag das illustrieren. Im Frühjahr hatten GymnasiastInnen aus Boizenburg einen Projekttag organisiert, um für die Schule den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" zu „verteidigen". Denn dafür muss mindestens einmal im Jahr ein solcher Tag stattfinden, der sich mit dem Thema Rassismus befasst. Vieles, was sich dort abspielte, steht exemplarisch für die aktuelle Entwicklung.

Schon im Vorfeld kamen kritische Stimmen auf. Denn wer sich schlau machte, erfuhr, dass auch VS, Bundeswehr und Polizei jeweils einen Workshop geben würden. Für die übrigen ReferentInnen stellten sich viele Fragen. Da gerade der VS Verfechter der Extremismustheorie ist, muss bezweifelt werden, wie hilfreich er bei dem betreffenden Thema ist, lenkt er denn Blick doch ausschließlich auf die politischen „Ränder" der Gesellschaft. SchülerInnen, die sich zur „Mitte" zählen, werden dadurch nicht gerade herausgefordert, sich mit dem eigenen Verhalten auseinanderzusetzen.

Dabei gehört Bildungsarbeit ebenso wenig zum Arbeitsauftrag des VS wie zu dem der Armee. Dennoch hat diese mit Bundesländern und Schulen Kooperationen vereinbart, um leichter Anwerbungen durchführen zu können, z.T. auf subtile Weise. So gibt es ein Planspiel namens POL&IS, bei dem die SchülerInnen die Rollen der „Weltpresse", verschiedener Staatspräsidenten, der UN oder der NATO einnehmen. Ein besonderer Fokus liegt dabei vielsagenderweise auf den militärischen Interventionsmöglichkeiten. An manchen Unis wiederum kann das Militär sogar schon einen Teil des Kurrikulums schreiben und damit die Zivilklausel aushebeln, etwa an der Uni Potsdam in Form der „Military Studies" (siehe DA Nr. 200).

Am Boizenburger Gymnasium wurde ein Workshop von einem Jungoffizier gestaltet, der nach Aussagen der SchülerInnen schon länger mit der Schule zusammenarbeitet. Wie die Polizei sich dort zum Thema Rassismus einbrachte und ob sie womöglich über ihre Rolle als ausführendes Organ bei der Abschiebung von Flüchtlingen berichtete, war leider nicht in Erfahrung zu bringen. Die freiberuflichen ReferentInnen erhielten für ihre Teilnahme jedenfalls extrem niedrige Honorare. Auch die Nachbereitung mit den VeranstalterInnen verlief sehr unbefriedigend.

Nicola-Conio Di Marco



Mit dem Comic „Andi" klärt der Verfassungsschutz an Schulen über „Extremismus" auf

Konfliktsozialisierung

Engagierter Gewerkschafter initiiert erfolgreiche Selbstorganisierung an Berliner Schule. Ein Erfahrungsbericht.

Längere Zeit war es an der Schwedischen Schule in Berlin üblich, dass die Lehrkräfte keine schriftlichen Arbeitsverträge hatten, unbezahlte Überstunden leisten mussten und bei Klassenfahrten unzureichend vergütet wurden. Die DA bat einen in der Bildungssektion der FAU Berlin organisierten Lehrer von seinem persönlichen wie auch dem allgemeinen Konflikt um die Arbeitsbedingungen zu berichten, der durch seine Sozialisierung einen erfolgreichen Verlauf nahm.

Seit dem Sommer 2010 arbeite ich als Lehrer an der Schwedischen Schule. Die schlechten Arbeitsbedingungen führten schnell dazu, dass ich mich mit meinen KollegInnen zu wehren begann. Der Schulleitung wurde ich als gewerkschaftlich Organisierter bald ein Dorn im Auge. Mein Vertrag war auf ein Schuljahr befristet, und Ende Mai bekam ich den Bescheid, dass mein Arbeitsvertrag nicht verlängert werden würde. Fortan war ich „arbeitsbefreit". In Anwesenheit meiner KollegInnen musste ich die Schlüssel abgeben und das Gebäude verlassen.

Ich entschied mich daraufhin, einen Brief an die Eltern zu schreiben, in dem ich sie über das ganze Drama aufklärte und ihnen vorschlug, an die Schuldirektorin und den Vorstand zu schreiben, um ihre Meinung kundzutun. Bald schon füllte sich mein Posteingang mit Mails von Eltern und SchülerInnen, das Telefon lief heiß und die Kinder gründeten sogar eine Facebook-Gruppe: „Wir wollen Johnny behalten". Die Eltern trafen sich und diskutierten über Strategien, wie mir ein Weg zurück ermöglicht werden könne. Die Selbstorganisierung war in vollem Gange.

Anfang Juni schlugen dann 20 Eltern in der Schule auf, um ihren Unmut zu demonstrieren. Sie drohten, das Gebäude nicht zu verlassen, bevor eine Lösung für dieses Problem gefunden würde. Nach einem vermittelnden Gespräch zwischen mir, meinem Anwalt, dem Vorstand, dem Sprecher der Schulleitung und der Elternvertretung bekam ich am darauffolgenden Tag meinen Arbeitsplatz zurück.

Dieser Konflikt offenbarte, welch sprengende Wirkung durch soziale Verankerung erreicht werden kann. Gewerkschaftliche und nicht-gewerkschaftliche Selbstorganisation gingen Hand in Hand. Nicht nur wurde mein Arbeitsvertrag verlängert, auch viele der Veränderungen, für die wir uns gemeinsam engagierten und streikten, sind eingetreten: Ab Herbst werden alle Arbeitsstunden und auch Klassenfahrten bezahlt, das lang ersehnte Arbeits- und Lehrerzimmer wird eingerichtet, schriftliche Verträge werden Standard. Eine Mut machende Erfahrung.

Johnny Hellquist
Übersetzung aus dem Schwedischen: Irene Gnielka

Dasselbe in Grün

Die DA sprach mit Roland von der FAU Stuttgart über das umkämpfte Milliardenprojekt Stuttgart21

Ihr habt bereits im September 2010 ein Positionspapier veröffentlicht und darin auch das Thema Leiharbeit und prekär Beschäftigte angesprochen. Was hat das mit S21 zu tun?

Recht viel. Zunächst einmal wurden bereits im August 2010 bei 80% der für den Abriss des Bahnhofsnordflügels eingesetzten Arbeiter Schwarzarbeit, Bezahlung unterhalb des Mindestlohns oder ähnliches festgestellt. Und klar ist auch: Wenn auch nur der Anschein erweckt werden soll, dass das Budget in irgendeiner Weise eingehalten wird, ist Sparen angesagt. Und das wird, wie üblich, auf den Rücken der Beschäftigten passieren.

In der DA schrieb ein Genosse der FAU Stuttgart, dass es bei S21 auch um eine „generelle Kritik" an der „parlamentarischen Demokratie" gehe. Hat sich denn mit den Grünen irgendetwas verändert?

Nein! Die Rhetorik mag anders sein, aber in der Sache hat sich nichts verändert. Im konkreten Fall wurde ja selbst das Parlament von der Bahn an der Nase herum geführt, was die Projektkosten anbetrifft. Wer aber dachte, dass dieses sich das nicht gefallen ließe, hat sich übel getäuscht. Ansonsten laufen die üblichen Kriminalisierungsversuche, auch stark von Seiten der Medien. Sei es nun, dass man Dinge wie die erfolgte Baustellenstürmung über alle Maßen dramatisiert, sei es, dass die Jugendoffensive, die zu Blockadeaktionen aufgerufen hat, massiv unter Druck gesetzt und angefeindet wird. Letzteres leider auch von Teilen des Aktionsbündnisses.

In eurem Papier habt ihr auch das Thema Streik gegen S21 ins Feld geführt, ebenso wie dies die „GewerkschafterInnen gegen S21" getan haben. Wurde dies in der Bewegung diskutiert?

Davon ist uns nichts bekannt. Die DGB-Gewerkschaften sind in der S21-Thematik sowieso gespalten. Sicherlich dürfte die Basis mehrheitlich zu den Gegnern gehören, aber es gibt auch „prominente" Gewerkschaftsmenschen wie den Porsche-Betriebsratsvorsitzenden, die wohl eher auf der Seite der Befürworter stehen.

Meldungen aus der FAU

Stuttgart – Dresden – Berlin: Visteon-Aktionstag
Am 19. August haben die FAU Stuttgart sowie die FAU Berlin Soli-Aktionen für die ArbeiterInnen in Spanien bei Cadiz Electronica S.A. / Visteon (Ford) durchgeführt. Anlass war der internationale Aktionstag zur Unterstützung der ArbeiterInnen, die sich – mit der CNT im Rücken – gegen die Abwicklung der 400 Arbeitsplätze wehren. In Stuttgart wurden vor einer Filiale von Visteon mehrere hundert Flugblätter verteilt. In Berlin kamen AktivistInnen von FAU und ASJ zusammen, um vor einer Niederlassung zu protestieren. Auch die FAU Dresden führte eine Aktion durch.

Berlin: Solidarität mit ägyptischen ArbeiterInnen
Auf einer Kundgebung der FAU Berlin haben Ende Juli etwa zwei Dutzend Menschen ihre Besorgnis bezüglich der aktuellen Entwicklung der Rechte der ArbeiterInnen in Ägypten kundgetan. Konkret ging es ihnen um ein Anti-Streik-Gesetz, mit dem Proteste in Ägypten derzeit kriminalisiert werden. Der ägyptischen Botschafter Ramzy verweigerte auf der Kundgebung die Annahme eines offenen Briefes. Die FAU Berlin erklärte sich solidarisch mit den ägyptischen ArbeiterInnen, die für ihre Rechte kämpfen.

Freiburg – Berlin: Mietkampf ist Klassenkampf!
Für den 3. September rief eine breite außerparlamentarische Mietenstopp-Bewegung zu einer Demonstration in Berlin auf. Die FAU Berlin, die sich ebenso der Mietenproblematik angenommen hat, unterstützte die Demonstration, zu der sie mit aufrief und mobilisierte. Auch die FAU Freiburg ist nach wie vor aktiv zum Thema Mieterkampf und Gentrifizierung. Am 27. September findet dazu eine Bürgerversammlung in Freiburg statt.

Berlin: FAU unterstützt Mitglied gegen Spätkauf
Die FAU Berlin unterstützt einen Genossen, der zuvor zwei Jahre lang in einem Friedrichshainer Spätverkauf angestellt war. Er arbeitete bis zu 60 Stunden in der Woche, sechs Tage, für einen aufstockenden Lohn zum ALG II von gerade einmal 120 Euro. Gekündigt wurde er aufgrund einer Beschwerde über eine installierte Kamera, die den Arbeitsplatz überwachen sollte. Die FAU Berlin wird prüfen, wie dem Genossen bei dieser offensichtlichen „Sittenwidrigkeit" zu helfen ist.

Sie wollen uns zu Maschinen machen!

Zu den Ursprüngen und Hintergründen des Widerstandes gegen das Lohnsystem

Der Begriff „Lohnsklave" tauchte wahrscheinlich zum ersten Mal 1836 als Eigenbezeichnung von Textilarbeiterinnen aus Lowell in Massachusetts auf. Die „Lowell Mill Girls" argumentierten: „Als Verkäufer des eigenen Produktes bleibt die eigene Persönlichkeit intakt. Aber seine Arbeitskraft zu verkaufen, heißt, sich selber zu verkaufen, seine Rechte als freier Mensch zu verlieren und ein Vasall gigantischer Betriebe einer begüterten Aristokratie zu werden, die all denjenigen mit Vernichtung droht, die ihr Recht auf Versklavung und Unterdrückung in Frage stellen".[1] Tatsächlich war die Vorstellung, sein Dasein lebenslang als LohnarbeiterIn fristen zu müssen, noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts für die meisten Menschen ein abwegiger und bedrohlicher Gedanke. Vor dem Hintergrund handwerklicher und bäuerlicher Traditionen war es eine Erniedrigung, die eigene Arbeitskraft zu vermieten, um dann unter fremder Anweisung so lange und so effizient wie möglich arbeiten zu müssen.

Im deutschsprachigen Raum war Lohnarbeit um das Jahr 1800 noch eine absolute Randerscheinung. Mit schätzungsweise 85.000 bis 160.000 Personen waren zu dieser Zeit allerhöchstens ein Prozent der Beschäftigten lohnabhängig.[2] In aller Regel war Lohnarbeit damals noch ein Zuverdienst zu anderen Formen des Einkommens. Das waren zum einen die Erträge aus selbstständiger landwirtschaftlicher oder handwerklicher Arbeit, zum anderen die Einkommen, die den abhängig Beschäftigten in Form von Naturalien wie Essen und Unterkunft (*Kost und Logis*) „gezahlt" wurden. Ungeachtet feudaler Unterdrückung und regelmäßiger wirtschaftlicher Notlagen war dieses System der persönlichen Abhängigkeit mit einer gewissen Sicherheit der Lebensgrundlagen verbunden.

Das Erbe des Feudalismus

Mit dem Aufkommen des industriellen Kapitalismus änderte sich dies rasant. Voraussetzung für die Durchsetzung der Lohnarbeit bzw. eines sich selbst regulierenden Arbeitsmarktes waren die „doppelt freien" Arbeiterinnen und Arbeiter. Zum einen mussten sie juristisch frei sein, um – von feudalen Fesseln befreit – über die eigene Arbeitskraft frei verfügen zu können. Zum anderen mussten sie aber auch „frei" von jeglichen Produktionsmitteln sein, über die sie noch verfügen konnten. Beide Voraussetzungen wurden forciert. Die Aufhebung der feudalen Abhängigkeiten zu Beginn des 19. Jahrhunderts ging meist direkt einher mit der Vollendung der sogenannten Einhegungen – der Umwandlung von ländlichem Gemeineigentum (Allmende) in Privateigentum, wobei die Allmende für Landlose häufig die einzig verbleibende Existenzgrundlage war. Hinzu kam die Aufhebung zahlreicher lokaler und regionaler Vorrechte der Bevölkerung, zum Beispiel das Recht der Zünfte auf die Regulierung des Gewerbes. Diese systematische Enteignung der Bauern und Handwerker hatte Marx als „ursprüngliche Akkumulation" bezeichnet.

Zu den vorindustriellen Arbeitsbeziehungen gehörten gewisse Prinzipien der Gegenseitigkeit und der Regulation, denen durch die Einführung der Marktwirtschaft ein jähes Ende bereitet wurde. Der unpersönliche Mechanismus der Marktwirtschaft machte die menschliche Arbeitskraft zur Ware und entkoppelte seine Arbeitsbeziehungen bald von allen persönlichen und gesellschaftlichen Bindungen. Dass ein solches System, in dem der Mensch lediglich Warenstatus hat und folglich auch so handeln muss bzw. behandelt wird, nicht lange bestehen konnte, ohne „den Menschen physisch zu zerstören" und „seine Umwelt in eine Wildnis zu verwandeln",[3] wurde spätestens mit dem Ausbruch der „Epidemie der Armut" – dem sogenannten Pauperismus – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich.



Quelle: http://tolpuddlekx.wordpress.com

Ein Wandbild in London. Zu sehen ist die große Solidaritätsdemonstration für die „Tolpuddle-Märtyrer" 1834.

Entstehung einer Klasse

England als das erste industrialisierte Land brachte folgerichtig auch die erste Arbeiterklasse der Welt hervor. Die große Enttäuschung der *Reform Bill* (1832) – durch die an der erbärmlichen Lage der arbeitenden Klassen nichts geändert wurde – hatte Englands ArbeiterInnen kurzzeitig dazu gebracht, alle Bestrebungen, gemeinsam mit dem Bürgertum Verbesserungen ihrer Lage durchzusetzen, aufzugeben. Es war der Beginn einer Klassenbewegung. Diese Polarisierung gab der jungen englischen Gewerkschaftsbewegung 1834 den entscheidenden Anstoß zur Gründung eines neuen Zusammenschlusses von bisher nicht gekannter Größe und potentieller Wirkmacht: der Grand National Consolidated Trades Union (GNCTU), einem gewerkschaftlichen Dachverband, dessen Mitgliederzahl bald auf eine halbe Million angewachsen war. Sie war eine sehr vielfältig, zum größten Teil noch aus Angehörigen „vorindustrieller" Berufe zusammengesetzte Gewerkschaft. Die Fabrik hatte in England zwar in gewissem Maße Einzug gehalten, aber handwerkliche und agrarische Arbeit waren wirtschaftlich trotzdem noch sehr bedeutend. Es war eine Art Übergangszeit, in der sich große Teile der Bevölkerung noch dagegen wehrten, Proletarier zu werden. Was die GNCTU aber wirklich außergewöhnlich machte, war ihre revolutionäre Zielsetzung. Sie begnügte sich nicht mit dem Erkämpfen besserer Löhne oder der Absicherung von Lebensbedingungen. Ihr endgültiges Ziel war „eine andere Ordnung der Dinge".

In den 1830er Jahren schrieb dazu ein Mitglied der Bauarbeitergewerkschaft (*Builder's Union*): „Die Gewerkschaften werden nicht nur für weniger Arbeit und höhere Löhne streiken, sondern sie werden letztendlich die Löhne abschaffen, ihre eigenen Meister werden und füreinander arbeiten; Arbeit und Kapital werden nicht länger getrennt, sondern in den Händen der Arbeiter und Arbeiterinnen unauflöslich miteinander verbunden sein."

Woher kam diese Utopie? Während des Übergangs zur kapitalistischen Industriegesellschaft war der Lebensstandard der Bevölkerung nicht nur quantitativ sondern vor allem auch qualitativ bedroht. Für die sehr standesbewussten Handwerker waren Werte wie Unabhängigkeit, Selbstachtung und Stolz häufig ebenso wichtig wie ein „gerechter Lohn". Auch die unter der Bevölkerung noch weit verbreitete Sehnsucht nach eigenem Land spiegelte dieses Streben nach individueller Unabhängigkeit und freier Arbeitszeitgestaltung wider. Und diese Vorstellungen waren es, vor denen sich der Abgrund des durch Kommando und Disziplin bestimmten Lohnsystems auftat.

Es war noch ein Schritt von der Vorstellung individueller Unabhängigkeit zur Vorstellung „kollektiver Unabhängigkeit" und vom Standesbewusstsein zum Klassenbewusstsein, aber dieser Schritt wurde zu Beginn der 1830er Jahre vollzogen, befruchtet durch die Kraft der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung.[4]

The Radical Liberal

Die Wurzeln solcher Bestrebungen lassen sich aber auch schon bei Denkern finden, von denen man es heute auf den ersten Blick gar nicht mehr erwarten würde. Fremdbestimmte und gleichförmige Arbeit war etwa mit dem Menschenbild des klassischen Liberalismus aus dem 18. Jahrhundert,[5] wie es zum Beispiel Wilhelm von Humboldt vertrat, völlig unvereinbar. Für Humboldt war 1792 „der wahre Zweck des Menschen" die „höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen". Alle Tätigkeiten, in denen er „von Anderen eingeschränkt und geleitet" wird und die er nicht selber frei gewählt hat, werden ihm „ewig fremd" bleiben und er wird sie lediglich mit „mechanischer Fertigkeit" statt mit „menschlicher Kraft" ausführen. Da der Mensch ohne Tugend zur Maschine werde, war Humboldts Vision die Emanzipation aller Bauern und Handwerker zu selbstständigen Künstlern. Für ihn war „der Arbeiter, welcher einen Garten bestellt" in einem wahreren Sinne Eigentümer des Gartens als der „müßige Schwelger, der ihn genießt". Humboldts Intention war es, „alle Fesseln in der Gesellschaft zu zerbrechen, aber auch dieselbe mit so vielen Banden, als möglich, unter einander verschlingen". Denn „der Isolierte vermag sich ebenso wenig zu bilden, als der Gefesselte".[6]

Dass diese Utopie naheliegenderweise noch im vorindustriellen Zeitalter verankert war, sollte einem nicht die Erkenntnis versperren, dass der „Stammvater des deutschen Liberalismus" hier im Kern – und auf industrielle Verhältnisse übertragen – antikapitalistische Gedanken formuliert hat, die keineswegs einem beschränkten Individualismus entspringen, sondern sehr soziale Züge tragen. Für Rudolf Rocker bestand das Wesen des Anarchismus gerade in der Synthese genau dieser Art des Liberalismus mit dem Sozialismus.

Vorläufer des Syndikalismus

Ende 1831 und im Mai 1832 hatte sich die Situation in England derart zugespitzt, dass das Land womöglich kurz vor einer Revolution stand. Die Haltung der ArbeiterInnen war als Folge der Reform-Bill-Krise nun stark antipolitisch, was eine massenhafte Hinwendung zu den Gewerkschaften mit sich brachte. Obwohl die erste große Gewerkschaftsbewegung in England lediglich von 1830 bis 1834 währte, so war sie doch in jeder Hinsicht erstaunlich, da sie fast alle grundlegenden Prinzipien des späteren Syndikalismus schon vorwegnahm. Da wäre zum Beispiel die weiter oben beschriebene doppelte Aufgabe der Gewerkschaften, zum einen als Sicherer und Verbesserer des Lebensstandards im Hier und Jetzt, zum anderen als Werkzeug der Transformation hin zu einer von ArbeiterInnen kontrollierten Gesellschaft. Anfang der 1830er Jahre entstand zudem die Theorie vom „Grand National Holiday", einem revolutionären Generalstreik, durch den der friedliche Übergang zu einer selbstverwalteten Gesellschaft möglich gemacht werden sollte. Ein „Parlament der arbeitenden Klassen", aus Fabrik- und Werkstattdelegierten zusammengesetzt, sollte das House of Commons ersetzen und schließlich „die ganze politische Macht verschlucken".[7]

Das Ende dieser außergewöhnlichen Bewegung kam 1834 allerdings sehr schnell. Schon von Anfang an waren die Gewerkschaften und später die GNCTU wegen ihrer „verbrecherischen Ziele" schweren Verfolgungen ausgesetzt. Ein Ereignis mit bleibender Symbolwirkung war in diesem Zusammenhang die Verhaftung und Ausweisung von sechs Landarbeitern, die versucht hatten, im ländlichen Tolpuddle bei Dorchester eine Gewerkschaft zu gründen. Eine riesige Solidaritätsdemonstration der städtischen Arbeiterschaft 1834 in London zwang die Regierung zwar schließlich, das Urteil zurückzunehmen, doch die junge Gewerkschaftsbewegung sah sich allgemein nicht in der Lage, den Repressionen der Regierung und den Aussperrungen der Unternehmer etwas entgegenzusetzen. Letztendlich bestand die GNCTU nicht einmal ein Jahr lang, bevor sie wieder in ihre Einzelteile zerfiel. Ein Teil ihres Vermächtnisses ging ab 1838 im Chartismus auf, der allerdings nur noch eine politische Reformbewegung ohne revolutionären Anspruch war. Die theoretischen Ansätze, die in jener Zeit gelegt worden waren, inspirierten Libertäre dagegen noch über Generationen.

Menschliche Maschinen

Dass der Nährboden für diese Ansätze eine selbstbewusste Handwerkerkultur war, der von marxistischer Seite oft verallgemeinernd Rückschrittlichkeit und kleinbürgerliches Gebaren vorgeworfen wird, muss eigentlich gar nicht unbedingt verwundern. Selbst die englischen Maschinenstürmer (Ludditen) am Anfang des 19. Jahrhunderts sind nicht in erster Linie technikfeindlich gewesen, sie waren aber feindlich gegenüber der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Die Maschinenzerstörung war dabei eine Taktik der direkten Aktion, der später andere Taktiken folgten. Als klar wurde, dass der Kampf *gegen* die Maschine nicht zum Erfolg führen würde, wurde er zum Kampf *über* die Kontrolle der Maschinen bzw. der Produktionsmittel. Da die Kontrolle *über* die Maschine der einzige Weg war, um einer Disziplinierung *durch* die Maschine zu entgehen, lag und liegt die Hinwendung zu syndikalistischen Taktiken und zur Arbeiterselbstverwaltung nahe.

Felix Zimmermann

Anmerkungen

[1] Zitiert nach: Noam Chomsky: *Democracy and Education*, 1994.
[2] Toni Pierenkemper: *Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 2009, S. 43.
[3] Zitat nach Karl Polanyi: *The Great Transformation*, Wien 1978, S. 19f.
[4] Edward P. Thompson: *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, Frankfurt a.M. 1987, S. 257, 285, 635f., 935.
[5] Nicht zu verwechseln mit dem späteren Wirtschaftsliberalismus.
[6] Wilhelm von Humboldt: *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*, Stuttgart 1967, S. 22, 32, 36-37. Für weitere Textstellen siehe auch Noam Chomsky: *Government in the Future*, 1970.
[7] Thompson, S. 917, 936.



Gesichter der Revolte

Mit der globalen Krise verdichten sich Aufstände und Revolten: doch was steckt dahinter?

Als der aktuelle Krisenzyklus 2007/2008 seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte, wunderten sich emanzipatorische Kräfte über ein Ausbleiben der Proteste. Lediglich jene, die sich mit ökonomischen Prozessen beschäftigten, blickten erwartungsvoll nach China und Indien.

Und in der Tat: Die Zahl der Streiks in China stieg frappant. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Streikwelle im Sommer 2010. Weniger erwartet war die Vielzahl der Revolten im Maghreb und den arabischen Staaten. Die Medien zeigten sich geschichtslos und erklärten sich die vermeintlich spontanen Erhebungen mit dem steigenden Einfluss von Facebook, Twitter, Skype & Co anstatt mit vorhergehenden Kämpfen und den sozialen Umständen. Mit den Protesten in Griechenland, Spanien und Portugal war es dann vorbei mit der Beliebigkeit: Der Zusammenhang mit den Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) von Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU mit den Protesten ist nun allzu deutlich geworden.

Krieg als Krisenlösung

Der Widerstand gegen SAPs von IWF und Weltbank in den 1980er Jahren war kaum geringer als heute, er fand allerdings nicht in der Peripherie Europas statt, sondern in den Staaten der „Dritten Welt“. Im Zentrum solidarisierten sich die Leute in Form von Protesten gegen die Tagungen von IWF und Weltbank – daraus entstand letztlich die Antiglobalisierungsbewegung.

Die den Krisen folgenden SAPs konnten aber auch ein anderes Nachspiel haben: Krieg. Es ist im kollektiven Gedächtnis völlig verschwunden, dass es die gesamten 1980er Jahre hindurch in Jugoslawien einen relevanten Arbeiterwiderstand gegen die Programme von IWF- und Weltbank gab. Diese Proteste wusste die Regierung letztendlich durch das Schüren eines neuen Nationalismus zu kanalisieren. Die Folge war ein Jahrzehnt Krieg auf dem Balkan.

Krieg ist auch heute eine der Optionen, wie mit der Krise umgegangen werden kann, das zeigt das Beispiel Libyen. „Kapitalismus kann[...]ohne die Drohung der militärischen Unterdrückung im Hintergrund nicht bestehen“, so interpretiert der kenianische Politikwissenschaftler Firoze Manji das Bombardement der NATO. Diese agiert zwar vordergründig im Interesse der Rebellierenden, macht damit aber gleichzeitig auch deutlich, dass sie überall dort in Nordafrika, wo die Revolte keinen demokratisch-marktwirtschaftlichen Ausgang nimmt, ebenfalls intervenieren wollte. Die Ansagen nach der Flucht Gaddafis sprechen eine deutliche Sprache:„Westliche Stabilisierungsberater“ (*taz*) sollen den Wiederaufbau des Landes übernehmen.

Ob dies das einzige Beispiel bleibt, ist noch lange nicht ausgemacht – es wird auch davon abhängen, wie sich die einzelnen Revolten weiter entwickeln. Bezüglich der griechischen Situation kommentierten AutorInnen auf *linksunten.indymedia.org*: „Ein Staat, der beschließt, weil er eben nicht mehr kann, seine Schulden nicht mehr oder nur teilweise zurückzuzahlen, kann schwer gezwungen werden. Nicht mal pfänden kann man ihn, jedenfalls nicht ohne Krieg, und das wollen ja zumindest offiziell landein, landaus die Politiker_innen ganz sicher nicht.“ Genau das ist aber in Jugoslawien seinerzeit passiert.

Die Bewegung im hoch verschuldetenGriechenland ist exemplarisch und gilt gerade in Deutschland vielen Linken als Vorbild: Mit 48 Generalstreiks seit 1980 ist Griechenland in Sachen Streik einsame Spitze in Europa, die anarchistische Bewegung besitzt einige Bedeutung, präsentierte sich jedoch in der Vergangenheit in Teilen auch besonders gewaltbereit. Nach dem Tod der drei Bankangestellten im Mai 2010 hat hier aber ein breites Umdenken eingesetzt. Die griechische Protestbewegung harmoniert in ihren Methoden mit den spanischen und portugiesischen „Empörten“. Teile der libertären Bewegung arbeiten an alternativen Konzepten und setzten statt auf gewaltsame Proteste vermehrt auf die direkte Intervention auf den Vollversammlungen der Plätze und Stadtteile.

Bewegungen für Demokratie?

Ein gemeinsamer Nenner der südeuropäischen Demokratiebewegungen (aber auch z.B. der Proteste in Wisconsin und Israel) ist die Berufung auf die Revolten in Nordafrika. Das ist insbesondere für die USA erstaunlich. Nach dem 11. September 2001 erschien dort eine positive Berufung auf etwas, das in der islamischen Welt geschieht, nahezu unmöglich. Außerdem scheint hier wieder ein Klassenbewusstsein auf: Die arbeitende Klasse in den arabischen Staaten und dem Maghreb hat etwas gemeinsam mit der arbeitenden Klasse in den USA, das wird den Menschen nun klar. „Für die Protestlandschaft der USA war besonders auffällig, dass sich in der Sprache der Proteste durchgängig Begriffe wie Klasse und sogar Klassenkampf befanden“ schreiben die Soziologen Erik Olin Wright und João Alexandre Peschanski.

Um Demokratieforderungen geht es – mit der Ausnahme England - in allen aktuellen Protesten, und zwar um die Forderung demokratischer Teilhabe der Arbeiterklasse, je nach Ausprägung um Mit- oder Selbstbestimmung und je nach bisherigem politischen Regime um die Etablierung demokratischer Strukturen oder gegen den Abbau derselben.

Das Vorgehen der Troika aus EZB, IWF und EU insbesondere in Griechenland macht deutlich: In Zeiten der Krise bekommt das Kapital seine Schwierigkeiten mit der sonst so hochgelobten Demokratie – und sei sie auch nur parlamentarisch. Die Bedürfnisse des Kapitals lassen sich mit demokratischen Mitteln nicht mehr erfüllen. In dieser Situation neigte das System schon immer zu autoritären Lösungen. Die Debatte um Ausgehverbote für Jugendliche in London, die Sperrungen der virtuellen Netzwerke in den arabischen und nordafrikanischen Staaten und der Einsatz direkter Gewalt gegen die Bevölkerung des eigenen Staates – in Libyen und Syrien wie in England – sind nur die Spitze des Eisbergs. Libyen wie England verweisen zudem auf die rassistische Ebene der Krise: Im ersten Fall wurde auch bombardiert, um nach dem Sturz Gadaffis weiterhin.Flüchtlinge von Europas Grenzen fernzuhalten, im zweiten Fall wird der soziale Sprengstoff ethnizistisch übertüncht.

Streik als Kern der Revolten

Aus klassenkämpferischer Position ist zu betonen: Den meisten der jetzigen Aufstände sind konkrete proletarische Kämpfe, oftmals Streiks, vorausgegangen: Die ägyptische Revolte entstand aus dem Textilarbeiterstreik in Mahalla 2006 und der folgenden Streikwelle, Mubarak gab erst klein bei, als zu den Protesten die Streikdrohung kam. In Tunesien kam es 2008 zu einer relevanten Streikbewegung in der Bergarbeiterstadt Gafsa, die die Revolte ausgelöst hat. Zu diesem Zeitpunkt konnte das Zentrum die Folgen der globalen Krise noch auf die Peripherie und Semiperipherie ablenken. Diese Arbeiterkämpfe wurden in den Medien mit keinem Wort mit der globalen Krise in Verbindung gebracht. Nur deshalb wirkt die momentane globale Revolte „überraschend“.

Die allerorts entstandene Zusammenarbeit von sozialen Initiativen, Gewerkschaften und politischen Oppositionsgruppen in den Jahren 2010 und 2011 basiert auf proletarischen Identitäten: Sie resultieren aus den Resten der Arbeitermacht, die sich in den genannten Streiks zeigt und oft genug Initialzündung der Proteste war, zum anderen sind es die Proletarisierten oder jene, die Angst vor der Proletarisierung haben und die Überproletarisierten – die Prekären – die auf ihre spezifische Art und Weise revoltieren.

Gerade die Entstehung der Revolten aus Streiks weist darauf hin, dass das syndikalistische Organisierungsmodell nichts an Relevanz eingebüßt hat. Als Proteste gegen die Troika haben diese zudem einen dezidiert antikapitalistischen Charakter. In diesem Sinne ist auch die Demokratieforderung – mag sie auch bei erstem Hinblick als „reformistisch“ erscheinen - nicht zu unterschätzen: Die Forderungen weisen auf ein Bedürfnis nach mehr Demokratie und direkter Einflussnahme hin. Elemente also, welche dem syndikalistischen Grundprinzip der Selbstverwaltung sehr nahe kommen. Daher kommt es momentan auf internationale Solidarität an, und zwar auf eine kompromisslose. Denn auch wenn uns die Mittel nicht gefallen, sind die Riots in England ein Ausdruck der Revolte. Sie haben nur vordergründig nichts verändert. Doch haben den Revoltierenden vielleicht wenigstens gezeigt, dass sie eine Macht entwickeln können. Aus dieser Erfahrung der eigenen Mächtigkeit kann etwas Positives entstehen.

Torsten Bewernitz



„Etwas ist aufgebrochen“

Laure Akai (Internationale Sekretärin der ZSP | Polen)

Es ist beeindruckend, wie an den verschiedensten Orten der Welt Massenproteste entstehen. Wenn sie auch z.T. unterschiedliche Ursachen haben, so ist doch klar, dass der Grad an Elend, das Menschen erdulden müssen, so hoch war, dass letztlich etwas aufgebrochen ist. Wir sind froh, die Menschen protestieren zu sehen, haben aber unterschiedliche Ansichten über manche Ereignisse. Wir sehen, dass die Menschen sich *gegen etwas* wehren, doch manchmal ist nicht klar erkennbar, *wofür* sie eigentlich sind – wobei dies in solchen Situationen auch nicht anders zu erwarten ist. Wir empfinden Freude angesichts der Aufstände in Nordafrika, und wir hoffen, dass dies in Zukunft zu einem Wachstum revolutionärer Bewegungen beiträgt. Auf der anderen Seite stimmen uns die „orangenen“ Elemente dieser „Revolutionen“ skeptisch, ebenso wie die unklaren politischen Ziele und die Möglichkeit, dass die Bewegungen von machtambitionierten Kräften vereinnahmt werden könnten. An manchen Orten ist dies bereits geschehen und es scheint, dass die Massen mit einem Austausch der Politiker abgespeist werden. In Spanien wiederum beobachten wir eine Bewegung von Menschen, die empört sind, die aber vielfach andere politische Ziele als die unsrigen haben oder einfach nur diffus sind.
Wir wissen, dass es nötig ist, sich kritisch in solche Bewegungen einzubringen und deren Richtung mitzugestalten. Labels wie „Spanische Revolution“ sind da aber irreführend, denn sie verzerren das Konzept einer sozialen Revolution. Wir befinden uns zweifellos in einer Phase von Massenprotesten und Revolten. Doch klarere Ziele sind notwendig, wenn sie auch ein Schritt Richtung sozialer Revolution sein sollen.

„Optimisten – für den Moment zumindest“



Miguel A. Fernández (Pressesekretär der CNT | Spanien)

Noch im März erklärte die CNT, dass „die unteren Klassen in der arabischen Welt gezeigt haben, dass es möglich ist, Regimen und – als unbewegbar empfundenen – Zuständen die Stirn zu bieten.“ Zudem verfasste sie einen Aufruf mit dem Ziel, den Impuls der Revolte auf die andere Seite der Meerenge zu tragen. Was zu jenem Zeitpunkt wie ein weit entferntes Echo erschien, als etwas immer noch Undenkbares in Spanien, ist mittlerweile Wirklichkeit geworden: die Massen sind auf den Straßen, sie formulieren und verlangen ihre Rechte. Und es verbreitet sich weiter, über verschiedene Länder, einer Sturmflut ähnlich, wie wir sie nur noch vom weit entfernten 1968 kennen.
Auch wenn die Eigenheiten und Besonderheiten jedes Landes zu berücksichtigen sind, so lassen die organisatorischen Ansätze in den Mobilisierungen doch allmählich erkennen, dass direkte Partizipation möglich ist. Durch das Mittel der Versammlung werden Entscheidungen getroffen, welche die Forderungen und Bestrebungen kanalisieren und so den Individualismus überwinden.
Die Hoffnungen, die durch die sozialen und die Arbeitskämpfe hervorgerufen werden, dürfen uns jedoch nicht vergessen lassen, dass politische, soziale, aber auch gewerkschaftliche Kräfte diese Situation instrumentalisieren, abschwächen und führen wollen werden. Sie bangen, vielleicht noch mehr als die Regierungen, um den Verlust des letzten Rests an Legitimität, die sie noch bei den Menschen genießen. Nichtsdestotrotz machen uns die Vorgänge und das Gefühl, einige Momente des Kampfes und der Mobilisierungen gelebt zu haben, zu Optimisten – für den Moment zumindest.

Tour de Revolte

Kleine DA-Länderschau

Ägypten
Militär an der Macht – ein fragwürdiger Sieg der Demokratie. Der politische Umbruch steht im Fokus, die sozialen Kämpfe der ArbeiterInnen sind vorerst ins Hintertreffen geraten, stehen sogar unter Beschuss. Die werden aber entscheidend dafür sein, wie sich die Region entwickelt – auch in welche Richtung: reaktionäre Kräfte wittern ihre Chance.

China
Auch in den Zentren Chinas herrscht Arbeitskräftemangel. Die ArbeiterInnen nutzen die Gelegenheit: In vielen Fabriken sollen sie allein 2010 Lohnsteigerungen von 30% erkämpft haben. Mit der Inflation folgt prompt der Gegenschlag. Dennoch: Ein weiteres Neu-Tarieren von Weltwirtschaft und -arbeiterbewegung steht an.

Deutschland
Unmut ist da. Nur keiner weiß, wohin damit – oder halt auf den Sündenbock. Die quasi-militärische Arbeitsorganisation zeigt Wirkung: Es wird gejammert und geduckt, solange der DGB das Zepter schwingt. Die Linke zeigt ihre Ineffizienz: keine Angebote für soziale Kämpfe.

Frankreich
Geheimtipp für das Erreichen eines höheren Levels. Weniger sporadischer Aktionismus, mehr zielgerichtete Ansätze. Ökonomische Wirkungsmacht der Bewegung dank kämpferischer Gewerkschaften. Die nächste Welle könnte es in sich haben. Allerdings dürfte die Regierung Provokationen vermeiden wollen.

Griechenland
Sommerschlussverkauf steht an. Insgesamt sollen Unternehmen(santeile) im Wert von ca. 50 Mrd. Euro privatisiert werden. Im Angebot auch die Raffinerien von Hellenic Petroleum. Ein Spiel mit dem Feuer. Insgesamt steht die Bewegung unter Zugzwang, sich strategisch und organisatorisch weiterzuentwickeln.

Großbritannien
Gute Aussichten für Bewegung, schlechte für Erfolge. Verläuft sich im Straßenkampf, begünstigt die Militarisierung des sozialen Kampfes und schwächt damit die Erfolgsaussichten.

Israel
Damit hat kaum jemand gerechnet. Da geht etwas. Doch die Bewegung wird die soziale Frage wohl nicht entkoppeln können vom Kriegs- und Besatzungsdiskurs. Eine Ausdifferenzierung des Spektrums könnte interessant werden.

USA
Die größte soziale Bewegung im Mittleren Westen kam leider zum Erliegen; die Verteidiger der Gewerkschaftsrechte konzentrierten sich auf Senats-Nachwahlen – erlangten aber keine Mehrheit. Arbeitsmarkt, Staatsschulden und Präsidentschaftswahl werden aber keine Ruhe einkehren lassen. Klar ist: the revolution will not be televised.

(DA-Expertenteam)

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

China: TaxifahrerInnen streiken zum wiederholten Mal in diesem Jahr

In zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen entlud sich die Wut tausender TaxifahrerInnen aus der Sechs-Millionen-Stadt Hangzhou in der Provinz Zhengzhou und dem nahe gelegenen Shanghai. Steigende Spritpreise, staatliche Regulierung und die restriktive und ausbeuterische Politik der Taxiunternehmen sind Auslöser des Konfliktes. Der Arbeitskampf reiht sich ein in eine lange Kette von Streiks und Protesten, die die TaxifahrerInnen in diesem Jahr initiierten. So wurde bereits im Januar in Zhengzhou gestreikt, nachdem die Kommunalregierung ihre Forderung nach einer höheren Taxipräsenz in der Stadt durch die Einführung der Sieben-Tage-Woche (anstatt sechs Tage) durchsetzte. Im Mai protestierten hunderte FahrerInnen gegen eine tägliche Gebühr von 200 Yuan (ca. 21 Euro), die sie an die Taxiunternehmen zu entrichten haben. Nach Abgabe von Gebühren, Steuern und Benzinkosten bleibt praktisch kein Gewinn für die FahrerInnen mehr übrig. Doch nicht nur in der Taxibranche lebt es sich prekär, der gesamte chinesische Transportsektor begehrt im Rahmen explodierender Benzinpreise immer öfter auf. Neben LKW-FahrerInnen sind es insbesondere BusfahrerInnen, die ausstehende Löhne und bezahlte Überstunden einfordern. Um die Situation mittelfristig zu befrieden, versprachen staatliche Stellen noch im August Subventionen für die gebeutelten TaxifahrerInnen.

Chile: Ein Toter bei Streik gegen Piñera

Der millionenschwere, konservative chilenische Staatspräsident Sebastian Piñera, Haupteigner einer Fluggesellschaft, eines Fernsehsenders und eines Fußballclubs wird oft als Chiles Berlusconi verlacht. Innerhalb von eineinhalb Jahren Regierungszeit avancierte er zum unbeliebtesten Politiker seit Pinochet. Die enormen Wachstumsraten und die Einnahmen aus der Kupferförderung des Landes gehen an der Bevölkerung spurlos vorbei. Seit Juni protestieren die Studierenden für freie Bildung und gegen den harten Sparkurs der Regierung, kurz darauf rief die größte chilenische Gewerkschaft (CUT) zum landesweiten Streik auf. Eingeläutet wurde der 48-stündige Protest mit einem landesweiten Töpfe- und Pfannenschlagen. Die Demonstranten forderten eine neue Verfassung, ein neues Steuersystem sowie Gehaltserhöhungen. Der erste landesweite Streik in Chile seit Pinochet, der länger als 24 Stunden dauerte, mündete in der Hauptstadt Santiago in Straßenschlachten. Hierbei wurde ein 14-jähriger Junge erschossen, 1.300 Menschen wurden festgenommen. Es handelt sich um die jüngsten Proteste in einer Reihe von Streiks in den Kupferminen und Studentenunruhen. Ob aus diesen Unruhen eine große Bewegung erwachsen kann, bleibt abzuwarten: Die Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben waren bislang eher marginal und die Studierenden sind bereits Piñeras Ruf zum Verhandlungstisch gefolgt.

Südkorea: Wasserwerfer gegen WerftarbeiterInnen

Bereits seit Dezember letzten Jahres kämpfen ArbeiterInnen der Werft „Hanjin Heavy Industries“ für die Wiedereinstellung von 400 entlassenen KollegInnen. Ein Großteil lehnt die Abfindungszahlungen des Unternehmens ab und fordert, mit wachsender Unterstützung durch die Bevölkerung, eine Rücknahme der Kündigungen. Ein Arbeiter besetzt seit Januar einen der Werftkräne. Ihm wird immer mehr der Zugang zu Nahrung und medizinischer Versorgung verweigert. Zuletzt fanden sich Ende August bis zu 10.000 Menschen in Seoul zu einem Protestzug zusammen. Da der sogenannte „Hope Bus“ nicht angemeldet war, ging die Polizei gewaltsam dagegen vor. Neben der Wiedereinstellung fordern die ArbeiterInnen und ihre Gewerkschaft, die „Korean Metal Workers' Federation“, einen Gerichtsprozess gegen Firmeneigner Cho Nam-Ho, nachdem dieser sich bereits vor einem parlamentarischen Ausschuss erklären musste.

Costa-Rica: ArbeiterInnen des Gesundheitssektors im Streik

ArbeiterInnen der „Caja Costarricense de Seguro Social“ (CCSS) sind in einen unbefristeten Streik getreten. Die CCSS ist eine staatliche Institution, die u.a. als Betreiber vieler Krankenhäuser eine wichtige Rolle im Gesundheitswesen des Landes spielt. Ein Großteil dieser Krankenhäuser wurde, bis auf die Notversorgung, lahm gelegt. Dem Streik schlossen sich auch Angestellte öffentlicher Apotheken und Angehörige medizinischer Nebendienste, wie Putzpersonal und Sicherheitsleute, an. Dem staatlichen Gesundheitssektor mangelt es an Geld. So fehlen laut Gewerkschaftsangaben allein 400 Mrd. Colóns (rund 550 Mio. Euro), um Überstunden und Sozialleistungen an die Angestellten auszuzahlen. Bisher weigerte sich die Gewerkschaft, mangels verhandlungsfähigem Angebot, sich mit der CCSS an einen Tisch zu setzen.

Algerien: Kabinenpersonal fordert Höhenflug beim Lohn

Das Kabinenpersonal der „Air Algerie“ will hoch hinaus. Zu den Forderungen gehören eine Gehaltserhöhung von 106%, bessere Arbeitsbedingungen sowie ein Status, der sie auf eine Stufe mit Piloten und Co-Piloten stellt. Des Weiteren fordern sie die Wiedereinstellung von 145 KollegInnen, denen bei Ausbruch des Streiks gekündigt wurde. Der Ausstand verursachte bei der „Air Algerie“ einen Schaden von einer halben Million Dollar, nachdem viele Passagiere gezwungen waren, ihre Flüge zu stornieren. Mohamed Salah Boultif, Geschäftsführer der Fluggesellschaft, bezeichnet die Forderungen als überzogen. Der Streik wurde nach vier Tagen beendet, nachdem die Regierung die Gewerkschaft und das Staatsunternehmen aufforderte, zu verhandeln. Die wichtigste Forderung, so Gewerkschaftssprecher Yassine Hamamouche, bleibt allerdings „die Wiedereinstellung der 145 gekündigten ArbeiterInnen.“

Zusammengestellt von PL

Ackern im Reaktorwasser

Profite der Atomindustrie basieren auch auf der Ausbeutung von Leiharbeit | Teil II

In vielen Ländern nutzt die Atomindustrie Leiharbeit, um die Gewinnspannen zu erhöhen und nicht die Folgekosten von Berufskrankheiten zahlen zu müssen. So werden in Japan Obdachlose für die gefährlichsten Arbeiten eingesetzt (siehe DA Nr. 206), während in Frankreich ein Heer von 30.000 „Nuklearnomaden“ von Reaktor zu Reaktor reist. Auch in Spanien und Deutschland sorgen zahllose Sub-Subunternehmen dafür, dass es immer genug Leiharbeiter gibt, die nicht auf Gesundheitsschutz bestehen können.


Quelle: Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG

Reaktorkern des Kernkraftwerks Gösgen

Atomare Drecksarbeit

„Es wird wahrscheinlich werden wie beim Asbest“, klärt Annie-Thébaud Mony vom Pariser Forschungsinstitut INSERM auf. „30 Jahre, nachdem die Leute die Dosis abbekommen haben, werden wir eine Krebsepidemie haben.“ Mony hat berechnet, dass die Leiharbeiter rund 80% der Strahlendosen aufnehmen, die Kernbelegschaften nur 20%. Wenn sie die jährliche Höchstdosis von 20 Millisievert erreicht haben, verlieren sie ihren Job. Doch bereits darunter gäbe es laut Mony Gefahren, z.B. durch Krebs, zumal das Arbeitstempo erhöht wurde: Vor 20 Jahren wurden die AKWs für den Austausch der Brennelemente mehr als zwei Monate abgeschaltet, heute müsse die gleiche Arbeit in der Hälfte der Zeit geschafft werden.

Die französischen Atomnomaden verdienen gerade einmal 1.500 Euro im Monat, und mit den Krankheitsfolgen stehen sie alleine da, denn mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses trägt die Atomindustrie keine Verantwortung mehr. In einem Beitrag des ZDF-*Auslandsjournals* berichten Leiharbeiter über die Folgen, wie René Guyot, der bei Rentenantritt erfuhr, dass er Blasenkrebs hat. Er, der über die Gefahren nie aufgeklärt wurde, kämpft darum, dass sein Krebs als Berufskrankheit anerkannt wird. Auch Philippe Billard, der als „Dekontaminierer“ stark strahlende Zonen reinigt, kritisiert, dass Leiharbeiter „nicht ausreichend ärztlich betreut“ würden.

Vor zwei Jahre kam es deshalb in Frankreich zu Streiks in der Atomindustrie – für eine Gleichstellung der Atomnomaden mit den Kernbelegschaften bei Lohn und Arbeitsschutz. Auch in diesem Frühjahr gab es wieder Proteste, etwa bei einer Inspektion in der Atomanlage Fessenheim. Denis Kuppler, festangestellter Arbeiter im AKW, äußerte dabei offen seine Kritik: „Und das mit Hilfe von bis zu 1.600 Leiharbeitern, die zumeist schlecht bezahlt werden und die Drecksarbeit verrichten müssen.“

Leuchtende Arbeitsplätze

In Deutschland waren die Atomkonzerne Pioniere der Leiharbeit. Bereits 1972 erklärte Norbert Eickelpasch vom AKW Gundremmingen, dass u.a. „durch erhöhten Einsatz von Fremdpersonal … die Dosisbelastung des Wartungs- und Strahlenschutzpersonals … reduziert werden konnte.“ Heute sollen, laut aktueller Stellungnahme der Bundesregierung, 5.892 Festangestellte und 24.346 Fremdbeschäftigte den obligatorischen Strahlenpass haben. Auffallend unterschiedlich ist die Angabe über die „Jahreskollektivdosis“ pro Person: Beim „Eigenpersonal“ liegt sie bei 1,7 Millisievert, beim „Fremdpersonal“ bei 12,8. Knapp 90% der gemessenen Strahlenbelastung nehmen demnach die Leiharbeiter auf, die Kernbelegschaften nur knapp 10%. Ein Sprecher von RWE erklärte dazu abwiegelnd: „In unseren Kraftwerken gibt es bei den Arbeitnehmern keine Unterschiede.“ Und Eon ließ verlautbaren, dass die gesetzlichen Strahlenschutzwerte für alle Beschäftigten gelten würden, man könne „Gesundheitsrisiken vollständig ausschließen.“

Bei den Gewerkschaften ist das Verhalten widersprüchlich. Es scheint: je näher dran an Unternehmen der Kernindustrie, desto atomfreundlicher. So forderte etwa Sven Bergelin (Verdi- Fachgruppenleiter für Energie und Bergbau) die Atomkonzerne auf, die generellen Arbeits- und Gesundheitsstandards auch auf Leiharbeiter auszuweiten. Ganz anders positionierte sich Thies Hansen, Betriebsratsvorsitzender von Eon Hanse und Mitglied des Verdi-Landesvorstands Hamburg. Konkret wandte er sich gegen das Volksbegehren „Unser Hamburg – Unser Netz“, mit dem der Stadtstaat letztlich verpflichtet wurde, das Versorgungsnetz für Strom, Gas und Fernwärme von den Atomkonzernen zurückzukaufen. Die Betriebsräte der betreffenden Konzerne, allesamt bei Verdi organisiert, hatten dabei – vergeblich – versucht, das Begehren zu Fall zu bringen. Mit Anzeigen in Hamburger Wochenblättern riefen sie dazu auf, „keine Unterschrift für das Volksbegehren“ zu leisten, denn die Rekommunalisierung „gefährdet Hamburger Arbeitsplätze“, wie es in der Anzeige heißt, mit der die Betriebsräte um Vertrauen in die Atomkonzerne warben.

Ähnlich stellt sich die Situation in Erlangen dar. Hier hat die Siemens-Tochter Areva ihren Sitz. 10% der dort Beschäftigten sind Leiharbeiter. Wie viele im sog. AKW-Service eingesetzt werden, ist nicht bekannt. Mit „Service“ ist hier alles gemeint, was so anfällt: Vom Dekontaminieren verstrahlter Bereiche, über die Überprüfung der Funktionstüchtigkeit bei einer Revision, bis hin zum Auswechseln der Brennstäbe. „Areva hat Zukunft in Erlangen“, verkündet die lokale IG Metall und beschwört die „erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Areva und Siemens sowie die herausragenden Qualitäten des Standorts Erlangen.“ Und laut Karl-Heinz Silbermann, dem Betriebsratsvorsitzenden von Areva Erlangen, gelte es, das unersetzbare Know-How auf dem Gebiet der Kerntechnik zu erhalten; hier sei auch die Bayerische Staatsregierung gefordert. Ebenso Heidi Heinlein, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von Areva und Vorsitzende des Konzernbetriebsrates von Siemens: „Mit unseren weltweit 14.000 Mitarbeitern … sind wir – im Verbund mit Siemens – der innovativste Global Player in der Kerntechnik. Von unseren Standorten in Frankreich, Deutschland und den USA aus arbeiten wir in allen Teilen der Welt.“ Wo sich IG-Metall-Funktionäre für Areva mit Lob überschlagen, ist wohl wenig Raum, die Arbeitsorganisation zu hinterfragen: Warum Leiharbeit in der Atomindustrie? Warum in Festangestellte und entrechtete Leiharbeiter gespaltene Belegschaften akzeptieren?



Chaoskapitalisten

Kritik an diesen Zuständen gibt es ansatzweise in der Antiatombewegung: Der Zugriff auf immer mehr Leiharbeiter gefährde nicht nur deren Gesundheit, sondern ebenso die Sicherheit der Atomanlagen, erklärt Laura Hameaux vom französischen „Sortir du nucléaire“. Weil Subunternehmen ihrerseits wieder Aufgaben an Sub-Subunternehmen auslagerten, wisse niemand mehr genau, „wer was wann gemacht hat.“ Und Henrik Paulitz von der IPPNW erklärte gegenüber dem *Greenpeace*-Magazin: „Wir haben den Eindruck, dass schon in der Vergangenheit erfahrenes Personal durch Leiharbeiter ersetzt wurde. An dieser Personalpolitik wird sich wohl nichts ändern, denn der Kostendruck wird angesichts der fehlenden Zukunftsaussichten noch weiter zunehmen.“

Im spanischen Atommeiler Ascó 1 kam es bereits Ende April zu einem Atomunfall, den Beschäftigte auf die Arbeitshetze und die unzureichende Qualifizierung von Leiharbeitern zurückführen: 25.000 Liter radioaktives Wasser traten aus dem Kühlkreislauf aus, 14 Arbeiter standen bis zu den Knöcheln in dem verstrahlten Wasser. Die Betreiberfirma erklärte lediglich, es sei zu einer „unerwünschten Ventilöffnung gekommen.“ Ansonsten gäbe es keine Gefahr. Arbeiter des AKW erklärten wiederum der Tageszeitung *Público*, ursächlich für den Unfall sei „die Schwierigkeit, die zahllosen beschäftigten Subunternehmen zu kontrollieren, deren Arbeiter alle verschiedene Arbeiten ausführen und die alle ihre jeweiligen eigenen Chefs haben.“ Tatsächlich waren neben den festangestellten Ascó-Arbeitern mind. 1.200 Angehörige von Fremdfirmen auf dem Gelände, denn der jährliche Wechsel der Brennstäbe stand an. Bereits 2007 war bei der Revision ein ähnlicher Vorfall aufgetreten. Damals trat über die Lüftung Radioaktivität in die Umwelt aus. Und auch in diesem Jahr gab es noch zwei weitere bekannte Zwischenfälle, die auf Fehler des Personals zurückgeführt werden. Die Umweltschutzorganisation „Ecologistas en Acción“ erklärte dazu: „Betreibern und Belegschaft fehlt es an jeglicher Sicherheitskultur. Um die Kosten zu senken, werden immer wieder Fremdfirmen eingesetzt, deren Mitarbeiter ungenügend ausgebildet sind.“

Selten liegt es klarer auf der Hand, dass profitorientiertes Handeln beides gefährdet und belastet: ArbeiterInnen ebenso wie die Umwelt. Wenn die Antiatombewegung in der BRD realisiert, dass die schlechten Arbeitsbedingungen in den Reaktoren die Allgemeinheit gefährden, würde auch sie womöglich die dortigen Arbeitsbedingungen nicht weiter vernachlässigen. Eine antikapitalistische Strategie, die dies einbezieht, wäre nur konsequent, denn der Einsatz gegen Atomkraft ist nicht zu trennen von einem Einsatz gegen die profitorientierte Vernutzung von Mensch und Umwelt überhaupt.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage)

Ein Schulterschlüsschen

Unter dem Eindruck der Sozialproteste rücken die SyndikalistInnen in Spanien zusammen – und planen einen Generalstreik

In Spanien beziehen sich gleich drei namhafte Gewerkschaften in ihrem Selbstverständnis auf den Anarchosyndikalismus. Dass man sich als Gewerkschaft an den Wahlen für die Betriebskomitees beteiligt und die damit verbundenen Subventionen durch den Staat



Demo nach einem gescheiterten Versuch, eine Wohnungsräumung zu verhindern. Die Räumung wurde durchgesetzt, indem das ganze Viertel hermetisch abgeriegelt wurde.

diese im Verlauf des Sommers Delegierte zu gemeinsamen Treffen entsandten, um die Perspektive eines alternativen Generalstreiks zu erörtern, mag dennoch überraschen. Denn die Beziehungen zwischen den spanischen SyndikalistInnen waren in den letzten Jahrzehnten eher schwierig. Während die CGT 1979 aus einer Abspaltung der CNT hervorging, handelt es sich bei der Solidaridad Obrera (SO) um eine Organisation, die sich wiederum 1990 von der CGT abtrennte. Vorausgegangen waren diesen Spaltungen jeweils unschön geführte Streitigkeiten in ideologischen Fragen. Praktisch kulminierten diese etwa in dem Problem, ob in Anspruch nimmt. Die CNT lehnt dies rundum ab, während sich die CGT vollständig und die SO teilweise (d.h. unter Verweigerung der Subventionsannahme) an dem System beteiligen.

Nun scheint sich unter den zerstrittenen Geschwistern zunehmend die Erkenntnis durchzusetzen, dass Koalitionen gebildet werden müssen, wenn man den aktuellen Angriffen auf die Rechte und die Lebensstandards der ArbeiterInnen etwas entgegensetzen möchte. Denn schon seit einigen Jahren schnürt die sozialistische Regierung im Rahmen des sog. „Sozialpaktes" – gemeinsam mit den Staatsgewerkschaften CCOO und UGT sowie den Arbeitgeberverbänden – ein Gesetzespaket nach dem anderen. Reformiert wurden zwischenzeitlich schon mehrfach der Arbeitsmarkt und das Rentensystem (siehe DA Nr. 201). Als nächstes soll das Gewerkschaftsrecht eingeschränkt werden. Gemeinsam ist diesen Reformen, dass mit ihnen die Regierung den Druck nach unten weitergibt, den sie selbst im Zuge der Wirtschaftskrise von Seiten der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bekommt.

Die Plaza ersetzt keine Wohnung

Perspektivlosigkeit und die ständigen Verschlechterungen der Lebensbedingungen führten auch jenseits der Gewerkschaften zu einer Welle der Empörung. Seit Mitte Mai bricht sich diese in Form der „Indignados", der Bewegung der „Empörten", Bahn. Nachdem öffentliche Plätze in ganz Spanien besetzt worden waren, begannen die Menschen, sich dort in Versammlungen zu artikulieren (siehe DA Nr. 206). Im Juni beschloss die Versammlung von Madrid, die zentrale Platzbesetzung in ihrer Stadt zu beenden und stattdessen Versammlungen in den Stadtteilen ins Leben zu rufen. Damit sollte auch eine Konkretisierung der Themen und Aktionsformen ermöglicht werden. Verschiedene Initiativen bekamen nun die Möglichkeit, ihre Anliegen in die Versammlungen zu tragen und damit ihre Handlungsmöglichkeiten vor Ort zu erweitern.

Den stärksten Auftrieb bekam dabei vermutlich die Initiative gegen Wohnungsräumungen. Die Zahl der Menschen, die ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen können und durch die Banken auf die Straße gesetzt werden, ist nach drei Jahren Wirtschaftskrise steil angestiegen. Alleine in Madrid wurden dieses Jahr tausende Wohnungen geräumt. Eine perfide spanische Besonderheit dabei ist, dass die Leute nach der Räumung nicht nur auf der Straße, sondern nach wie vor auf ihren Schulden sitzen. Dieses Problem, welches viele Menschen in allen Teilen der Gesellschaft betrifft, birgt Tonnen von sozialem Sprengstoff. Mittlerweile wird im ganzen Land immer öfter versucht, die Räumung der Wohnungen durch Blockaden zu verhindern. Der Staat antwortet darauf mit der polizeilichen Besetzung von ganzen Vierteln. Gewaltexzesse versuchte die Polizei bislang zu vermeiden, denn die Bewegung hat sehr viele Sympathien in der Bevölkerung. Auch der Innenminister möchte es sich nicht verscherzen, denn er ist der Kandidat der Sozialisten für die Parlamentswahlen im November.

Warten auf die Synthese

Während also die Straßen und Plätze zunehmend von Protesten in Beschlag genommen werden, herrscht in den Betrieben noch relative Ruhe. Die beiden großen Gewerkschaften paktieren mit dem Staat und die vielen kleineren Gewerkschaften sind noch zu sehr in einer Kultur der gegenseitigen Abgrenzung verfangen. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch der regionale Nationalismus, der sich u.a. in starken Regionalgewerkschaften äußert – nicht nur im Baskenland. Es bleibt deshalb abzuwarten, inwieweit die betrieblichen und öffentlichen Kämpfe miteinander verknüpft werden können. Aufgrund der dramatischen sozialen Situation vieler Menschen ist jedenfalls die dringende Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktionsbasis offensichtlich. Und auch wenn die Indignados nach wie vor Wert darauf legen, dass sich keine externen Organisationen (wie Parteien und Gewerkschaften) in ihren Reihen profilieren können, so ist doch erkennbar, dass die Strukturen der syndikalistischen Gewerkschaften mit denen der sich formierenden sozialen Basisbewegung kompatibel sind.

In diesem Sinne einigten sich die Delegierten der drei syndikalistischen Organisationen, zusammen mit der klassenkämpferischen CSC, Ende Juli darauf, im September mit weiteren Gewerkschaften eine öffentliche Debatte über die Perspektiven eines unabhängig von CCOO und UGT organisierten Generalstreiks zu führen. Für Oktober ist eine erste Welle von Demonstrationen geplant. Sollte es gelingen, einen solchen Generalstreik durchzuführen, wäre dies ein Meilenstein in der Entwicklung der sozialen Bewegungen in Spanien nach 1939.

Florian Wegner

Sektenführer in der Motorrad-Gang

Aufschwung der SyndikalistInnen in Schweden löst Hysterie in Medien aus

Eine Menge mediale Aufmerksamkeit kam dem Konflikt der schwedischen SAC mit dem Gastrobetrieb Berns in Stockholm zu. Seit Beginn der Blockade im Februar 2010 (siehe dazu DA Nr. 201) wurden die SyndikalistInnen immer wieder Ziel diverser Verleumdungskampagnen, bei denen sie insbes. mit der Mafia verglichen werden. Erst neulich erschien ein Buch der PR-Berater Lars-Olof Pettersson und Willy Silberstein (deutsch: „Das neue Gesicht der Syndikalisten"), in dem die legale Arbeit der SAC mit Machenschaften der organisierten Kriminalität verglichen wird. Zudem wartet das Buch mit persönlichen Angriffen gegen einzelne Mitglieder auf („Sektenführer") und führt u.a. eine Neonazi-Website als Quelle an.

Mit konservativen und liberalen Leitartikeln in den größten Tageszeitungen, aber auch mit Kommentaren rechter Sozialdemokraten, wurde die Verleumdungskampagne in die breite Öffentlichkeit getragen. Sowohl Pettersson als auch Silberstein stehen in Verbindung mit einer PR-Agentur, die nicht nur für den Wahlkampf der SozialdemokratInnen angeheuert wurde, sondern auch von Berns mit der Aufgabe betraut wurde, „ein faires Bild des Unternehmens im Umgang mit den Arbeitnehmern und deren Arbeitsbedingungen" zu etablieren. Pettersson schrieb zudem mehrere Pro-Berns-Artikel für die Zeitschrift des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes (LO).

Unterstützung fand Berns auch in dem Sozialdemokraten Harald Ullman. Als Vertreter der Stockholmer Polizei unterzeichnete er, zusammen mit der führenden Berns-Managerin sowie der Politikerin Kristina Alvendal, einen Artikel, in dem die Methoden der SAC als „gewerkschaftlicher Kampf als Vorwand für Erpressung" dargestellt werden. Obwohl Berns jegliche Verhandlungen verweigert und obwohl die schwedische Praxis eine Klärung von Arbeitskonflikten zwischen den betroffenen Parteien und nicht vor Gericht vorsieht, behauptet das Trio, Arbeitskonflikte seien durch Verhandlungen oder das Rechtssystem zu lösen.

Ullman ist auch Inhaber der Ullman PR, die sogar ein Seminar über die SyndikalistInnen anbietet. Titel: „Die Blockade gegen Berns. Gewerkschaftlicher Kampf oder Methoden einer Motorrad-Gang?!". Ironischerweise ist Ullman selbst in diverse Korruptionsskandale verwickelt. Serenetta Monti, Mitglied der syndikalistischen USI aus Italien, formulierte eine passende Pointe so: „Die Mafia definiert sich dadurch, dass sie Kontrolle über die wirtschaftliche und politische Macht besitzt. Die Mafia hat kein Gesicht, keinen Sprecher und keine Legalität. Sie arbeitet verdeckt durch Unternehmen, Politiker und Prominente."

Tove Holm
Übersetzung: Joris J.

Betriebsschließung trotz Profit

CNT unterstützt 450 gekündigte ArbeiterInnen bei Ford-Tochter Visteon

Visteon – kaum jemand wird diesen Namen kennen. Ford ist jedoch jedem ein Begriff. Der amerikanische Autohersteller verkündete vollmundig, anders als Konkurrent General Motors ohne Staatshilfe durch die Finanzkrise zu kommen. Arbeitskämpfe haben bei Ford eine lange Tradition, wie auch die Methode, durch Verlagerung der Produktion in eigens gegründete Subunternehmen Kosten zu senken und Steuern zu sparen. Die Sub- und Sub-Subunternehmen treten dann in Konkurrenz zueinander, ArbeitnehmerInnen unterschiedlicher Produktionsstätten werden gegeneinander ausgespielt, die Lohnniveaus zwischen unterschiedlichen Betrieben klaffen auseinander, Firmen können bei Bedarf einfach aufgelöst und fix neue gegründet werden. Die Visteon-Filialen in mehreren Ländern entstanden seit 1997 und gehören zu einem Geflecht von mehreren Dutzend Zulieferer-Firmen unter dem Dach von Ford. In den UK kämpfen heute noch ehemalige Visteon-ArbeiterInnen, die auf ihre Abwicklung einst mit Streiks und Betriebsbesetzung reagierten, noch heute juristisch um ihre ihnen vorenthaltende Betriebsrente.

Den gut 450 Beschäftigten der Visteon-Tochter *Cádiz Electronica S.A.* im spanischen Puerto de Santa Maria wurde gekündigt, weil das Werk geschlossen und die Produktion verlagert werden soll – und das obwohl im 1. Halbjahr 2011 noch im Vergleich zum Vorjahr der Profit verdoppelt wurde. Im Betrieb ist neben den reformistischen Gewerkschaften Comiciones Obreras (CCOO) und Unión General de Trabajadores (UGT) auch die anarchosyndikalistische CNT-IAA vertreten. Die Betriebsleitung bietet eine Abfindung von 30 Tageslöhnen pro Jahr Betriebszugehörigkeit an. Die Betriebsgruppe CNT-IAA bezeichnete dieses Angebot in einer Erklärung als „einen schlechten Witz". Die CNT-Aktiven suchen weiterhin nach Möglichkeiten, den Verlust der Arbeitsplätze zu verhindern. Doch CCOO und UGT einigten sich Ende Juli darauf, die Mobilisierung während der Sommerferien auszusetzen. Doch Visteon setzt offenbar darauf, durch eine schnelle Demontage des Werkes Fakten zu schaffen. Das zumindest ist die Einschätzung der CNT-Betriebsgruppe, weshalb sie nicht auf den Sommerfrieden setzt. Um den Druck aufrecht zu erhalten und den Konflikt in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, organisierte sie eine Reihe von Aktivitäten, unter anderem in weiteren spanischen Visteon-Werken, rief zum Ford-Boykott sowie einem internationalen Aktionstag am 19. August auf, an dem sich auch einige FAU-Gruppen beteiligten (siehe S. 7: Meldungen aus der FAU).

Thorsten Mitha

Meldungen aus der IAA

CNT (Madrid | Spanien): CNT verurteilt Repression gegen Sozialproteste
Die CNT verurteilt die polizeiliche Gewalt gegen die spanische Protestbewegung rund um den Papstbesuch in Madrid im August. Sie weist dabei auf den eklatanten Widerspruch hin, dass Menschen das Recht auf Protest und Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit genommen wird, während der Katholischen Kirche zu privaten Zwecken öffentliche Plätze und Infrastruktur zur Verfügungen gestellt werden, in Verbindung mit Privilegien, die keinen anderen Initiativen oder Organisationen gewährt werden.

CNT (L'Hospitalet | Spanien): Sechs Flightcare-Arbeiter gefeuert
Flightcare versucht weiterhin, jegliche Präsenz der CNT im Unternehmen zu unterbinden. Nach der richterlichen Aufhebung einer Kündigung des CNT-Delegierten und dessen Wiedereinstellung, dem brachialen Versuch einen Streik zu illegalisieren, sowie weiteren dubiosen Bestimmungen wurden nun sechs Flighcare-Arbeiter durch WFS gefeuert. Zwischen dieser Firma und Flighcare besteht eine irreguläre Überlassungsvereinbarung, auf deren Grundlage WFS die Drecksarbeit für Flighcare erledigt. Die CNT-Sektion im Betrieb hat, mit einer Reihe von Erfolgen im Rücken, begonnen zu Protesten für die sofortige Wiedereinstellung zu mobilisieren, darunter ein einwöchiger Streik Mitte/Ende August, der überraschenderweise sogar von den offziellen Gewerkschaften CCOO und UGT unterstützt wurde.

ZSP (Warschau | Polen): Prozess gegen ZSP-Mitglieder und MieterInnen
Im langen Mieterkampf von Warschau, unterstützt und organisiert von der ZSP, versuchen die tyrannischen Hausbesitzer weiterhin, die MieterInnen zum Schweigen zu bringen und zu vertreiben, um die Privatisierung der öffentlichen Wohnungen abzusichern. Immer noch unzufrieden mit den Ergebnissen der Schikanierung, Erniedrigung und körperlicher Attacken, (darunter wohl auch die Ermordung eine der aktivsten MieterInnen), ist eine Hausbesitzerin, die zwei Familien los werden möchte, dazu übergegangen, mehrere Mitglieder der ZSP und des Mieterkomitees wegen eines Films zu verklagen, den diese gemacht und ins Internet gestellt haben. Der Film dokumentiert die elende Situation der beiden Familien und sollte dazu dienen, den MieterInnen eine Stimme zu geben. Anscheinend war die Hausbesitzerin darüber aufgebracht, dass Menschen, die den Film gesehen haben, negative Kommentare über sie im Internet hinterlassen haben. Die erste Anhörung fand bereits Mitte Juli statt, der eigentliche Prozess beginnt Ende Oktober.

Die Krise zwischen Krieg und Revolte

Thesen zum ägyptischen Aufstand und zum libyschen Bürgerkrieg

Die globalen krisenbedingten Revolten sind ein Prozess, dessen Fortgang durchaus noch nicht absehbar ist. Die Ereignisse in Ägypten und Libyen sind zwei drastisch unterschiedliche Beispiele dafür, wie sich aus verschiedenen Grundkonstellationen verschiedene Handlungsweisen ergeben. In den Tagen vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Direkten Aktion *hat sich zahlreiches ereignet: Die globale Revolte ist auch in Israel angekommen. Der „Machtwechsel" in Libyen scheint unausweichlich und ist bei Erscheinen dieser Zeitung wahrscheinlich bereits geschehen. Gerhard Hanloser hat auf Bitte der* Direkten Aktion *Thesen zu den Ereignissen in Ägypten und Libyen formuliert. Für eine endgültige Analyse des Geschehens ist es ganz offensichtlich noch zu früh, daher sind diese Thesen als vorläufig zu verstehen. Trotz dieser Vorläufigkeit sollen sie allerdings auch Werkzeug sein, die unterschiedlichen Konfliktverläufe zu verstehen und besser diskutieren zu können. Nicht nur die Riots in England und die staatliche Reaktion darauf zeigen, dass auch hierzulande verschiedene Optionen möglich sind – die wir allerdings durchaus beeinflussen können. Als Anregung dafür ist der Beitrag Mag Wompels auf der gegenüberliegenden Seite zu verstehen. – die Redaktion „Hintergrund"*

Vorläufige Thesen zum Aufstand in Ägypten

1. The revolution will not be facebooked. Die Revolution spielt sich nicht in virtuellen Welten ab. Sie benötigt einen städtischen, zentralen und symbolisch aufgeladenen Platz, der gefüllt, belebt und verteidigt wird. Ohne massive Präsenz und Kämpfe von Massen, die sich aufeinander verlassen können und die im Kampf, in der Organisation, im Leiden zusammengeschweißt werden, kann eine alte Ordnung nicht gestürzt werden. Der Tahrir-Platz ist der Mons Sacer der ägyptischen Plebs.

2. Mehr als eine Citoyen-Revolte. Es geht um mehr als um Freiheit und Demokratie. Hintergrund der Revolte waren wesentlich auch die Teuerungen der Lebensmittel, die weltweite Inflation, die Krise, die Chancenlosigkeit der prekären Jugend. Entgegen den Medienbildern spielten die ArbeiterInnen eine wichtige Rolle im Verlauf der Revolte. Die Militärs in Ägypten drängten in dem Moment auf einen Rückzug Mubaraks, als die ArbeiterInnen auftauchten und streikten.

3. Das Ausbleiben der Grenzträger. Es gab keinen Menenius Agrippa, der die Massen aufs organizistische Staatsverständnis einschwören konnte. Auch nicht auf andere Ideologien. El Baradei spielte für die Revolte keine Rolle. Auch die Muslimbrüder verstanden sich zwar aufs Organisieren, Helfen, Heilen, doch ein Gottesstaat oder auch nur eine Festigung religiös begründeter autoritärer Lebensverhältnisse ist nicht das Ergebnis der Revolte. Doch das Versagen der Grenzträger der Macht hat keine neue historische Figur machtvoll werden lassen. Es gibt keinen ägyptischen Lenin. Dies bedeutet dennoch wenig Grund zur Freude für undogmatische Linke. Denn anstelle von Massenräten organisiert der Militärrat den „Übergang". Er ist kein Grenzträger, er ist die Macht selbst. Panzer, nicht umsonst sowjetische T-62, haben in der ersten Phase die Massen paternalistisch vor den Gangs des Despoten beschützt, um sie dann von dem besetzten Platz zu drängen. Mittlerweile herrschen die Panzer: die Militärdiktatur foltert, unterdrückt, massakriert.

4. Ambivalenzen der Offenheit. Das Ende der Mubarak-Diktatur ist besiegelt, nun beginnt der Umbau. Welche Form von Entwicklung in Ägypten Platz greift, ist offener als es sich religiös-fundamentalistische Kräfte des Totalitarismus wünschen, es ist aber auch offener als es die demokratieseligen Verteidiger der Reform wünschen. Für uns – die undogmatische Klassenlinke - ist sie jedoch zu wenig „offen": Die klassenbewussten Kräfte sind gegenwärtig noch zu schwach, um eine andere Welt jenseits des vorherrschenden Kapitalismus auf den Plan zu rufen. Die Prozesse der Infitah, der Öffnung ins Kapitalistische, könnten auf ganz anderem Niveau durchgesetzt werden. Auch ist noch unklar, ob das religiöse Sektierertum einen festen Platz im Arsenal der Konterrevolution einnehmen wird und dabei auch im Stande sein könnte, von unten aufgegriffen zu werden und die Revolte von innen heraus zu zerstören.

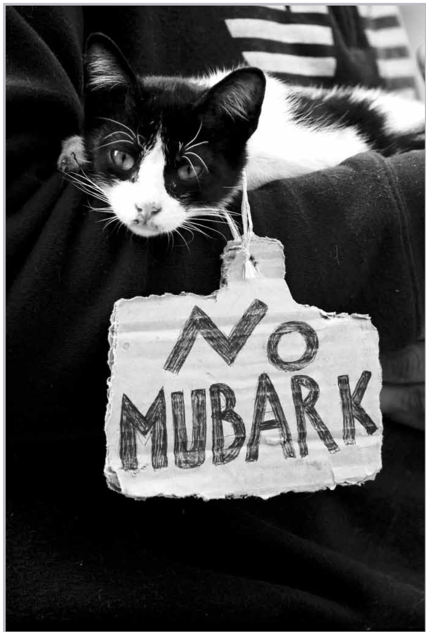


Foto: Rowan El Shimi (flickr)

Katze gegen Mubarak

5. Glanz und Elend der Medien. Computer und Internet haben die Massen vernetzt, ihnen aber keine klare politische Stimme gegeben. Die neue *Prawda* heißt *Al Jazira*, Wahrheit verkündet man auch da nicht. Viele westliche Medien haben die Bilder der Revolte übertragen, doch sogleich zum Spektakel erhoben und durch falsche historische Parallelen (1989) ein verzerrtes Bild vermittelt.

6. Und ewig der Nahost-Konflikt. An einem Überspringen des Revolte-Funkens hatten aus nachvollziehbaren Gründen auch die Herrschenden im Westjordanland und im Gaza-Streifen kein Interesse. Eigenständige Bezüge auf die Revolte wurden zuerst im eigenen Herrschaftsbereich unterbunden, später kooptiert (durch Hamas) und zu der Frontstellung „arabische Massen kontra Israel" verschoben. Damit wurde nicht nur die alte Feindbildkonstruktion gegen eine verallgemeinerte Revolte gegen unhaltbare Lebensumstände gestellt, sondern man konnte auch an den Schwächen der ägyptischen Revolte ansetzen, wenn Mubarak *nur* und *vorrangig* als Kollaborateur mit Israel und den USA angegriffen wurde. Quantität kann hier in (schlechte) Qualität umschlagen und Kritik imperialistischer Politik zur antiimperialistischen Ideologie gerinnen.

Vice versa war die Bekundung einer angeblichen Gefahr Israels die außenpolitisch argumentierende und instrumentell eingesetzte Bekundung, die alte Ordnung nicht zu schnell stürzen zu dürfen. Das Schreckensbild des fanatisierten, antisemitischen arabischen Mobs diktiert und grundiert diese Ideologie.

Die Proteste in Israel gegen die hohen Lebenshaltungskosten und besonders die Mietentwicklung weisen in eine andere Richtung. Israel findet Anschluss ans Aufbegehren. „Von den Fellachen lernen" war eine schnell gestorbene früh-zionistische Bekundung, als viele jüdische Einwanderer noch sozialistisch gestimmt waren und als ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen ihre Nation aufbauen wollten. Jetzt lernen arabische und jüdische Israelis genauso wie die spanische Jugend von den arabischen Aufbrüchen. Arbeiter – Bauer – Nation sind keine Option mehr, nirgends. Es geht global um die sozialen Fragen als Fragen der Wiederaneignung des guten Lebens.

Vorläufige Thesen zum Bürgerkrieg in Libyen

1. Des Wahnsinns fette Beute. In Libyen spitzte sich die revolutionäre Situation schnell zu einer Machtprobe und einem blutigen Verteilungskampf zu. Sowohl Gaddafi als auch seine Opposition sind sich in den Mitteln des Verteilungskampfes einig: Die Macht kommt aus den Gewehrläufen.

2. Ein Schweinehund mehr. Gaddafi ging eigentlich den entgegengesetzten Weg zu anderen Schweinehunden des Imperialismus. Die Taliban oder Saddam Hussein wurden erst vom Westen hofiert und unterstützt und dann bekriegt, anders der Verlauf bei Gaddafi: Er begann als antiimperialistischer Kämpfer, beerbte offiziell den Antifaschismus und Antikolonialismus, sorgte aber für eine rassistische Spaltung der libyschen Gesellschaft. Er war jahrelang einer der angefeindetsten Staatsmänner der südlichen Hemisphäre, den man als Terrorist jagte. Aus Kalkül, Opportunismus und Machterhalt schwenke er zur Zeit des nur noch Freund-oder-Feind kennenden „Krieges gegen den Terror" auf die Seite der imperialistischen Mächte ein. Er verdiente gut dank Öl- und Sicherheitsinteressen sowie den Migrationskontrollbedürfnissen des Westens.

3. Der gute Krieg als Spektakel. Das Spektakel schafft sich den Clown. Gaddafi ist der prototypische arabische Despot und Herrscher, wie ihn sich der Westen erhofft und wie er seinen orientalistischen (Alp-)träumen entsprungen sein könnte. Er ist der Pappkamerad, den Sarkozy braucht, um schattenboxend sein ramponiertes Bild in der arabischen Welt aufzupolieren. Das Spektakel hat kein Gedächtnis, es ist pragmatisch: der Geschäftspartner von gestern kann der Erzfeind von morgen sein. Alle spielen in dieser Show die ihnen gebührenden Rollen: die sympathisch-dilettantischen Rebellenhaufen, der blutrünstige Despot mit Familienanhang, die Generale mit humanitären Ansinnen. Doch das ist alles Schein. Die Filmspulen, die unpassende Wirklichkeit wiedergeben, werden schnell gelöscht: die rassistischen Übergriffe auf Schwarze durch die religiöse Parolen skandierenden Rebellen, die wie ernst auch immer gemeinten Waffenstillstands- und Verhandlungsangebote Gaddafis, die mordende Nato, die das Völkerrecht mal wieder in den Schmutz tritt und eindeutige Kriegspartei in einem Bürgerkrieg ist.

4. Antifaschismus als Abziehbild. Nichts Geringeres als der Spanische Bürgerkrieg musste von Seiten der Bellizisten bemüht werden, um zur großen Schlacht zu trommeln. Appeasement, Sonderweg, München – das sind nur noch Begriffe auf dem Weg zum nächsten und ersehnten Krieg. Die fetischisierte Vergangenheit hat im Spektakel ihren festen Platz, die Lehren, die gezogen werden, orientieren sich immer an den Beuteversprechungen der je aktuellen Sieger, niemals an den Erfahrungen und am Leiden der historisch Geschlagenen. Saddam Hussein musste mindestens der neue Hitler sein, in Jugoslawien musste man mindestens die Rampe von Auschwitz wiederentdecken und der Bürgerkrieg in Libyen muss mindestens der klar antifaschistisch-faschistischen Frontlinie von 1936 entsprechen. Warum? Krieg braucht immer noch höchste ideologische Mobilisierung. Dies bewerkstelligt nicht mehr der Nationalismus, sondern der mit Lehren aus der Vergangenheit hantierende Supermoralismus des Staatsantifaschismus.

5. Krieg als Konterrevolution. Der Nato-Krieg in Libyen ist Teil einer gegen die arabischen Aufstände gerichteten Konterrevolution. Der kraftvolle Aufstand in Tunesien und Ägypten ist in Libyen einem zähen Bürgerkrieg mit ausländischer Intervention und Manipulation und vielen, noch ungezählten Toten gewichen. Die reaktionären arabischen Regimes, die Arabischen Emirate, die Saudis, die frauenknechtenden, Ölrente verprassenden und ausländische Arbeitskraft ausbeutenden Herrschercliquen haben auf ein Abstrafen von Gaddafi durch die Nato gedrängt. Warum? Weil im Windschatten des Krieges die Könige, Emire und Sultane ihre Herrschaft stabilisieren konnten und können. Saudi-Arabien intervenierte in Bahrain, die vereinigten Arabischen Emirate heuern präventiv Söldner zur Aufstandsbekämpfung an. Im Jemen und in Syrien werden die Leute zusammengeschossen. Bei Staatsmann Gaddafi (und nur bei diesem!) wird abgestraft, was andere Staaten ungestraft durchsetzen und vorbereiten: die Niederschlagung des Aufbegehrens. Wenn David Cameron jüngst erklärt: „This has not been our revolution, but we can be proud that we have played our part", wird sich langfristig lediglich herausstellen, dass die ramponierte Doktrin der „humanitären Intervention" eine frühlingshafte Aufpolierung erhalten sollte. Auch die weitgehende militärische Abhängigkeit der Aufständischen von der Nato beim Niederringen Gaddafis wird selbstorganisierte Emanzipationsprozesse in Libyen erschweren.

6. Kriterien. Sollen sich KritikerInnen des Bestehenden auf das klassische Völkerrecht beziehen? Dieses mag imperialistische Ansprüche einschränken. Es mag auch zwischenstaatliche Gewaltanwendung ächten. Das Völkerrecht hat aber außerhalb des Kriteriums der unantastbaren Staatssouveränität kein weiteres. Der Staat ist hier Subjekt. Der kategorische Imperativ zur Beurteilung der Weltpolitik kann sich so besser an Karl Marx orientieren: Radikal alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein beleidigtes, ein erniedrigtes, ein geknechtetes Wesen ist!

Gerhard Hanloser

Wut ist nicht alles – Empörung auch nicht...

Deutschland: Insel der Seligen im Tal von „Blut und Tränen"?

Seit fast zwei Jahren protestieren – immer weniger - Menschen in Deutschland unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise." Gezahlt wurde dennoch: Als Mensch mit Job durch Lohnverzicht und Arbeitsverdichtung, als SteuerzahlerIn für Kurzarbeit und Abwrackprämie, als KonsumentIn für Preiserhöhungen und Zuzahlungen beim Arzt. Alles in der Hoffnung, den Arbeitsplatz zu erhalten oder einfach unfreiwillig. Denn die Angst um den Lohnarbeitsplatz als angeblich alternativloses Mittel zur Existenzsicherung ist weit verbreitet. Eine vielfach verdrängte Angst, denn nicht nur Banken und Konzerne, auch Lohnabhängige hoffen im verschärften Verdrängungswettbewerb, zu den Gewinnern der Krise zu zählen. Alle überschlagen sich im Reparaturbetrieb (und viele Linke im Humanisierungsbetrieb) des Kapitalismus, obwohl dieser gerade deswegen wunderbar funktioniert: Für die Reichen.

Es gibt hier nichts zu erhoffen, keine Belohnung nach den Entbehrungen: Jobwunder nur als befristeter Sklave, Aufschwung nur für das Kapital, nicht für die Lohntüte, denn die Schuldenkrise und die Sparzwänge dienen als erneuter Vorwand für Sozialabbau, gerade bei den Überflüssigen und Ausgestoßenen. Nun, wo die Schulden der Bankenrettung „verbieten", dass die Verzichtsleistungen der gewerkschaftlich geschützten Stammbelegschaften belohnt werden, kommt Enttäuschung auf. Wir verzeichnen die höchste gemessene Arbeitsunzufriedenheit aller Zeiten – und dies, obwohl sich in psychologischer Hinsicht kaum jemand diese leisten kann. Dennoch regt sich kaum Widerstand, höchstens gegen drohenden Arbeitsplatzabbau.

Allerdings offensichtlich nur in Deutschland. In Ägypten, Tunesien, Libyen, Jemen, Griechenland, Spanien und nun Israel sowie England... im Mittelmeerraum und selbst in den USA kommt es seit Monaten zu politisch und sozial motivierten Unruhen. Wenn auch weniger ausgeprägt, vermehren sich in Portugal, Italien und Frankreich die Proteste v.a. junger Menschen.

Empörung worüber und wofür?

Was sich im arabischen und mediterranen Raum regt, ist eine auch für Linke vollständig neue Bewegung: Partei- und ideologiefrei, eher moralisch situativ – und doch hochpolitisch. Entstanden als Demokratiebewegung für Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Würde – wie unterschiedlich auch immer diese enttäuscht/verletzt wurden (Hunger, Despotie, Armut, Perspektivlosigkeit) – ging es immer auch um materielle Absicherung im Sinne der Freiheit von Existenzangst. Nicht nur die spanische Jugend sieht für ihre unter harten Wettbewerbsbedingungen erworbene Überqualifikation keine Zukunft, weil ihre Leistungsbereitschaft nicht belohnt wird.

Diese Enttäuschung schlägt sich nieder in weitgehender parlamentarischer Stimmverweigerung und Ablehnung aller StellvertreterInnen aus Parteien und Gewerkschaften. Das lässt hoffen, dass diese Bewegungen diesmal schwer parteiförmig zu kanalisieren sind. Doch dem selbstbewussten Einklagen bedingungsloser Rechte auf Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur – aller öffentlichen Güter, wie sie z.B. im Manifest von „Democracia Real Ya" gefordert werden – stehen mehrheitlich ein tiefer Glaube in demokratische Grundregeln und wahlpolitische Forderungen gegenüber.

Dennoch: Vor allem die spanische (und auch die griechische) Bewegung der „Empörten" hat alles, was ein linkes Herz höher schlagen lässt: Jugendproteste, denen sich schnell auch Erwachsene – berufstätig wie erwerbslos – anschließen, die sich schnell und offenbar dauerhaft im ganzen Land ausbreiten, sich die öffentlichen Räume wieder aneignen sowie im Prozess des Protestes Verhaltens- und Umgangsformen üben (Selbstverwaltung und Basisdemokratie bis hin zur Selbstermächtigung), die in eine nichtkapitalistische Gesellschaft verweisen. Neben der Hoffnung auf Stabilität und Erfolg dieser Bewegung bleibt die Frage, warum sie sich nicht auf alle europäischen Länder ausweitet.

Modell Deutschland: Krisenfest?

Es sieht doch überall in Europa gleich aus: Erst zerstörte der ideelle Gesamtkapitalist alle Grundlagen für Sicherheit und Solidarität in der Arbeiterklasse – in den Anfängen des sog. Neoliberalismus, vermittelt durch schlanke Produktion und schlanken Staat, um sich nun brutalst der Überflüssigen, nicht Produktiven zu entledigen.

Ging es in den 1970er und 80er Jahren darum, aus der Verweigerung gegen das fordistische Fabrikregime flexible und individualisierte Verwertungsstrategien zu generieren, geht es nun darum, die nicht Flexiblen und nicht Verwertbaren komplett auszuschließen, ohne die Wettbewerbsbedingungen der verbleibenden „produktiven" Klassenteile zu verbessern. Die dauerhafte und verfestigte Exklusion der Prekären aus der Arbeitsgesellschaft bedeutet mehr denn je auch die Exklusion aus der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Zum Druck und Zwang des sich verkleinernden und deregulierten Arbeitsmarktes kommen Druck und Zwang des Spardiktats im sozialen Bereich. Dass dabei Revolten zum Druckabbau mitgedacht wurden, zeigen die steigenden Ausgaben für die Aufrüstung im Inneren: Dafür ist – wie für die Banken – immer genug Geld da.

Allen täglichen Erfahrungen zum Trotz sitzt verdammt verfestigt in den Köpfen, dass jedeR selbst schuld an seinem Misserfolg sei. Zu schön war die überall und dauernd auf uns einschlagende Botschaft des flexiblen Kapitalismus: JedeR hat eine Chance! Eine solche Chance aufzugeben fällt schwer, zumal (noch) ohne dringenden, drastischen Grund und ohne realistische Alternativen.

In der Krise kam es zu einer Wiederauferstehung der traditionellen, sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik. IG Metall wie DGB rühmen sich, mit ihren Ideen von Kurzarbeit und Abwrackprämie die Folgen der Krise gemildert und zum Wirtschaftswunder Deutschland beigetragen zu haben. (Deutsche) Jobs retten durch Protektionismus, durch Binnennachfrage - trotz Lohnsenkung – die Liste ließe sich lange fortsetzen. Die bewusste Entscheidung wird zwischen der „Rettung" der immer weniger zur Existenzsicherung ausreichenden Jobs (hier) und der Lebensqualität der lohnabhängigen Menschen (überall) getroffen. „Unsere Jobs" zu Lasten wessen Jobs? So umgesetzt stärkt die Finanzkrise das Kapital und schwächt die Arbeiterbewegung.

Die Kosten der Krise trugen entsprechend v.a. LeiharbeiterInnen und sonstige sog. „atypische" Lohnabhängige und nur hier ist der angebliche Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen. Für alle anderen zeigt sich die Krise „lediglich" als eine Verschärfung der ständigen Krise im kapitalistischen, lohnabhängigen Alltag, in dem jedeR hofft, sich irgendwie durchwursteln zu können. Durch diese Hoffnung haben auch viele Linke die Politik der Gewerkschaftsapparate mitgetragen: Die Milderung schlimmster Auswüchse (auf Steuerkosten) sowie Appelle an Moral und Dankbarkeit von Kapital und Staat und schließlich die (zähneknirschende) Akzeptanz der angeblichen Sachzwänge.

Empören, aber richtig!

Dass die Finanzkrise einen weiteren Vorwand zu Lohnsenkung und Sozialabbau liefert, war absehbar. Nicht absehbar war, wie reibungslos der Internationale Währungsfonds (IWF), die Europäische Zentralbank (EZB) und die EU ihre Krise als Disziplinierungsinstrument benutzen werden, um Staaten, Länder und Kommunen zu weiteren „alternativlosen" Privatisierungen, Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes und Ausgabensenkungen im öffentlichen und sozialen Bereich zu bewegen. „Blut und Tränen" (Berlusconi) kommen nicht nur auf Italien zu. Sie sind europäisches Programm! Dies wird von der deutschen Regierung maßgeblich diktiert und richtet sich auch gegen die Lohnabhängigen hier.

Die Unverschämtheit, mit der die Rettungspakete durchgesetzt und die Sparmassnahmen brutal durchgezogen werden, steht im Einklang mit dem seit über zehn Jahren erfolgreichen Selbstbewusstsein der Herrschenden, uns noch nicht mal belügen zu müssen. Zusammen mit der Abgeklärtheit, mit der auf bisher jeden Protest mit Grundrechtsverschärfungen geantwortet wurde, entsteht der Eindruck, dass die Proteste im gewissen Rahmen von Vornherein in Kauf genommen wurden: Als Test für die Zumutbarkeit der repressiven Maßnahmen, als kurzfristiger Dampfablasser und nicht zuletzt als Grund für weitere Kontrollen und Repressionen.

Doch die Zumutbarkeit lebt von der Akzeptanz. Bei aller breiten Empörung über die Bankenrettung wurde sie als alternativlos hingenommen und die nun folgerichtigen Spardiktate erst recht als Sachzwang akzeptiert. Weiß doch jeder, der einen Haushalt führt, dass das Geld nur einmal ausgegeben werden kann. Zu gut hat die Propaganda gegriffen, die Staatshaushalte mit der schwäbischen Hausfrau gleichsetzt.

So kommt es, das nicht unsere Bedürfnisse und Rechte zum Sachzwang werden, sondern die diesen entgegen gesetzten Sparzwänge. Es wäre die Aufgabe der Linken, daran zu erinnern, dass die Menschen Güter und Infrastruktur brauchen, weder Geld noch Lohnarbeit noch eine „Realwirtschaft", die sich um diese Bedürfnisse nicht kümmert und keine Produktionsweise, die diesen Bedürfnissen entgegensteht. Unsere solidarischen Bedürfnisse sind unser Sachzwang. Da eine Revolution, die der Verelendung bedarf, keine emanzipatorische sein kann, heißt unser Sachzwang internationaler Widerstand und politische Streiks gegen den Zwang zur Verelendung.

Das erste Gebot für die international solidarische Linke in Deutschland – unabhängig von der hiesigen (Mobilisierungs)Lage - lautet daher, eine bedingungslose Streichung der Schulden der Krisenländer der EU zu fordern und damit dem Zwang zu Sparmaßnahmen den Boden zu entziehen. Warum wir? Weil diese Schulden einerseits dem europäischen Lohndumper und Exportmeister Deutschland zu „verdanken" sind und weil Deutschland (nicht nur deutsche Banken) von den Schulden profitiert.

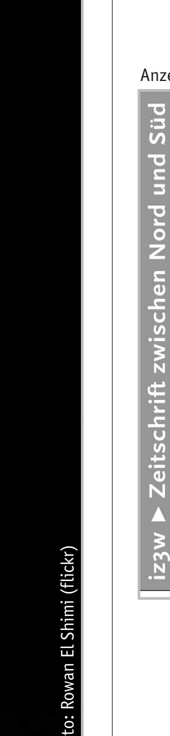
Kapitalismus und Repression leben nicht nur vom Akzeptieren, auch vom Mitmachen. „Wir sind keine Systemfeinde, das System ist feindlich uns gegenüber", steht auf einem der Plakate in Madrid. Während die Proteste in Großbritannien aktuell als Plünderungen und Randale entpolitisiert werden, tut die spanische Jugend das scheinbar selbst. Denn die Empörung basiert auf enttäuschten Hoffnungen und verletztem Gerechtigkeitsempfinden. Dem kapitalistischen Versprechen wurde geglaubt. Und: Um welche Gerechtigkeit geht es? Leistungsgerechtigkeit? Die gibt es im Kapitalismus nicht. Der Glaube an Leistungsgerechtigkeit hat bereits den Widerstand gegen die Hartz-Gesetze gespalten.

Enttäuschte Hoffnung auf Gerechtigkeit im Kapitalismus wäre auch für (zu erhoffende) Proteste in Deutschland eine eher ausbremsende, realpolitisch kanalisierbare Perspektive. Sie lässt sich nur umgehen, wenn Linke über ihre Propagierung eines ideologischen Antikapitalismus hinaus endlich damit aufhören auch ihren kapitalistischen Alltag stillschweigend als notwendigen „Sachzwang" zu akzeptieren. Eine Linke, für die sich Antikapitalismus auf theoretische Kritik beschränkt, die in ihrem Alltagshandeln aber die kapitalistischen Verhältnisse wie selbstverständlich mitreproduziert, bietet keinen Ansatz für tatsächlich emanzipatorische Prozesse.

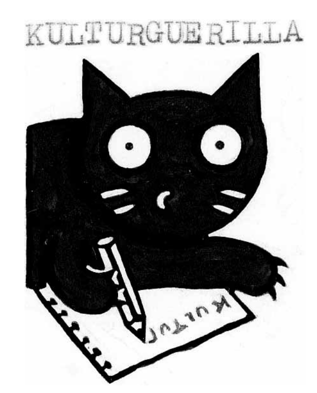
Die Macht des Kapitalismus über Produktion wie Konsum, die Ökonomisierung unserer Gefühle und Bedürfnisse, unserer Kommunikation und zwischenmenschlichen Beziehungen muss gebrochen werden, und zwar nicht nur auf den Plätzen, auch im Alltagshandeln. Jede noch so kleine Konformitäts- und Wettbewerbsverweigerung, jede geübte Solidarität mit den Schwachen und Unterdrückten – am besten natürlich kollektiv - kann zum ersten Schritt jenseits dieses inhumanen und ohne Akzeptanz und Mitmachen bankrotten Systems führen. Denn: „Eine Krise kann jeder Idiot haben. Was uns zu schaffen macht, ist der Alltag." (Anton Pawlowitsch Tschechow)

Mag Wompel




Foto: Rowan El Shimi (flickr)

Straßengrafitti am Tahrir-Platz, Kairo: „Nieder mit dem Regime!"



DGB und ÖGB entdecken die CallCenter

Ex-Ver.di-Publik-Redakteur Kempe hat das Buch *Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb* veröffentlicht. Auch wenn es sich um einen reinen Werbeband für den DGB und für Betriebsräte handelt, sind Kempes Streifzüge durch die Welt der Prekarität spannend, weil er hauptsächlich die Betroffenen und Engagierten selber zu Wort kommen lässt. Im ersten Beitrag geht es um CallCenter in Ostdeutschland. Auch der ÖGB hat sich des Themas angenommen. Auf 114 Seiten bietet der im hauseigenen Verlag erschienene Band *Service um jeden Preis? Arbeiten im Callcenter* nicht nur rechtliche Hilfestellung, sondern auch zahlreiche Erfahrungsberichte. Diese sind allerdings ganz offensichtlich zum Großteil von AkademikerInnen geschrieben, die niemals wirklich von dem Job abhängig waren. Trotz anschließender praktischer Alltagstipps ist das Buch scheinbar auch nicht für CallCenter-ArbeiterInnen geschrieben – mit 19,80 Euro sind es locker drei Stundenlöhne, die dafür hingeblättert werden müssten. (bew)

Kempe, Martin: *Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb.* Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2010. 169 Seiten; ISBN: 978-3-89691-864-2; 14,90 Euro.

Stern, Sandra u.a.: *Service um jeden Preis? Arbeiten im Callcenter.* ÖGB-Verlag, Wien 2010. 120 Seiten; ISBN: 978-3-7035-1426-5; 19,80 Euro.

Der Rubel rollt ins Haifischbecken

Erster von zwei Teilen zur Funktionsweise von Kultur und Medien in der Krise

Teilweise fällt es angesichts der Dreistigkeit der medialen Krisenberichterstattung, alle Leidtragenden der globalen Krise als faul und asozial zu bezeichnen – ob deutsche SozialhilfeempfängerInnen oder gar ganze Populationen südeuropäischer EU-Staaten – schwer, nicht an eine gezielte politische Kampagne zu glauben. Alles bloß stinknormale bürgerliche Ideologie oder doch eiskaltes Kalkül? Dieser Frage soll sich in einer zweiteiligen Betrachtung angenommen werden. Teil 1: Zur politischen Krisenökonomie in Kultur und Unterhaltungsindustrie

Sie wussten, dass ihre Stunde geschlagen hatte: die Lobby der Hochkultur blies fatalistisch zum Wettstreit der „humanistischen Werte“ versus der „finanzindustriellen Wertschöpfung“ (Deutscher Kulturrat 2009), und erklärte dieses Ringen zu einem Kampf um und für eine menschliche Zukunft. Schließlich lag es auf der Hand, dass auch die staatlichen Subventionen für jene Kunst und Kultur, die sich in erster Linie an eine als Bildungsbürgertum getarnte Oberschicht wendet, mit den freigemachten Milliarden zur Rettung von Banken und Konzernen nun politisch auf dem Prüfstand standen. Die IntendantInnen der Theater- und Opernhäuser, die Vorsitzenden der Musiksäle und Kulturverbände argumentierten teilweise analog zu den Gewerkschaftsspitzen aus dem Gesundheitssystem oder der Kinderbetreuung: Hier ginge es um unverzichtbare Investitionen in die Nachhaltigkeit der bundesdeutschen Infrastruktur, um die Zukunft des Landes, um eine wichtige Stütze im politisch-ökonomischen Ganzen. Ein besonders prägnantes Beispiel für die oft unbeholfen wirkende Argumentation lieferte dabei das Jenaer Max Planck Institut: Offensichtlichste Ursache-Wirkungszusammenhänge verdrehend, wurde allen Ernstes der Dreisatz formuliert, dass eine höhere Dichte an Opernhäusern höher qualifizierte Angestellte nach sich ziehe und dies in stärkerer Wirtschaftsleistung der Region münde. Dass Opernhäuser vielmehr traditionell an Orten zu finden sind, die längst von der Elite okkupiert wurden und der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Regionen eher folgen als sie zu begründen, dürfte der Bundesregierung dann doch bewusst gewesen sein. Und so kam es dann doch nicht etwa zu einer Verlagerung der Hamburger Elbphilharmonie aus der Hafencity nach Mümmelmannsberg. Hinsichtlich ihrer Wirkung auf das Konjunkturpaket II, in welchem dann tatsächlich „Kultur und Bildung“ berücksichtigt wurden, war eine politische Argumentation dann auch erfolgreicher als der hingebogene Ökonomismus: Hochkultur als Hort der zeitlosen Vernunft wider dem Chaos des Finanzmarktes, als gesellschaftliche Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Phrase von der „Krise als Chance der Gesellschaft zur Rekulturalisierung“ machte die Runde. Somit wurde diejenige Schicht, die weltweit die Milliarden der verschiedenen staatlichen Rettungspakete empfing, nicht bloß wie üblich zur „Leistungsgesellschaft“ erklärt, sondern auch noch zur Trägerin von Vernunft, Anstand und Kultur.

Milliardengrab Elbphilharmonie - „Rekulturalisierung“ im Zeichen der Klassenherrschaft

Formvollendete neoliberale Krisenökonomie: Von der Kultur zur Unterhaltungsindustrie

Nichtsdestotrotz zieht sich der Staat immer weiter als Finanzier und Produzent kultureller Güter zurück. Klassisch neoliberal wird dies natürlich auch als eine positive Entwicklung entgegen der „Marktverzerrung“ durch staatliche Intervention gewertet, aber auch vor einer Kettenreaktion in die private Kulturökonomie aufgrund ihrer strukturellen Verflechtung mit öffentlichen Kulturstätten gewarnt. Das als Ausdruck der Krise noch konzentrierter anzutreffende Kapital wird aber letztendlich klare Verhältnisse schaffen: Hochkultur als statusanzeigendes Konsumgut einer globalen Oberschicht. Dies entspricht dann paradoxerweise viel eher der Logik derjenigen, die für die staatlichen Zuwendungen auf diesem Gebiet kämpfen. Denn als reines Luxusgut wäre jene Hochkultur, derer sich privates Sponsoring annähme, tatsächlich weitgehend vor Spekulationen und Investitionsunsicherheiten gefeit. In der Vision Gerald Basts, dem Rektor der Universität für angewandte Kunst Wien, hätte die Hochkultur dann auch wieder einen „konservativen Charakter“, da für Experimente mit der Mittelmäßigkeit kein Geld mehr übrig bliebe. Für alle anderen kulturellen Sphären bleibt so nur noch das Haifischbecken der Unterhaltungsindustrie, und genau dort könnten sich im Kontext der anhaltenden Krise interessante Entwicklungen im Zusammenspiel von Produktion und Konsum andeuten. 2010 war eines der erfolgreichsten Jahre der RTL Group überhaupt, und das, obwohl die Konkurrenz der Internetangebote ebenso stieg wie die Finanzdecke vieler Werbepartner von RTL sank. Ausschlaggebend war allein die Konsumseite: „Supertalent“, „DSDS“, „Bauer sucht Frau“ erzielten unvergleichlich gute Einschaltquoten, das restliche RTL Angebot stagnierte auf äußerst hohem Niveau. Zielsicher investiert RTL die angehäuften Ressourcen an Kapital und Material nun in die Ausweitung der eigenen Dominanz: Eine Fülle an Clips wird im Internet wiederverwertet, öffentliche Events geraten genauso wie erhebliche Teile der Musik- und Comedybranche in unmittelbare Abhängigkeit zu Europas größter Mediengruppe. Der Erfolg von RTL ist ein Indiz dafür, dass „Kultur“ als konsumbasierte Dienstleistung einer der letzten boomenden Wirtschaftszweige des so genannten Westens ist. Ein weiteres ist die verschärfte Konkurrenzsituation der Bookingagenturen für Musikbands – ein Plus an neuen „Existenzgründungen“ von über 30% in den letzten drei Jahren! – genauso wie das kaum noch überschaubare Sprießen von Festivals aus den Äckern des Kontinents. Ebenso verhält es sich mit unzähligen Nachtclubs in jeder noch so kleinen Kleinstadt. Musik, Akrobatik, Performance sind nachgefragter denn je. In der Regel ist die Bezahlung derjenigen, die das Angebot letztlich „herstellen“, zwar äußerst prekär, jedoch findet sich in diesem Bereich eine äußerst hohe Bereitschaft zum Hetzen von Arbeit zu Arbeit, zum Aneinanderreihen von Vertrag und Vertrag. Der Organisierungsgrad unter den Produzierenden von Kultur auf Ebene der Unterhaltungsindustrie ist denn auch praktisch gleich Null, was eine Voraussetzung für den Boom gewesen sein dürfte. Ihnen steht eine hochprofessionalisierte und durchstrukturierte Branche gegenüber, die ihren Markt zu lenken versucht. Denn der Profit in der Unterhaltungsindustrie basiert, anders als in vielen anderen Wirtschaftsbereichen, wesentlich auf immer kürzeren Produktionszyklen und Konsumtrends: Je schneller sich das Konsumverhalten ändert, desto höhere Gewinne lassen sich durch das Platzieren neuer Produkte – Musikstile, Fernsehformate, Events – generieren. Mit einem solchen Produktionsmodell ist die Unterhaltungsindustrie voll auf der Höhe der Zeit, ohne dass sie von der allgemeinen Krise – im Gegensatz etwa zur Automobilindustrie - dazu gezwungen worden wäre. Die Situation ist dabei für diejenigen, die die kulturellen Inhalte der Unterhaltung herstellen, jedoch noch bedrohlicher und trägt weiter zu ihrer Erpressbarkeit durch die Branche bei.

Das Problem mit dem Inhalt

Die Strategie der Themenplatzierung stellt jedoch ein komplexes Problem dar. Ohne den Hintergrund der andauernden finanziellen, ökonomischen und politischen globalen Krise könnte von einem recht willkürlichen, lediglich auf die Herstellung kurzlebiger Produktzyklen abzielenden System ausgegangen werden. Da allerdings spätestens mit dem Einbruch der Krise 2008 von einer zunehmend prekarisierten und vor allem verunsicherten Bevölkerung – eben auch als Planungsgröße in den Vorstandszimmern der Unterhaltungsindustrie - auszugehen ist, erscheinen die Inhalte solcher kultureller Produkte in einem anderen, ungemein politischeren Licht. Branchenriesen wie RTL verabschieden sich von inhaltlicher Breite und forcieren offensiv ein gesellschaftliches Bewusstsein als Reaktion auf die Krise – den leistungsbasierten Hedonismus. Nichts würde solche Unternehmen mehr treffen, als wenn die steigende Verunsicherung großer Bevölkerungsschichten in Zurückhaltung gegenüber Lifestyleprodukten und Unterhaltung münden würde. Daher spielt Massenpsychologie in den Konzepten der Unterhaltungsindustrie eine wesentliche Rolle, wie auch ein Verständnis der politischen Ökonomie in der Krise. Schwierig zu kontrollieren sind, beziehen wir uns auf die deutschen Verhältnisse, dabei nicht die unmittelbaren klassenspezifischen Reaktionen des Publikums auf die Krise – gerade RTL hat die eigenen Grenzen mit „Undercover Boss“ und „Frauentausch“ schon längst ausgelotet - sondern das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Während sich in anderen, von der Krise befallenden Wirtschaftszweigen das Kapital konzentriert – Deutsche Bank und VW sind die prominentesten deutschen Beispiele – setzt gerade in Krisenzeiten in den wenigen boomenden Bereichen die umgekehrte Entwicklung ein. Vor allem Jugendliche aus mittelständigen Milieus, denen die Perspektive zur Reproduktion ihres Status z.B. durch Industriearbeit verwehrt bleibt, drängen als Unternehmen und InvestorInnen auf den Markt. Zugleich explodiert die Zahl derjenigen, die ihre Arbeitskraft als ProduzentInnen von kulturellen Inhalten anbieten – und damit auch die Anzahl der Inhalte selber.



Fette Jahre für die Unterhaltungsindustrie. Doch die Luft wird dünner

Kontrollverlust über Angebot und Nachfrage?

In einer solchen Situation wird natürlich jede Marktlücke irgendwann ausgenützt, und je mehr leistungsfetischisierende Inhalte durch die Marktriesen à la RTL dominiert werden, desto größer das Interesse von neuen Marktteilnehmenden an komplett gegensätzlichen Inhalten. Die nur schwer durch reine Marktmechanismen erklärbare Einheitlichkeit der medialen Kriseninterpretation mit ihren allgegenwärtigen Erzählungen über notorisch faule und korrupte Südländer (mehr dazu in der kommenden Ausgabe) färbt zwar ohne Frage auch auf die Konsumgewohnheiten der Masse ab, doch gerade im Bereich der Popmusik zeigt sich eine zunehmende inhaltliche Vielfalt kultureller Angebote. Den aggressiven Kampagnen des Privatfernsehens gegen die EmpfängerInnen sozialstaatlicher Leistungen steht der Erfolg von Bands oder einzelner Lieder – ob im Netz oder auf Events – entgegen, die sich selbstbewusst mit denen als negativ verkauften Attributen der eigenen Schicht identifizieren. Was auch sonst politisch von Gruppen wie „Deichkind“ oder „K.I.Z.“ zu halten sein mag, so zeigt ihre Popularität doch durchaus, dass es auch ein weit verbreitetes Bedürfnis nach einem Kontra entgegen der leistungshedonistischen Ideologie von RTL und Co gibt.

Marcus Munzlinger

Aufgelesene Bruchstücke eines Mosaiks

Der Sammelband *Kaltland* fügt die unter den Tisch gekehrten Scherben deutscher Wendebilder wieder zusammen

Bunt, grell schimmernd, pompös und kalt professionell waren sie, die drei langen bundesrepublikanischen Gedenkjahre, die nun hinter uns liegen. Inspiriert durch die hektische und emotional verflachte Bilderwelt des Privatfernsehens prasselten die immer gleichen, längst bekannten Geschichten anlässlich der 20. Jahresfeiern zu Mauerfall und „Wiedervereinigung" 2009 und 2010 vom Firmament staatlicher Sendeanstalten hinunter. Erzählungen über Stasi-Repression und Perspektivlosigkeit im SED Staat wurden dabei immer so individualisiert präsentiert, dass allein die politische Klammer der staatlichen Geschichtsschreibung einen Deutungszusammenhang darbot: Wer in der DDR unzufrieden war, wollte, so die daraus resultierende Lesart, zwangsläufig „Ein Volk" mit der bundesrepublikanischen Bevölkerung bilden. Die Identifikation mit einem völkischen Wir als höchstem Ausdruck von „Freiheit"; hierfür also war jenes Bauwerk erstürmt und zertrümmert worden, dessen Errichtung vor 50 Jahren schließlich 2011 als vorläufiger Abschluss der Dauerstaatsakte in Szene gesetzt wurde.

Verniedlichung von „Hoyerswerda" und „Rostock-Lichtenhagen" als Kinderkrankheiten der neuen BRD

Nicht erst in den zurückliegenden drei Jahren wurde durch die bundesdeutsche Erinnerungskultur der gewalttätige Charakter der Wendejahre und der Anfangszeit der neuen BRD verdrängt. Das jüngst im Berliner Rotbuch Verlag erschienene Buch *Kaltland – eine Sammlung* leistet an dieser Stelle einen bemerkenswerten Kontrapunkt. Die hier zusammengebrachten Geschichten, Artikel, Gedanken und Erzählungen setzen den 3.Oktober 1990 nicht als eine „zweite Stunde Null" in der deutschen Geschichte, sondern greifen zuvor in DDR und BRD vollzogene soziale Entwicklungen auf und zeichnen deren Auswirkungen auf die frühen 90'er und die Gegenwart nach. So ungefähr lässt sich vielleicht ein inhaltlicher roter Faden der in fünf Teile gegliederten 42 Texte konstruieren. Als Leitmotiv dient dabei immer mindestens implizit, hierfür haben die Herausgebenden Manja Präkels, Markus Liske und Karsten Krampitz gesorgt, die unmittelbar mit der „Einheit" einhergehende Gewaltwelle gegen Asylberechtigte, häufig auch allgemein Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch gegen Obdachlose und Linke. Den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda wird als prominenteste Beispiele etwas mehr Raum gegeben – wodurch sich möglicherweise der Eingang des Buches in den öffentlichen Diskurs etwas erleichtert – jedoch ohne dass die Schilderung des gesamten Ausmaßes der durch die nationale Welle angeschwemmten Gewalt geschmälert wird. Trotz oder möglicherweise gerade durch die aneinandergefügte Art der unterschiedlichen Texte ergibt sich ein historischer und politischer Kontext etwa zwischen der latenten Gewalt in der ostdeutschen Provinz und den Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte in westdeutschen Städten – beides sowohl vor als auch nach 1990. In einer Art soziologisch-historischer Flickenteppichbetrachtung gelingt dem Sammelband mit erstaunlicher Präzision die Widerlegung der Interpretation des ostdeutschen Rechtsradikalismus der frühen Neunziger als unbeholfenem Ausdruck sozialer Ausgrenzung und jugendlicher Irritation. In *Kaltland* erscheint der Deutsche Nationalismus nicht als ein schwammiges Gefühl pubertärer Antihaltung; hier geht es um die Rekonstruktion einer tödlich konkreten politischen Agenda, die in den 80'er Jahren in BRD und DDR heranreifte und deren Explosion in den frühen 90'ern die politische Landschaft der siegreichen Bundesrepublik tiefgreifend veränderte.



Bruchstücke eines Mosaiks

Bunter Flickenteppich aus vielen grauen Bildern

Die Qualität von *Kaltland* liegt zum einen in der inhaltlichen Breite und der damit verbundenen Multiperspektivität. Es finden sich neben den expliziten Texten zu rechter Gewalt im Kontext der „Wende" viele Schilderungen über so manch alltäglichen Wahnsinn zu jener Zeit, über Erfahrungen der sozialen Desintegration in der DDR, über die politische Kultur jugendlicher Milieus in Ost und West. Historische Einzelbetrachtungen, die auf den ersten Blick kaum etwas mit dem vorangehenden und nachfolgenden Text zu tun haben scheinen, vervollständigen das Porträt eines gesellschaftlichen Umbruchs jenseits der schwarz/weißen Bilderbücher über den märchenhaften Triumph des Guten über das Böse. Zum anderen ist dieser Sammelband aber auch von literarischem, poetischem, manchmal gar humoristischem Wert. Denn *Kaltland* ist keine Ansammlung theoretischer Traktate über die Genese des deutschen Nationalismus. Neben sachlich, ernst gehaltenen Schilderungen und Gesprächen erzählen Gedichte und Kurzgeschichten auf oftmals sehr hohem narrativen Niveau von tragischer Komik und schicksalhaften Begebenheiten rund um die DDR, ihrem Untergang und dem Gesicht der BRD nach 1990, befreit von Schminke und Glitzer staatlich-medialer Visagisten. Die AutorInnen sind auch allesamt keine Unbekannten in den Bereichen politischer Essay, Journalismus oder Lyrik und Prosa – die Prominentesten unter ihnen sind vielleicht Schorsch Kamerun, Hermann L. Gremliza, Jutta Ditfurth oder Martin Sonneborn. Auch dieser Umstand dürfte nicht unwesentlich dafür sein, ob *„Kaltland"* als ideologiekritisches Gegenmittel eine breitere Wirkung entfalten kann. Als solches eignet sich das Buch auch - möglicherweise unverhofft für die Herausgebenden – als Therapie gegen den nicht minder ideologischen Blick von *Junger Welt* und einigen „Die Linke"-Parteikadern auf die DDR, der sich, pünktlich zum Erscheinen von *Kaltland*, erneut offenbart hat.

Marcus Munzlinger

♫ **Berlin**
17. September, 19 Uhr
Grüner Salon, Rückerstr. 9
Buchvorstellung mit Lesungen, Podiumsdiskussion und Live-Musik

ROTBUCH Verlag und Gedankenmanufaktur WORT & TON stellen vor:

Kaltland
Eine Sammlung

Herausgegeben von:
Karsten Krampitz / Markus Liske / Manja Präkels

Die massiven Angriffe auf die Asylbewerberheime in Hoyerswerda (17.09.1991) und Rostock-Lichtenhagen (16.08.1992) haben sich als Horrorszenarien eines neuen Rassismus nach der Wende in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Die Bilder von jubelnden Menschenmassen vor brennenden Häusern, untätigen Polizisten und Würstchenbuden für die Zuschauer gingen um die Welt.
Umso bemerkenswerter ist es, dass in den zahllosen Wende-Romanen, die seither erschienen sind, weder die Opfer eine Stimme erhalten noch Neonazis oder Skinheads eine Rolle spielen.
Zwanzig Jahre danach füllt *Kaltland* diese Leerstelle mit Erzählungen, autobiografischen Geschichten und Originaltönen prominenter Autoren und Künstler, als da wären:

Alexander Kluge / Volker Braun / Emine S. Özdamar / Andres Veiel / Jakob Hein / Gesine Schmidt / Alexander Osang / Angelika Nguyen / Hermann L. Gremliza / Martin Sonneborn / Schorsch Kamerun / Peter Wawerzinek / Michael Wildenhain / Kerstin Hensel / Jutta Ditfurth / Key Pankonin / Carmen F. Banciu / Carlo Jordan / Andreas Krenzke / Andreas Marneros / Helmut Höge / Freke Over / Wolfram Kempe / Matthias Vernaldi / Uta Pilling / Henryk Gericke / Annett Gröschner / Katrin Heinau / Jan Brokof / Alexander Karschnia / Volker H. Altwasser / Friedrich Ani / Ahne / Bianca Bodau / Thomas Meyer / Jochen Schmidt / Yonas Endrias / Heiko Werning / Roger Willemsen

Live-Musik:
DER SINGENDE TRESEN

KONTAKT:
Gedankenmanufaktur WORT & TON
Präkels / Liske
Winsstr. 14
10405 Berlin
030 – 440 38 530
0152 – 294 928 30
liske@gedankenmanufaktur.net
www.gedankenmanufaktur.net

„Komm auch Du zur Schwarzen Schar!"

Geschichte und Schicksal der „Schwarzen Scharen"

Helge Döhrings neueste Veröffentlichung „Schwarze Scharen – Anarchosyndikalistische Arbeiterwehr (1929-1933)", erschienen bei Edition AV, dokumentiert die Recherchearbeit des Historikers zum gleichnamigen Kampfbund. Dabei belässt es der Autor nicht bei einer bloßen Rückschau, sondern zieht wichtige Schlüsse für die Nachwelt und trägt damit zum Selbstbewusstsein der neuen Generation bei.

Zunächst skizziert Döhring die Ideengeschichte des Anarchosyndikalismus als Fundament für die antifaschistische Organisation der Schwarzen Scharen. Weiterhin präsentiert er die einzelnen Regionen mit Ortsgruppen, sodass nicht das Bild einer uniformen Militärorganisation entsteht, die überall das gleiche Gesicht hatte, sondern das Bild einer kämpferischen Selbsthilfeorganisation mit selbstbewusstem Auftreten und individuellem Charakter. Diesem Charakter und dem dadurch gestärkten Auftreten der Schwarzen Scharen gibt Döhring begründeterweise eine Vorbildfunktion für die heutige Bewegung im Kapitel „Ergebnisse". Auch vergisst er die Gesichter hinter der Organisation nicht, so werden die Lebenswege von Friedetzky, Pilarski, Bennek, Czakon u.a. bis in die heutige Zeit hinein beleuchtet, bis ins Nachkriegsheute, mit seiner BRD, die die alten Widerstandskämpfer verachtete und bis in die UDSSR, die sie in die Konzentrationslager steckte wie vorher die Nazis.

Einer der Hauptpunkte seiner Arbeit besteht darin, aufzuzeigen, dass die Schwarze Schar eine besondere Widerstandsorganisation war, weil sie bereits vor der Erhebung der Nazis in ihre Machtstellung Waffen und Sprengstoff benutzte und lagerte, um die Nazibrut im Keim zu ersticken. Diesen Ansatz stellt Döhring dem bürgerlichen Geschichtsbild gegenüber, welches erst nach einer vorgeblich „plötzlichen Machtergreifung" Hitlers aktionsorientiertem Widerstand gegen den Nationalsozialismus die Legitimität zuspricht. Bereits im Vorwort vergleicht Döhring diese Bürgerlichkeit mit Hausbewohnern, die zwar Feuerlöscher besitzen, aber das brennende Haus nicht löschen, sondern erst auf die Feuerwehr warten. Dieses Gleichnis macht die Notwendigkeit einer eigenen Geschichtsschreibung aus anarchosyndikalistischer Sicht deutlich, bevor sich eine sozialdemokratische Sichtweise auf Widerstand zu Zeiten des NS durchsetzen kann.

Historische Seriosität anstatt ideologischer Geschichtsdeutung

Ein besonderes Augenmerk ist auf die großartige Quellenarbeit zu legen, die Döhring geleistet hat, nicht nur hinsichtlich einiger seltener ausgegrabener Fotografien, seine ganze Arbeit basiert praktisch auf Quelltexten und nicht auf der Interpretation von Sekundärliteratur. So zum Beispiel die „Richtlinien der Schwarzen Schar Berlin" aus erster Hand, die hier als Einblick in die Authentizität von Döhrings Arbeit wiedergegeben werden sollen:

„1. Die antifaschistische Wehrorganisation soll alle revolutionären Proletarier, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, ohne Unterschied der besonderen politischen und gewerkschaftlichen Auffassungen zusammenfassen.

2. Die antifaschistische Wehrorganisation lässt in ihren Reihen volle politische und gewerkschaftliche Meinungsfreiheit zu. Sie stellt sich zur Aufgabe: Kampf gegen den Faschismus.

3. Die antifaschistische Wehrorganisation organisiert und schützt die antifaschistische Propaganda und Agitation (Vertrieb von Zeitungen, Flugblättern, Literatur sowie Versammlungen, Demonstrationen).

4. Sie tritt ein für die wehrhafte Abwehr des faschistischen Terrors durch:

a. Sicherung der Diskussionsfreiheit in Arbeiterveranstaltungen

b. Schutz der Propaganda der prol. Organisationen (Versammlungen, Veranstaltungen, Demonstrationen)

c. Schutz der Einrichtungen aller Arbeiterorganisationen (Läden, Büros, Häuser)

d. Bekämpfung aller reaktionären Maßnahmen

e. Schutz der Arbeiterkämpfe

5. Säuberung der Betriebe und prol. Organisationen von Faschisten (Kampf gegen Werkverbände, Werksport, Werkspitzeleien)

Die antifaschistische Wehrorganisation stützt sich organisatorisch auf die Betriebe und Wohnbezirke. Zur Organisierung bildet die Kampfgemeinschaft überall Komitees aus Vertretern der Organisationen, welche die Bildung einer Wehrorganisation unterstützt."

Praxisorientierte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit

Anhand dieser Richtlinien werden schnell Unterschiede zu den heute existierenden Antifagruppen deutlich. Das Programm beinhaltet explizit den aktiven Kampf gegen den Faschismus, aber auch gegen den Kapitalismus. Das mag nun nicht besonders andersartig anmuten, aber Zusätze, wie „Schutz der Arbeitskämpfe" oder „Säuberung der Betriebe" fallen sofort ins Auge. Hier wird heute wenig bis gar keine Arbeit geleistet – im Gegenteil, die meisten Antifas haben kaum Interesse an den Betrieben. Dieser Umstand macht eine antifaschistische Wehrorganisation umso interessanter, zumal die Schwarzen Scharen einen syndikalistischen Hintergrund hatten.

Schwarze Scharen ist daher ein wichtiges Buch für die Bewegungsgeschichte und ihre Organisationsformen, aber auch gerade heute hinsichtlich der neuen Anarchistisch-Syndikalistischen-Jugendgruppen (ASJ) wichtig, die aufgrund des Generation Gap (was Döhring ebenfalls aufgreift) viele Dinge wie Verhalten und Auftreten neu erlernen müssen, um nicht dem jugendlichen Defätismus zu verfallen.

Marcel Faust



Döhring, Helge: *Schwarze Scharen: Anarcho-Syndikalistische Arbeiterwehr (1929 - 1933)*
Verlag Edition AV, Frankfurt am Main 2011. 183 Seiten, ISBN-10: 3868410546, EUR 14,90.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Masel Tov für Riot Dog!

Des letzten Rätsels Lösung: Riothund Louk, auch genannt Riot Dog, „Protesthund“ und Sympathieträger aus Athen erlangt Kultstatus in den Medienberichterstattungen aus Griechenland.

Der Vorgänger des „Protesthundes Louk“ wurde Kanellos („Zimt“) genannt. Ein berüchtigter revoltierender Hund des Umbruchs und der Auflehnung, der im Athener alternativen Viertel Exarchia umherstreunte. Gehetzt von Hundefängern, jedoch von StudentInnen und LebenskünstlerInnen beschützt und bis zum Ende gepflegt. Arthritis und das Alter von 17 Jahren ließen ihn, so wird vermutet, am 2. Juli 2008 zur verdienten Ruhe setzen. Seitdem tapst erneut ein Vierbeiner mit seinen zwei- und vierbeinigen FreundInnen für die Griechische Widerstands- und Befreiungsbewegung in den Straßen des Aufruhrs von Athen umher. Loukanikos („Würstchen“), die Ikone der animalischen Unterstützung der autonomen linken Szene und Gegenpart zum Polizeihund Rex und seinen KomplizInnen. Bedauernswerterweise gibt es keine Möglichkeit von ihm in menschlicher Sprache etwas über seine sicherlich spannenden Erlebnisse in Interviews und Gesprächen zu erfahren.

Im Dezember 2008 auf den Demonstrationen in Athen gesichtet, nachdem ein Polizist den jungen Anarchisten Alexandros Grigoropoulos erschossen hatte, ist er mit seinen womöglich anderen vierbeinigen VerfechterInnen der Revolte nicht mehr von den Straßen in Athen wegzudenken. Wann immer Menschen aufgebracht gegen die Regierung ihre Stimme erhoben, sah man seitdem sein oftmals blaues Halsband leicht aufschimmern, zwischen DemonstrantInnen, Blockaden, Gummiknüppeln, Tränengas, Wasserwerfern und Delta-Motorradpolizei, wobei Letztere versuchte, während der Demonstration zum dritten Generalstreik des Jahres dem Riot Dog einen Schlag zu versetzen. Die finstere und „beliebte“, in Griechenland praktizierte Technik, den Schlagstock umzudrehen, um mit dem Metallgriff, bzw. dem gummiummantelten Metallkern des Griffs oftmals wehrlosen und schutzlosen Lebewesen, also Menschen UND Tieren übel mitzuspielen, kann durchaus tödlich enden.

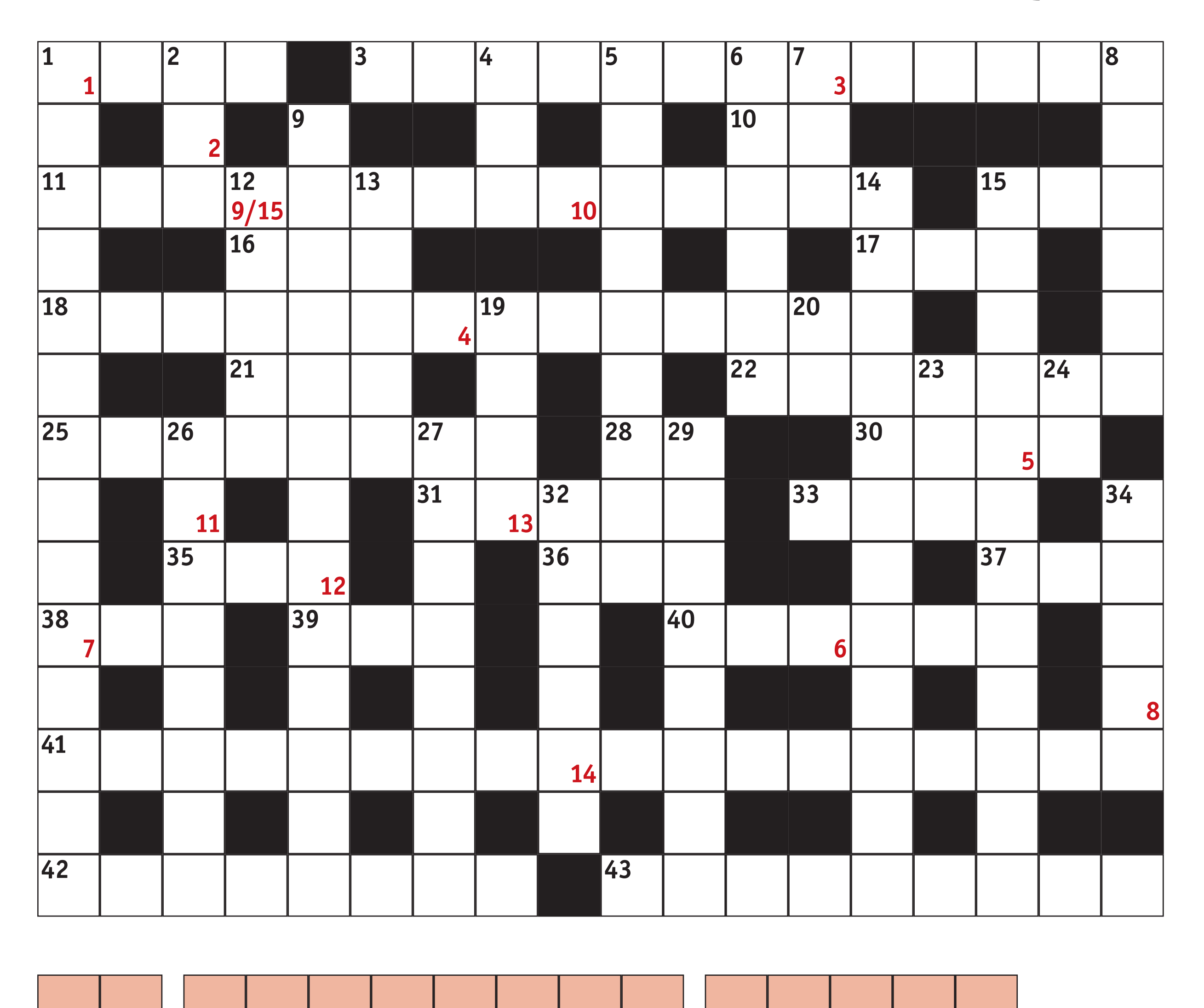
In Theodor W. Adornos Text „Tierpsychologie“ wird anhand des Beispiels eines Hundes am Highway beschrieben, wie es geschehen kann, dass das Urvertrauen des Tieres letztlich unter die Räder kommt (siehe dessen *Dialektik der Aufklärung*, zusammen mit Max Horkheimer). Aber der Riot Dog scheint unversehrt und nahezu tollkühn dieser Gefahr immer wieder zu entrinnen. In Situationen, wo sich protestierende Menschen vor einem nahenden Block Polizisten in eine Seitenstraße flüchten - verständlich, denn es sind Schüsse gefallen - rennt Loukanikos scheinbar fröhlich wild genau dorthin, wo es lärmt und raucht.

Was haben die sozialen Kämpfe der Menschen für Gerechtigkeit und Freiheit zu befürchten, wenn die Tiere selbst sich mit den freiheitsliebenden Menschen solidarisieren? Auf geht's mit Gebell! Wuff!

Toshi



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 72



Waagerecht

1. Historischer (deutscher und schwedischer) Name der zweitgrößten estnischen Insel 3. Verwaltungsbezirk in Polen 10. Selbsthilfeorganisation für Alkoholkranke <Abk.> 11. zu den Erniedrigungen des Hartz-4-Systems gehört, dass man verschiedene Hilfen gesondert als sog. ˜ beantragen muss 15. Landesgliederung der Grünen in Hamburg, die 2008-10 ihren Anbiederungswillen in einer Regierungskoalition mit der CDU unter Beweis stellte 16. republikanische Untergrundorganisation in Nordirland <Abk.> 17. Kfz-Kennzeichen für Ebersberg 18. Killerkommando, die im Auftrag eines Staates oder eines Konzerns (Coca-Cola) GegnerInnen verfolgt und ermordet 21. was in Tschernobyl und Fukushima passiert ist 22. unerforschtes Land oder Gebiet 25. rosa 28. in einem verbreiteten Silvesterbrauch schmilzt man auf einem Löffel dieses Metall und wirft es sofort in eine Schüssel Wasser <Abk.> 30. Schauplatz der Dreigroschenoper von Bertolt Brecht 31. Männername 33. Abk. für die Tschechoslowakei (1960-90) 35. Redewendung: Mal sagt sie ˜, mal hott 36. Initiative <Kurzform> 37. Vorläuferwährung der Euro für unbare Zahlungsvorgänge (1979-98) 38. Kraftwerktyp: wenn alles gut läuft, hat man „nur“ ein paar zehntausend Jahre lang Probleme mit den Abfällen… 39. indianische Bewegung in den USA <Abk.> 40. was jeder Betrieb im Kapitalismus erwirtschaften muss 41. Arbeitskampfmaßnahme, die in Deutschland verboten und in vielen anderen Staaten verboten oder stark eingeschränkt ist 42. Günstling, FavoritIn 43. Teil autonomer Strukturen und Organisation; etliche FAU-Gruppen trafen oder treffen sich in einem ˜.

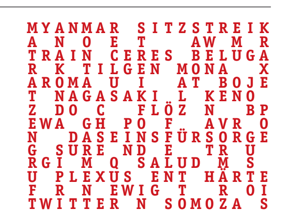
Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Senkrecht

1. Im April 2011 vom Bundesrat gebilligtes Gesetz, mit dem verhindert werden sollte, dass Beschäftigte entlassen und in derselben Firma zu schlechteren Konditionen als Leiharbeiter tätig werden <ugs. Name> 2. Branntwein mit Wacholdergeschmack 4. Vorname eines schwedisch-amerikanischen Gewerkschaftsaktivisten und Liedermachers, 1915 von der Klassenjustiz ermordet 5. Sammelbezeichnung für die Gebirgszüge zwischen Bodensee und Nizza 6. anhalten, bestehen bleiben 7. span. und ital. für „Sankt“ 8. bedeutendes Schriftwerk des Judentums 9. durch E-Commerce und Internet boomt dieser Wirtschaftsbereich, obwohl manch ein Traditionsunternehmen mit großem Arbeitsplatzverlust auf der Strecke bleibt 12. ohne dieses Nutz- bzw. Haustier würden vielen Menschen in trockenen und gebirgigen Regionen der Erde schier verhungern 13. durchsichtige Lack- oder Farbschicht 14. deutsche Bezeichnung für angeblich entbehrliche Lebensmittel wie Alkohol, Kaffee und Schokolade 15. Stelle, von der immer wieder Gefahren ausgehen 19. viele Städte in Schlesien tragen diesen Namensteil, z.B. Nowa ˜ bei Krakau 20. Umschreibung für „ö“, wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 23. selbstkritisches Lied der Band Rammstein vom Album Reise, Reise! 24. Himmelsrichtung <Abk.> 26. Versuch einer FußballspielerIn, ein Foul vorzutäuschen 27. Verwendung zweier sich eigentlich ausschließender Begriffe, z.B. beredtes Schweigen 29. englische Stadt am Ärmelkanal mit großer schwul-lesbischer Szene; hier werden fast alljährlich die Parteitage der großen staatstragenden Parteien abgehalten 32. „Besuch“ einer ÄrztIn im Krankenzimmer 34. Elementarteilchen.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Abo-verwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
GewinnerIn #206: Tobias B. aus Frankfurt

Auflösung # 71





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Florian Wagener

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 208: 21. Oktober 2011

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.